



Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung

Sozialwort der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Anregungen, Beispiele, Konkretionen

Herausgegeben vom Kirchensynodalvorstand

Erarbeitet von
Gunter Volz und Wilhelm Wegner (federführend),
Brigitte Bertelmann, Dieter Keim,
Thomas Posern und Lothar Triebel



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

Materialien der Kirchensynode 1

ISBN: 978-3-00-024370-7

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Kirchensynodalvorstand
Präses Prof. Dr. Karl Heinrich Schäfer
Paulusplatz 1
64285 Darmstadt

Namentlich gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der
Autorin oder des Autors dar.

Titelbild: © YBond - Fotolia.com

Layout: Holger Giebeler, Schaafheim

Druck: Druckhaus Harms, Gr. Oesingen

Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung

Sozialwort der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Anregungen, Beispiele, Konkretionen

Herausgegeben vom
Kirchensynodalvorstand

Erarbeitet von
Gunter Volz und Wilhelm Wegner (federführend),
Brigitte Bertelmann, Dieter Keim,
Thomas Posern und Lothar Triebel

Darmstadt, April 2008



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

Inhalt

Impressum	2	Gute Beispiele	19
Vorwort	7		
Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung		I. „Brich mit den Hungrigen dein Brot“ – Materielle Grundversorgung	
Wort der zehnten Synode der EKHN	8	„Da muss man doch was machen“ Ein Netz gegen Kinderarmut in Rüsselsheim	20
Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung		Die Alzeyer Tafel: Anlaufstelle und Hilfe für Menschen in Not	21
Wort der zehnten Synode der EKHN – Kurzfassung in 12 Thesen	11	Kochen mit Tafelkunden in Hungen: Ein Projekt in der Phase der Entscheidung	22
Das Armutszeugnis der Gemeinde Eine Provokation	12	Aktion „Essen und Wärme“ Ökumenische Initiative „Soziale Not in Offenbach“	24
Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung		Kleiderladen Offenbach – Ein Projekt des Sozialdienstes: Arbeitsgemeinschaft Diakonisches Werk und Caritasverband	25
Hinweisschilder und Stationen auf dem Weg zur Armutsüberwindung	16	Ein Ort zum Wohlfühlen: Der Trödelladen der NRD in Mühlthal schafft Arbeitsplätze für behinderte Menschen	26
		Das evangelische Pfarrhaus und die uns aufsuchende Armut – die neue Komm-Struktur	28
		II. „Viele Gaben, ein Geist; viele Glieder, ein Leib“ – Bildung, Qualifizierung, Arbeit	
		Kinder für ihre Zukunft stützen und stark machen: Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte, Pfungstadt	30
		„Von der Leere zur Lehrstelle“ Das Netzwerk st.ar.k	32
		Sozialpraktikum im Vorkonfirmandenunterricht: Projekt der Lutherkirche Wiesbaden	34
		Spannender Perspektivwechsel durch Sozialpraktikum: Projekt für Studierende der Fachhochschule Worms	35
		Ins Leben starten – mit Ziel und mit Selbstbewusstsein! Arbeit, Qualifizierung, Beschäftigung	36
		„Was ich schon immer mal machen wollte ...“ Ideenschmiede gegen Arbeitslosigkeit und Berufsfrust	39
		Der EKHN-Arbeitslosenfonds: Erfolgreiches Modell zur Arbeitsbeschaffung in der EKHN	41

III. „Suchet der Stadt Bestes“ – Gemeinwesenarbeit und soziale Netze	Weiterführende Literatur 60
„Gemeinsam sind wir stärker ...“ Kooperationen zwischen Kirchengemeinde und Stadtteilkonferenz 42	Die Mitglieder der Projektgruppe 61
„Nachbarschaft mit Arm und Reich“ Ein Projekt im Dekanat Wetterau 44	Rückmeldungen 63
Ein Tabu aufbrechen: Die Kirche erstellt den ersten Reichtums- und Armutsbericht 46	
Ein sozialer Brennpunkt im Wandel: Vorbildhafte Stadtteilarbeit in der Gießener Weststadt 48	
Leben mit wenig Geld: Ein Ratgeber für Menschen, die sich in einer materiellen Notsituation befinden 50	
„Jeder braucht eine erste Chance“ Eine Sozial-Messe im Westerwald zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit 52	
IV. „Wenn das Brot, das wir teilen, als Rose blüht“ – Teilhabe an der Fülle des Lebens	
Eine tolle Idee: Tanzen 54	
An einem Tisch: Last Supper in der Frankfurter Diakoniekirche 55	



Vorwort

Brüder und Schwestern, missbraucht eure Freiheit nicht als Freibrief zur Befriedigung eurer selbstsüchtigen Wünsche, sondern dient einander in Liebe.

Brief des Paulus an die Galater, Kapitel 5, Vers 13, nach der Übertragung „Gute Nachricht“

Das vorliegende Heft zu einem wichtigen inhaltlichen Thema enthält erstmals in dieser Form zusammengefasste „Materialien der Kirchensynode“. Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wendet sich damit an die Öffentlichkeit in Kirche und Gesellschaft.

Der hessische Landtagswahlkampf im Winter 2007/08 hat einmal mehr gezeigt, dass die inhaltliche Positionierung der Kirche unverzichtbar ist, auch wenn die Wirkung kirchlicher Wortmeldungen in der Öffentlichkeit nicht immer unmittelbar erkennbar ist. Am 20. September 2003 hatte die 9. Kirchensynode die damalige „Operation ‚Sichere Zukunft‘“ der Hessischen Landesregierung deutlich kritisiert. Diese „Operation“, die eine erhebliche Kürzung der im sozialen Bereich aufgewendeten Landesmittel mit sich brachte, hat das Land jedenfalls nicht „sicherer“ gemacht, wie die Diskussion um die Jugendgewalt im Laufe des Wahlkampfes leider eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat.

So sieht sich auch die 10. Kirchensynode in der Pflicht, für diejenigen einzutreten, die nicht zu den Gewinnern der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen gehören. Sie beschloss am 24. November 2006 ein „Sozialwort“: „Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung“. Der zitierte Satz des Apostels Paulus aus Gal 5,13 ist Teil der biblischen Begründung, die im Zentrum dieses Sozialworts steht.

Im Text des Sozialworts und in der synodalen Debatte wurde deutlich, dass diese biblische Zumutung, „einander in Liebe zu dienen“, in dreierlei Hinsicht mit Leben zu erfüllen ist:

- Die Kirche hat so zu handeln;
- die Bürgerinnen und Bürger werden ermutigt, sich entsprechend zu engagieren;
- der Staat „muss so gestaltet sein, dass der erwirtschaftete Reichtum allen zu Gute kommt“.

Wie aber macht man das konkret? Kein anderes Hauptwort wurde in der synodalen Debatte häufiger benutzt als „Konkretion“ bzw. „Konkretisierung“. Und so bekam der Ausschuss für Diakonie, Seelsorge und Gesellschaftliche Verantwortung, der schon das Sozialwort erarbeitet hatte, direkt im Anschluss an das Sozialwort den Auftrag, „Konkretionen“ zu liefern. In der Frühjahrssynode 2007 wurde ein erster Zwischenbericht erteilt und der Synodenauftrag genauer gefasst: Eine „Handreichung mit Beispielen, Konkretisierungen und Umsetzungsideen“ sei in Jahresfrist vorzulegen; bei ihrer Erarbeitung seien Fachleute des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau sowie des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung unserer Landeskirche einzubeziehen.

Exakt dies ist geschehen. Ich danke daher im Namen des Kirchensynodalvorstands der Arbeitsgruppe sowie den Autorinnen und Autoren herzlich für ihre Leistung. Genauso danke ich all denen, deren konkrete Arbeit vor Ort hier beschrieben wird, für ihren enormen Einsatz.

Die Kirche bekommt die Legitimation für ihre öffentlichen Äußerungen zum einen aus dem Evangelium, zum anderen aber aus dem, was Christinnen und Christen vor Ort konkret tun. Im vorliegenden Heft finden alle, die auch nur ein paar Seiten davon lesen, eindrucksvolle Beispiele dafür, wie die auseinander klaffende Schere von Armut und Reichtum in diesem Land wieder ein Stückchen geschlossen werden kann. Ich wünsche diesen „Konkretionen“ weite Verbreitung und Leserinnen und Leser mit offenem Herzen und phantasievoller Tatkraft: Menschen, die sich anspornen zu lassen zu eigenem „Dienst in der Liebe“ als Christinnen und Christen, und die als Bürgerinnen und Bürger genauso entschieden eintreten für soziale Gerechtigkeit.

Prof. Dr. Karl Heinrich Schäfer
Präses der Synode der Evangelischen Kirche
in Hessen und Nassau

24. November 2006

Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung

Wort der zehnten Synode der EKHN

Foto: www.wernerbachmeier.de



Dass die Kirche den Armen im Rahmen ihrer eigenen Aufgabe (in Form ihrer Diakonie) Liebe zuwendet, ist Eines, und zwar ihr Erstes, über dem sie aber – nun im Rahmen ihrer politischen Verantwortung – das Andere nicht versäumen kann: ... (den) Einsatz und Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Karl Barth,
Christengemeinde und Bürgergemeinde, 1946, Abs.17

I. Unser Blick auf die Gesellschaft

Mit großer Sorge beobachten wir in unserem Land zunehmende Armut inmitten von großem Reichtum. Auf der einen Seite wachsen Vermögen in ungeahntem Ausmaß, auf der anderen Seite leiden immer mehr Menschen unter einer drückenden Schuldenlast. Die durchschnittlichen Löhne sind langfristig real gesunken, während gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter gestiegen ist, ebenso wie Kapitaleinkünfte. Arme haben weniger Möglichkeiten der Entfaltung und werden ihrer Zukunft beraubt, wenn ihnen keine Chancen gesellschaftlicher Teilhabe geboten werden.

Wir beobachten, dass unter dem Stichwort „Eigenverantwortung“ nicht primär die Selbstheilungskräfte der Individuen gestärkt werden, sondern dass vor allem durch die Arbeitsmarkt- und Steuersenkungspolitik und den Trend zur Privatisierung öffentlicher Güter die Spaltung in reiche und arme Menschen vertieft wird. Diese Entsolidarisierung führt zur Erosion des Sozialstaates und seiner sozialen Sicherungssysteme. Gleichzeitig fällt uns auf, dass nicht alle Menschen, die dies könnten, gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und solidarisch helfen.

Die Politik reagiert auf die Krise der sozialen Sicherungssysteme mit einem Paradigmenwechsel zum „aktivierenden Sozialstaat“ und mit der Forderung nach mehr Eigenverantwortung vor allem in finanzieller Hinsicht. Wir stellen jedoch fest, dass Menschen mit geringen Einkünften und häufig mit Schulden kaum in der Lage sind, solchen Forderungen nachzukommen. Wir stellen fest, dass die neue Ausrichtung des Sozialstaates auch die bisherigen Grundlagen des Verhältnisses von Diakonie und Staat gravierend verändert. Das bislang zentrale Prinzip der Subsidiarität verliert dadurch seine sozialpolitische Funktion. Durch die schrumpfende Finanzbasis wird das fachliche Profil der Diakonie und die Professionalisierung der sozialen Arbeit insgesamt in Frage gestellt.

Die Wirtschaft beansprucht zunehmend Kompetenzen nicht nur für ihr eigenes Feld, sondern auch für die Gestaltung von Politik und Gesellschaft insgesamt. Kurzfristiges betriebswirtschaftliches Denken soll als Maßstab für nahezu alle Bereiche der Gesellschaft Gültigkeit gewinnen. Wir stellen jedoch fest, dass betriebswirtschaftliche Maximen offensichtlich nicht geeignet sind, eine ganze Gesellschaft sozial verantwortlich zu gestalten.

Insbesondere können die immer engeren Zeithorizonte der betrieblichen Entscheidungen nicht den langfristigen, an Nachhaltigkeit orientierten Erfordernissen der Gesamtgesellschaft gerecht werden.

Die gravierenden Veränderungen der Sozial- und Gesellschaftspolitik werden häufig mit „der Globalisierung“ begründet. Globalisierung kann jedoch nur dann als Chance verstanden und genutzt werden, wenn sie gerecht gestaltet wird. Deshalb muss der Sozialstaat seine Aufgabe der zustimmungsfähigen Organisation sozialer Gerechtigkeit um unseres demokratischen Gemeinwesens willen gerade in dieser Situation wahrnehmen. Wir sind der Überzeugung, dass der Schutz und die Gewährleistung sozialer Rechte auch unter den Bedingungen der Globalisierung zu den Aufgaben des Staates gehört. Wirtschaftliche Aktivitäten müssen in soziale, ökologische und politische Rahmenbedingungen eingebettet werden bzw. bleiben.



II. Unser Zeugnis für Gerechtigkeit und Solidarität

Das evangelische Zeugnis richtet sich an der Botschaft der Bibel aus, nach der der Mensch zum Ebenbild Gottes geschaffen und als solches verwiesen ist auf seine Mitmenschen. Davon handelt die Botschaft beider Testamente der Bibel, die wir bezeugen:

Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!

Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn, und entzieh dich nicht deinem Fleisch und Blut! Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten, und deine Gerechtigkeit wird vor dir hergehen, und die Herrlichkeit des HERRN wird deinen Zug beschließen (Jes. 58,7f.).

Zur Freiheit hat uns Christus befreit! So steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen! Gott hat euch zur Freiheit berufen, meine Brüder und Schwestern! Aber missbraucht eure Freiheit nicht als Freibrief zur Befriedigung eurer selbstsüchtigen Wünsche, sondern dient einander in Liebe. Denn das ganze Gesetz ist in „einem“ Wort erfüllt, in dem (3.Mose 19,18): „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Gal. 5,1.13f. (Gal. 5,13 nach Übertragung „Gute Nachricht“)

Das Zeugnis der Bibel erinnert uns eindeutig daran: Gottesdienst und Menschendienst, Glaubens- und Tatzeugnis gehören zusammen. Wir feiern Gottesdienst in Wort und Tat. Wir lassen uns immer wieder darauf hinweisen, dass wir nicht nur eine „Sonntags- und Freizeitkirche“ sein dürfen, sondern zu lebendigem Gottesdienst im Alltag der Welt gerufen sind. Kirche nimmt ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahr, indem sie zentrale Leitbegriffe der jüdisch-christlichen Tradition wie Gerechtigkeit, die Untrennbarkeit von Gottes- und Nächstenliebe (Geschwisterlichkeit) und Freiheit in öffentliche Diskurse einträgt und die Relevanz dieser Leitbegriffe für die Lösung gegenwärtiger Probleme verdeutlicht. Diese Leitbegriffe gelten nicht nur für das Verhalten der Einzelnen. Genauso wie wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind auch staatliche und nichtstaatliche Organisationen zur Orientierung auf übergreifende Zielvorstellungen angewiesen.

Vor diesem Hintergrund befragen wir kritisch Systematik und Folgen wirtschaftlichen und staatlichen Handelns wie dies auch im Sozialwort der Kirchen bereits geschehen ist.

Wirtschaft muss dem Leben dienen. Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Wirtschaft.



Ein deutliches Kriterium für die Lebensdienlichkeit wirtschaftlichen Handelns sehen wir darin, dass es erkennbar auch den Armen und Ungeschützten dient. Damit steht wirtschaftliches Handeln auch im Dienst zukünftigen Lebens sowie in der Verantwortung für die natürlichen Ressourcen des Lebens.

Wir erinnern daran, dass der Sozialstaat selbst eine Grundlage nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftens bildet. Insofern zehrt die Wirtschaft von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Der soziale Rechtsstaat ist diejenige historische Form des Gemeinwesens, die nach den bisherigen Erfahrungen am ehesten in der Lage ist, dem Zusammenleben und Wirtschaften der Menschen einen zukunftsfähigen Ordnungsrahmen zu geben. Der Staat muss so gestaltet sein, dass der erwirtschaftete Reichtum allen zu Gute kommt. Christliche Nächstenliebe motiviert zur Beteiligung an der Ausformung des Sozialstaates.

III. Unsere Verantwortung im Sozialstaat

Die sozialen Sicherungssysteme müssen armutsfest ausgestaltet werden, damit sie allen Bürgerinnen und Bürgern gesellschaftliche Teilhabe, Absicherung von Lebensrisiken (z. B. Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit) und ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Soziale Sicherungssysteme sind notwendige Bedingung der Freiheit. Armut, Ausgrenzung und Mangel an Teilhabe sind Verletzungen von Freiheit. In sozialen Transferleistungen sehen wir keine Entmündigung. Sie dürfen nicht gegen Eigenverantwortung ausgespielt werden, sondern müssen so gestaltet sein, dass sie Menschen dazu befähigen und ermutigen. Es muss ein Lohnniveau garantiert werden, das es Menschen ermöglicht, mit ihrem Gehalt mehr als nur ihr bloßes Existenzminimum zu sichern. Sozialstaatlich verankerte Solidarität kann nicht durch private Barmherzigkeit ersetzt werden. Gesamtgesellschaftliche Solidarität und eine Kultur der individuellen Barmherzigkeit gehören vielmehr zusammen und müssen gestärkt werden. In diesem Sinne sind die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich gesellschaftlich zu engagieren, sich den Nächsten aufmerksam zuzuwenden und, wo nötig, zu helfen.

Subsidiarität bedeutet, dass der Staat die Wahrnehmung sozialer Aufgaben dorthin delegiert, wo sie am besten bewältigt werden; z. B. an gemeinnützige Organisationen und Wohlfahrtsverbände in unmittelbarer Begegnung mit den Menschen in Not. Der Staat darf sich aber nicht der Aufgaben entledigen, die für die Menschen durch kirchliche Träger wahrgenommen werden. Diakonie muss sich auch in

der Krise der subsidiären Unterstützung des Staates sicher sein. Nur so kann sie trotz wachsenden Kostendrucks den Niedriglohnsektor überwinden helfen und die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden durch existenzsichernde Entlohnung zum Ausdruck bringen. Soziale Arbeit hat ihren Wert und ihren Preis.

Bildung ist Grundlage für Selbstverantwortung, Demokratie und Zivilgesellschaft. Sie ermöglicht ökonomische Teilhabe, fördert kritisches Verstehen, die Entfaltung der Persönlichkeit und die Mitgestaltung der Gesellschaft. Ihr kommt für die Evangelische Kirche seit ihren Anfängen eine Schlüsselrolle zu. Es ist unerlässlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft den gleichen Zugang zu Bildung und lebenslangem Lernen erhalten. Die Schlechterstellung von Kindern aus bildungsfernen und sozial schwachen Milieus, vor allem aus Migrantenfamilien, muss entschieden bekämpft werden. Dazu leistet die Kirche mit ihren zahlreichen lebensbegleitenden Bildungsangeboten, z. B. in der Kinder- und Jugendarbeit und insbesondere der umfangreichen Arbeit in den Kindertagesstätten einen wesentlichen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und für die Teilhabegerechtigkeit der Schwachen.

Kirche muss deutlicher als bisher in Gottesdiensten, in der Seelsorge, in der Kinder-, Jugend- und Altenarbeit, im Religionsunterricht und in der Erwachsenenbildung, aber auch in Gesprächen und in der Zusammenarbeit mit Politik und Wirtschaft sozialen Erosionsprozessen Aufmerksamkeit schenken. Dabei muss sie mitwirken an der Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten aus dem Geist der christlichen Botschaft und diese in gesellschaftlichen Diskursen stark machen. Die Konzentration der sozialstaatlichen Debatte auf ökonomische Aspekte darf nicht den Blick dafür verstellen, dass das Ziel sozialstaatlichen Handelns weit darüber hinausreicht: Es geht um die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten der Ärmere und letztlich um die Sicherung des inneren Zusammenhalts unserer Gesellschaft.

Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung

Wort der zehnten Synode der EKHN – Kurzfassung in 12 Thesen

1. Mit großer Sorge beobachten wir in unserem Land zunehmende Armut inmitten von großem Reichtum. Arme haben weniger Möglichkeiten der Entfaltung und werden ihrer Zukunft beraubt, wenn sie keine Chancen gesellschaftlicher Teilhabe haben.
2. Durch die Arbeitsmarkt- und Steuersenkungspolitik und die Privatisierung öffentlicher Güter wird die Spaltung zwischen Reich und Arm verstärkt. Diese Entsolidarisierung führt zur Erosion des Sozialstaates und seiner sozialen Sicherungssysteme.
3. Die Wirtschaft beansprucht zunehmend Kompetenzen für die gesamte Gestaltung der Gesellschaft. Wir stellen fest, dass betriebswirtschaftliche Maximen nicht geeignet sind, eine ganze Gesellschaft sozial verantwortlich zu gestalten. Insbesondere können die immer engeren Zeithorizonte der betrieblichen Entscheidungen nicht den langfristigen, an Nachhaltigkeit orientierten Erfordernissen der Gesamtgesellschaft gerecht werden.
4. Die gravierenden Veränderungen der Sozial- und Gesellschaftspolitik werden häufig mit der „Globalisierung“ begründet. Wir sind der Überzeugung, dass der Schutz und die Gewährleistung sozialer Rechte auch unter den Bedingungen der Globalisierung zu den Aufgaben des Staates gehört.
5. Das Zeugnis der Bibel erinnert uns eindeutig daran: Gottesdienst und Menschendienst, Glaubens- und Tatzeugnis gehören zusammen.
6. Kirche nimmt ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahr, indem sie zentrale Leitbegriffe der jüdisch-christlichen Tradition wie Gerechtigkeit, die Untrennbarkeit von Gottes- und Nächstenliebe (Geschwisterlichkeit) und Freiheit als Leitbegriffe für die Lösung gegenwärtiger Probleme öffentlich einbringt. Sie gelten nicht nur für das Verhalten der Einzelnen. Auch staatliche und nichtstaatliche Organisationen brauchen zur Orientierung übergreifende Zielvorstellungen.
7. Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Wirtschaft. Ein deutliches Kriterium für die Lebensdienlichkeit wirtschaftlichen Handelns sehen wir darin, dass es erkennbar auch den Armen und Ungeschützten dient. Damit steht wirtschaftliches Handeln auch im Dienst zukünftigen Lebens sowie in der Verantwortung für die natürlichen Ressourcen.
8. Wir erinnern daran, dass der Sozialstaat selbst eine Grundlage zukunftsfähigen Wirtschaftens bildet. Insofern zehrt die Wirtschaft von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Der soziale Rechtsstaat ist nach den bisherigen Erfahrungen am ehesten in der Lage, dem Zusammenleben und Wirtschaften der Menschen einen zukunftsfähigen Ordnungsrahmen zu geben.
9. Sozialstaatlich verankerte Solidarität kann nicht durch private Barmherzigkeit ersetzt werden. Beide gehören vielmehr zusammen.
10. Der Staat darf sich nicht der Aufgaben entledigen, die für ihn durch kirchliche Träger wahrgenommen werden. Diakonie muss sich dessen auch in der Krise sicher sein können. Nur so kann sie trotz wachsenden Kostendrucks den Niedriglohnsektor überwinden helfen und durch Existenzsichernde Entlohnung die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden zum Ausdruck bringen. Soziale Arbeit hat ihren Wert und ihren Preis.
11. Bildung ist Grundlage für Selbstverantwortung, Demokratie und Zivilgesellschaft. Ihr kommt für die Evangelische Kirche eine Schlüsselrolle zu. Es ist unerlässlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft den gleichen Zugang dazu erhalten. Dazu leistet die Kirche mit ihren zahlreichen lebensbegleitenden Bildungsangeboten einen wesentlichen Beitrag.
12. Kirche muss den sozialen Erosionsprozessen deutlicher als bisher Aufmerksamkeit schenken. Es geht um die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten der Ärmere und letztlich um die Sicherung des inneren Zusammenhalts unserer Gesellschaft.

Das Armutszeugnis der Gemeinde

Eine Provokation

1. Situationen aus dem Alltag in einer Gemeinde

Einige wenige Beispiele aus den Tagen, in denen ich über das „Sozialwort der EKHN“ nachdenke:

- Nachbarkinder – ein Zwillingsspaar, eifrige Teilnehmer unserer Kindergruppen – erzählen mir auf der Straße, dass sie wegziehen müssen. Der Vater hat sich von ihrer Mutter getrennt (und damit auch von ihnen, aber das ist ihnen zum Glück nicht bewusst), jetzt sei die Wohnung zu groß. „Aber wir kommen noch in die Jungschar!“ ... Es ist Freitag: „Heute Nacht schlafe ich gut. Ich freu mich so. Morgen kommt der Papa ...!“
- In vier Tagen drei Besucher, Herr S., Herr J. und das Ehepaar K. (mit vier Kindern). Aus Dörfern aus dem Umkreis. Nachzahlung für Strom war fällig geworden, ob man einen Lebenslauf schreiben könnte, etwas zum Anziehen für sie habe ... Gerne wolle man Scheren oder Messer schärfen (man will doch auch das Gefühl haben, eine Gegenleistung zu erbringen und etwas geleistet zu haben ...).
- Ich höre von einer 97jährigen. Sie hat sich das Bein angebrochen. Sie kommt nicht alleine aus dem Bett auf die Toilette, nicht einmal auf den Toilettenstuhl. Sie wohnt alleine. Nach einer Woche hat sie das Krankenhaus nach Hause geschickt.
- Eine Freundin bekommt vom Geldautomaten kein Geld mehr. Der Türöffner lässt sie noch nicht einmal hinein. Sie hat schon zwei Jobs – einer davon Fulltime. Aber das Geld reicht nicht. Es ist Mitte des Monats ...
- Unterricht in der 9. Klasse. An die 30 Jugendliche. Thema: Schuld und Strafe. Interessiert und so richtig engagiert sind die Kinder, wenn es um harte Strafsachen geht, v. a. Kindesmissbrauch. Dann ergehen sie sich in detaillierten Schilderungen, und die Strafphantasien machen der ersten Seite der Bildzeitung alle Ehre!
- Gespräch mit einem Mitfünfziger. Ingenieur, Anlagenbau. Die Firma – hundert Jahre alter Betrieb – wurde schon vor Jahren aufgeteilt und die Bestandteile am internationalen Markt angeboten. Die Teilfirma, in der der Ingenieur beschäftigt ist, war vor einem Jahr an einen amerikanischen Investor verkauft worden. Der hatte 25 % Gewinn gemacht, jetzt ist dieser Coupon auf dem Roulette der Globalisierung an einen finnischen Investor verkauft worden, 35jährige BWLer mit gegelten Haaren laufen bewertend durch die Firma ... der betreffende Ingenieur rechnet sich seine Rente aus

... wie wollen die 25% Gewinn toppen? ... wie lange gibt es ALG I ... sein jüngstes Kind wird noch studieren bis er 58 ist ... eben waren die Studiengebühren fällig ...

- G8 – eine Mutter erkundigt sich genau, ihr Sohn kommt in die fünfte Klasse. Sollte auf das Gymnasium. Sie hört: Andere haben keine Freizeit mehr, gehen aus Fußballvereinen, denn die Kinder haben angesichts von G8 keine Freizeit mehr. Sie meldet das Kind in der Realschule an („er soll seine Kindheit haben“). Von einer anderen Mutter wird sie gefragt: „Wie kannst du dein Kind zu den Asozialen tun ...?“

Wo begegnet uns im Gemeindeleben Armut? Was würde es für die Gemeinde vor Ort bedeuten, Armut zu begegnen? Worauf ist zu achten – und: darf man von Armut reden, wenn man von Reichtumserzeugung schweigt?

2. Kirche – „auf der Seite der Armen“?

Das Sozialwort der EKHN betont, dass es nicht genügt, Staat und (Zivil-)Gesellschaft mit Forderungen zu konfrontieren. So wichtig es ist, an die soziale Verantwortung des Staates in diesen deregulierten und privatisierten Zeiten zu erinnern (selbst die SPD scheint sich zu besinnen) – es ist billig, Forderungen aufzustellen, wenn man sich ihnen nicht selbst aussetzt.

Die Armutsdenkschrift der EKD (Gerechte Teilhabe, 2006) behauptet: „Seit ihren Anfängen steht die christliche Kirche an der Seite der Armen.“ Später folgt die Feststellung: „Ärmere Menschen sind in vielen christlichen Gemeinden in Deutschland wenig oder gar nicht sichtbar.“ Diese Sätze sind nicht nur ernüchternd, sondern verheerend. Ein „Armutszeugnis“ im wahrsten Sinne des Wortes.

Während seitens der Kirche das „Wachstum gegen den Trend“ beschworen, die abnehmende Mitgliederzahl vor Augen gemalt und um den Bestand gefürchtet wird, kommen diejenigen, deren Bestand durch vielfältige Armutsformen akut bedroht, wenn nicht bereits untergraben ist, in unseren Gemeinden nicht vor.

Arme sind aber da. Sie leben in den Regionen und Pfarchien. Menschen, die vor und im Ort da sind, aber nicht vorkommen, sind nicht verschwunden. Ihnen geschieht seitens der Kirche Schlimmes: sie sind ausgegrenzt. Nicht willentlich. Einfach so. Obwohl sie da sind, sind sie „draußen vor der Tür“.

Wenn von „Mitgliederorientierung“ gesprochen wird, dann sind nicht *diese* Mitglieder gemeint ... Wenn der ethische Leit-Satz von Hans Jonas – ur-jüdisch(!) – stimmt, der da lautet: „Sieh hin, und du weißt!“ – dann findet in

unserem flächendeckenden Netz von Ortsgemeinden eher ein Wegsehen statt. Wegsehen ist Beziehungsverweigerung. Beziehungsverweigerung aber ist tödlich.

Dies geschieht – so die These – nicht willentlich, sondern *automatisch – gewissermaßen en passant*. Es hat strukturelle Gründe, dass es keine „gerechte Teilhabe“ von Armen in der Kirche gibt. Es hat strukturelle Gründe, warum es keine Teilnahme von Parochie und Kirche in der Region am Leben der Ärmere gibt. Die Kirche spiegelt die Wirklichkeit, in der sie existiert.

3. Störende gesellschaftliche Gewalt – wer stört hier wen?

Es gibt nur wenige strukturelle Berührungspunkte in den alltäglichen Vollzügen der Ortsgemeinde mit den prekären Lebenssituationen anderer. Wo gibt es diese Berührungspunkte? In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, hier besonders in den Kindertagesstätten. Es gibt Probleme mit finanziellen Beiträgen, gerade auch für Konfirmandenfreizeiten. Es gibt die Prekären, die am Pfarrhaus klingeln – und, wenn sie Glück haben, zwanzig Euro bekommen. Das ist zufällig, karitativ, nett – und zu wenig, weil diese Handlungen beiläufig geschehen und nicht zum normalen Gemeindeleben gehören.

Solche Begegnungen stören nicht selten den Betrieb. Der Obdachlose, der unangemeldet zur Unzeit vor der Tür steht, stört. Die Familie, die die Erbpacht nicht zahlen kann, stört. Armutsfälle sind Störfälle. Armut macht sich störend bemerkbar.

Normale kirchliche Arbeit orientiert sich an Normalbiographien. Vorausgesetzt ist, dass Menschen ihren Ort im Leben haben (einen Ort haben heißt Beziehungen haben: zu sich, zu anderen, zu Gott). *Gepflegt* werden diese Beziehungen seitens der Kirche durch Begleitung der besonderen *natürlichen* Ereignisse dieser Normalbiographien (Passagen: Geburt, Hochzeit, Tod ...). Seelsorge bezieht sich auf Fälle *höherer (natürlicher)* Gewalt: Krankheit, Tod.

Wir haben es aber in immer größerem Maße mit Menschen zu tun, die nicht einer höheren Gewalt ausgesetzt sind, sondern der realen *gesellschaftlichen* Gewalt¹: Formen der Armut in allen Gestalten, verursacht durch Ausschluss, Demotivierung, mangelndes Einkommen, mangelnder Bildung und Überdruß durch leeren Konsum². Wir haben es mit Menschen zu tun, deren Ort im Leben prekär und extrem gefährdet ist. Diese Bedrohung trifft alle. Unsicherheit kennzeichnet das Lebensgefühl breiter Kreise (vgl. hier den oben erwähnten Ingenieur). Um so mehr muss man sich von denen absetzen, die es bereits getroffen hat³.

4. „Kirche für andere“ – der Gebrauch eines Wortes ohne seinen Kontext

Dass man „Kirche für andere“ sei, wird gerne im Munde geführt. Auch ähnliche Wortprägungen haben Konjunktur⁴. Nähe wird beschworen oder zum Programm erhoben.

„Kirche für andere“ – das schöne Wort Bonhoeffers will aber recht verstanden und ernst genommen sein. Bei Bonhoeffer steht es im Kontext komplexer Wahrnehmungen:

- dass wir einer religionslosen Zeit entgegen gehen⁵,
- dass Kirche ganz auf die Anfänge des Verstehens des Evangeliums geworfen ist,
- dass es Aufgabe und Nachfolgepflicht von Christen ist, nah bei den *realen* Notlagen der Mitmenschen zu stehen und ihr Leben zu teilen⁶.

„Kirche für andere“ ist ein Ansatz mit hohem Anspruch für Kirche und Gemeinde. „Kirche für andere“ war Bonhoeffers Versuch, auf die Krise der Zeit und der (europäischen) Christenheit angesichts einer nachchristlichen Welt eine Antwort zu finden, die es ermöglicht:

- nah bei den Menschen und
- nah beim Evangelium („in der Mitte des Diesseits Gott zu entdecken“) zu sein, um gerade so
- Gemeinde / Kirche je neu zu *werden*.

Das aber nur im Kontext real geteilten Lebens – damit man lernt, was Nachfolge in realen gesellschaftlichen Konflikten bedeutet. Das ist ein missionarisches Konzept und wird heute von der Missionswissenschaft „Konvivenz“ genannt.

5. Kirche vor Ort – wo verortet?

Wie stellt sich nun das System Kirche dar? Ist sie nah bei den Menschen? Hat sie Berührung mit der Mitte des Lebens, steht sie den wunden und heißen Punkten der Gegenwart nahe? Hat sie bei entscheidenden Fragen der Menschen Entscheidendes zu tun oder sagen? Oder ist sie Bei- und Schmuckwerk? Das sind keine ethischen Fragen, sondern berühren die Mitte des Kircheseins: ist sie doch diejenige Gemeinschaft, durch die Jesus Christus „gegenwärtig handelt“.⁷

Kirche vor Ort kann mit ortlosen Menschen nicht so recht etwas anfangen. Kirche vor Ort setzt verortete Menschen voraus – Menschen mithin, die nicht durch die Armut gezeichnet sind. Denn einen Ort im Leben haben heißt

- ein Einkommen haben,
- am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können – durch Bildung, Kenntnisse, Mobilität, Interesse und Motivation und Geld,

- auf sich selbst etwas zugute halten können: Selbstachtung,
- (und nach christlichem Verständnis) seinen Glauben zu pflegen.

Eine Gesellschaft, die diese Grundbeziehungen stört oder gar zerstört, ist strukturell gewalttätig. Eine Kirche, die diese Gesellschaft spiegelt, beteiligt sich an der Ortlosmachung von Menschen oder sieht ihr zu.

6. Gemeinde-Bildung

Was also tun? Was ist nötig? *Bildung* ist nötig. Genauer: ein klares *Kirchenbild*. Eine Sehschule und Wahrnehmungsbildung von Armut in all ihren Formen. Ärmere Menschen sind nicht nur *anders*, sie sind der Mittelstandskirche auch fremd. Das ist die Antwort auf die eingangs gestellte Frage: was würde es bedeuten, wenn Gemeinde Armen begegnet: sie würde dem begegnen, was ihr fremd ist. Dazu gehört *Furchtlosigkeit*. Das Fremde zu sehen und *sich in der Fremde zu beheimaten* – das wäre eine Mitgliederorientierung, die zugleich Mission im besten Sinne ist. Es gilt das Jesuswort, wonach er „führen wird, wohin du nicht willst“.

Es genügt nicht, Kirche für andere zu sein – im Sinne einer Institution, die neben den anderen existiert. Kirche *mit* den anderen und *der* anderen zu werden muss das Leitbild sein⁸.

Allein – das sind völlig wirkungslose Appelle. Selbst, wenn sie Verständnis oder sogar Einverständnis fänden, würden sie nichts bewirken. Appelle verpuffen. Das ist ihr zweckloser Sinn. Kirche muss sich strukturell anders „aufstellen“. Es mag sein, dass unliebsame Entwicklungen – „führen, wohin du nicht willst“ – hierbei helfen.

7. Kirchenbilder

Leerstehende Gemeindehäuser von kleiner werdenden Gemeinden werfen die Frage auf, wer sich hier versammeln möchte. Ob es vielleicht die Hausaufgabenhilfe ist, für die sich Gymnasiasten aus der Nachbarschaft oder Rentner finden lassen? Vielleicht sucht der DGB Räume für ein Beratungsbüro? Deutschkurse für Migranten waren schon lange nötig ...

Profilstelleninhaber/innen bieten ihr Know-How an, um Kontakte zu Sozialamt und Arbeitsagentur herzustellen: der arbeitslose Hartz IV-Empfänger, da und dort gemeldet, macht es nötig, Informations- und Handlungsnetze herzustellen: über Parochiegrenzen hinaus. Es gibt Menschen,

die sehr mobil und flexibel ihre Tour abfahren, um sich ihren Lebensunterhalt zusammen zu betteln.

Pfarrer/innen lassen sich bewusst einführen in das SGB II. Sie werden fit, indem sie sich in die Fremde der Sozialämter begeben. Sie lesen Bescheide und kosten etwas von der Lage eines Menschen, der seit drei Monaten keinen Kühlschrank mehr hat und davon schwärmt, dass man früher für solche Notlagen Extrageld bekommen hat.

Die bestehenden Berührungspunkte mit den (Über-) Lebenssituationen der Menschen werden ausgebaut zu einem Wahrnehmungssystem:

- die säumigen KiTa-Beiträge sind Signale aus der Lebenswelt, die mehr bedeuten als das Versagen einzelner Familien.
- Die Haupt- und Realschüler/innen im Religionsunterricht sind Frühmelder: ihre Träume, ihre Flüche, ihre Phantasien und ihre hungrigen Mägen, mit denen sie in die Schule kommen, legen Zeugnis ab über die (Un-)Kultur des Alltags, weit weg von jeder kirchlichen Übung, sehr nah an sehr wesentlichen Bedürfnissen. Religionslehrer/innen und Pfarrer/innen an den Schulen schließen sich kurz mit Ortsgemeinde und der „Kirche in der Region“.

Allen kirchlich Engagierten – Haupt- und Ehrenamtlichen – ist dabei sehr bewusst, dass man Menschen nicht darauf reduzieren kann, dass sie kein Geld und keine Arbeit haben. Sie wissen, dass Armut auch Armut an Selbstachtung und Teilhabe bedeutet. Sie wissen, dass es nötig ist, zusammen Kultur und Gottesdienst zu pflegen. Sie wissen, dass „Spiritualität“ verflucht, wenn sie ein Freizeitvergnügen oder Event für das Wochenende wird. Pilger- und Kreuzwege führen von Deutscher Bank ins nächste Obdachlosenheim ...

... und zurück ins parochiale Gemeindehaus oder in die Ortskirche: wo man sich bildet, austauscht und feiert. Hier entsteht ein „Kulturbüro“, dort ein Theaterkreis, hier ein Gesprächskreis mit Vertretern des Arbeitgeberverbandes und dort ein Arbeitskreis, der Kochen und Ernähren übt. Begonnen wird vielleicht mit Psalm 73 („*Darum ist Hochmut ihr Halsschmuck, wie ein Gewand umhüllt sie Gewalttat. Sie sehen kaum aus den Augen vor Fett, ihr Herz läuft über von bösen Plänen ... dennoch bleibe ich stets bei dir!*“), abgeschlossen beispielsweise mit Jesaja 61 („*Der Geist Gottes, des Herrn, ruht auf mir; denn der Herr hat mich gesalbt. Er hat mich gesandt, damit ich den Armen eine frohe Botschaft bringe und alle heile, deren Herz zerbrochen ist, damit ich den Gefangenen die Entlassung verkünde und den Gefesselten die Befreiung ...*“).

Manchmal fragt einer, ob das alles denn Erfolg hat. Da weist man darauf hin, dass plötzlich Menschen entdecken, dass Kirche vor Ort überhaupt in ein Netzwerk der

Zivilgesellschaft gehört. Dass sich die Kirche nicht mehr selber ausgrenzt und eine neue Heimat (!) findet mit denen, die meinten, keine zu haben. In diesem Lande werden Gewerkschaften oft verlacht – und die Kirchen auch. Nun werden sie *zusammen* verlacht. Und man erinnert sich, dass Zeugnis etwas anderes bedeutet als Erfolg ...

Ratschläge wird man sich gerne holen: bei den Armen, die so schlau und clever sind, sich durchs Prekariat zu tricksen. Die können schauspielern, wenn sie vor der Tür stehen und was wollen – Brad Pitt könnte eifersüchtig werden⁹. Und sie versuchen, ein wenig Würde zu wahren. Und da ist noch der kleine Türke aus der 9ten, ein echtes Prinzchen, ein echter Lümmel und ungemein liebenswert. Der zeigt dir, wie man Klingeltöne herunterlädt – das kann er nämlich.

Und so lernen Menschen, in der Armut Begabung zu entdecken. Und Beziehungen aufzunehmen und Mut zu machen, indem sie helfen, einander und sich selbst zu entdecken. So wird es „mitten im Diesseits“ ein Priestertum aller Gläubigen geben.

Man wird natürlich auch bei anderen Fachleuten Rat suchen. Bei den Soziologen, wie der alte Gedanke der Gemeinwesenarbeit denn gedacht war. Mitgliederorientierung wird ganz groß geschrieben, weil man darum bangt, dass auch nur einer „von den Kleinen“ verloren gehen könnte!

8. Versammelte Gemeinde!

Die Nagelprobe wird sein, ob es zu gemeinsamen Gottesdiensten kommt. Aber nicht so, dass die anderen zu *unseren* Gottesdiensten kommen – sondern so, dass *unsere* Gottesdienste zu *denen der anderen* werden. Das ist weder leicht gesagt noch leicht getan. Noch nicht einmal leicht gedacht. Denn es kann nur darum gehen, sich in einen Findungsprozess zu begeben. Wohin der führt, weiß kein Mensch. Tabus werden fallen, und äußerste menschliche und theologische Konzentration werden nötig sein.

In einer Zeit, die bestimmt wird von zentrifugalen Kräften, wo das „Teile-und-herrsche“ allerorten den Siegeszug antritt, wo man Angst in die Seelen pumpt und Verachtung lehrt („ich danke dir, dass ich nicht so bin wie dieser da!“ – der *kleine* Unterschied wird groß gemacht, Jesus aber macht ihn klein, denn Gott lässt regnen über Gerechte und Ungerechte!), wo man ausgrenzt und billigste Unterhaltung anrät – in einer solchen Zeit ist es besonders schwer, Orte der Konzentration und der Versammlung zu schaffen. Wird man aber Christus einfacher bei sich haben können?

Dieter Keim

Anmerkungen:

- 1 In einer reichen Volkswirtschaft – die Gesellschaft selber ist nicht mehr als reich zu bezeichnen – ist Armut objektiv ein gewalttätiger Vorgang.
- 2 Dass diese gesellschaftliche Gewalt als quasi naturgegeben hingenommen wird, zeigt, dass destruktive Dynamiken v.a. eins tun: sich verstecken und als notwendig verkaufen. TINA: There Is No Alternative (Thatcher). „Basta“ (Schröder). Will sagen: von Menschen verursachte, (mit-)gemachte Prozesse werden durch entsprechende Ideologien aus dem Bereich von Gestaltbarkeit herausgenommen und für unveränderbar erklärt.
- 3 Man muss die „kleinen Unterschiede“ (Bourdieu) groß machen und die, die es getroffen hat, ausschließen. Denn sie repräsentieren die Bedrohung. So werden Milieugrenzen hochgezogen: man will nichts zu tun haben mit „denen“ – und Zielgruppengottesdienste fangen an, attraktiv zu werden. Man will sich nicht gemein machen ...
- 4 Ich denke hier v.a. an das Schlagwort „Nah bei den Menschen“, das in der Reformdiskussion der EKHn gerne verwendet wird.
- 5 Er meint eine sehr spezifische (im übrigen sehr deutsche und protestantische) Form von Religion.
- 6 Das ist bei B. christologisch begründet: „mitten im Leben“ Gott zu entdecken, nicht an den Rändern und auch nicht dort, wo er das wahrnimmt, was er „Naturfeste“ nennt: eben jene (biographiebegleitenden) Kasualien.
- 7 „Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.“ (Barmen II)
„Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, dass sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.“ (Barmen III)
- 8 „Seit ihren Anfängen steht die christliche Kirche an der Seite der Armen.“ – dieser Satz aus der EKD-Denkschrift setzt eigentlich ebenso wie „Kirche nah bei den Menschen“ ein Nebeneinander voraus.
- 9 Nichts gegen Brad Pitt – er hat gerade ein intelligentes und kritisches Interview in der ZEIT gegeben! – siehe DIE ZEIT, 18.10.2007, Nr. 43.

Die Zukunft des Sozialstaates und unsere Verantwortung

Hinweisschilder und Stationen auf dem Weg zur Armutsüberwindung

Für Reisende gilt: Man sieht nur das, was man (er)kennt. Man nimmt auf einer Reise am eindrucklichsten das wahr, worauf man vorher, beispielsweise durch einen Reiseführer, hingewiesen und aufmerksam gemacht wurde. Ähnlich ist das auch beim Thema Armut in unserer Gesellschaft.

Die Armuts- und Reichtumsberichte des Bundes sowie einiger Länder und Kommunen belegen, dass Deutschland gleichzeitig ein Land mit wachsendem Wohlstand und mit zunehmender Armut ist. Mit großer Sorge nehmen wir wahr, dass mitten in materiellem Reichtum die Teilhabechancen von Armen immer geringer werden. Der Sozialstaat erodiert, „Eigenverantwortung“ im Sinne materieller Vorsorge wird vielfach auch denen abverlangt, die dazu aufgrund ihrer Einkommenssituation nicht in der Lage sind. Vom wachsenden Wohlstand profitieren vor allem jene, die bereits wohlhabend oder reich sind. Von der zunehmenden Armut sind Kinder und Jugendliche überproportional betroffen, insbesondere, wenn sie in Familien mit alleinerziehenden Eltern oder in Migrantenfamilien leben. Studien wie die des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes oder des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Bonn belegen, dass von den gegenwärtig geltenden Regelsätzen für Arbeitslosengeld (ALG) II Kinder und Jugendliche weder gesund ernährt werden können noch andere elementare Bedürfnisse wie etwa Schulumensilien gedeckt werden können. Die Veröffentlichungen der Nationalen Armutskonferenz stellen anschaulich dar, dass Armut vererbt wird, genauso wie Reichtum. Arme weisen einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand auf als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies gilt insbesondere für Kinder, die damit nicht selten für ihr ganzes Leben geschädigt werden. Dennoch treffen wir sowohl in unseren Wohngemeinden als auch in unseren Kirchengemeinden auf Menschen, die sagen: „Wirkliche Armut gibt’s bei uns doch gar nicht. Bei uns muss doch keiner verhungern.“

Ein Blick auf die Realität: Die Anzahl der Tafeln und Suppenküchen wächst bundesweit ständig. Die Schlangen, die sich davor bilden, werden länger. Deshalb ist es gut und wichtig, dass es solche Angebote gibt, viele mit kirchlicher Beteiligung. Allein im Gebiet der EKHN sind 29 Tafeln in Trägerschaft regionaler Diakonischer Werke. Gleichzeitig sind sie ein Signal dafür, dass ein tiefer Riss durch unser Land geht. Wenn das Ziel heißt: „Gerechte Teilhabe für alle“, wie es die Synode der EKHN in ihrem Sozialwort im November 2006 ebenso wie die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in ihrer Denkschrift im gleichen Jahr betont haben, dann geht es zunächst darum, die Notlagen, die aus Armut entstehen, wahrzunehmen. Darüber hinaus muss es aber unser Ziel sein, die Sozialsysteme armutsfest zu machen. So heißt es auch in dem Synodenwort der EKHN im Anschluss an das Wort der beiden großen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ aus dem Jahr 1997. Zur Würde gehört es, dass Menschen möglichst selbständig und unabhängig für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien sorgen können. Daher gilt es neben Hilfsangeboten, die auf die Linderung einer unmittelbaren Notlage gerichtet sind, Strukturen zu schaffen, die allen Menschen materielle und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Hinsehen und zur Kenntnis nehmen, wie viele Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen sind, das müssen wir zunächst einmal wollen. Manchmal braucht es dafür einen „Reiseführer“, der uns hilft zu sehen, was tatsächlich vor Augen steht. Wie äußert sich Armut konkret in unseren Kindertagesstätten, in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, in den Patenschaftsprojekten und den verschiedenen Beratungsstellen? Haben Arme einen legitimen Platz in unseren Gemeinden? Die hier beschriebenen Beispiele können Wegweiser dafür sein. Sie alle beginnen mit dem Wahrnehmen einer Notsituation und dem Erkennen, dass es „um Gottes willen“ nicht so sein und bleiben darf, dass immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden. Allen gilt Gottes Zusage, dass sie unabhängig von ihren Begabungen wertvoll und erwünscht sind. Allen gilt die Aufforderung, ihre Fähigkeiten zum Dienst an den Mitmenschen und der Gemeinschaft einzusetzen.

Die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist danach zu beurteilen, wie gut sie Teilhabe für jede/n Einzelne/n ermöglicht. Kirche und Diakonie nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr, indem sie darauf hinweisen, wo Menschen an den Rand gedrängt oder nicht ausreichend gefördert werden. Sie beteiligen sich an dem gesellschaftlichen Diskurs darüber, welche Änderungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen System erforderlich sind, um Teilhabe und Gerechtigkeit für alle immer besser zu gewährleisten.

In der folgenden Sammlung guter Beispiele aus Kirche und Diakonie werden Aktivitäten beschrieben, die bei der Sicherung von materiellen Bedürfnissen ansetzen. Gesunde Ernährung, die Versorgung mit Kleidung und Schulmaterialien stehen bei den Angeboten vieler Kindertagesstätten und Tafeln, aber auch bei Kleiderkammern oder „Schulmaterialtafeln“ im Vordergrund. Die ausreichende Deckung dieser Bedürfnisse ist eine Grundvoraussetzung für Konzentrations- und Lernfähigkeit. Für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist Selbstvertrauen und die Erfahrung, erwünscht und angenommen zu sein, von entscheidender Bedeutung. Um dies ansatzweise zu vermitteln, sind Vorleseangebote und Patenschaftsprojekte geeignet, die mit sehr persönlicher Zuwendung und individueller Förderung verbunden sind.

Das Projekt „An einem Tisch“ der Frankfurter Diakoniekirche knüpft an das Abendmahl und den Gedanken von Kirche als „guter Gastgeberin“ an und überträgt ihn in die moderne Stadtgesellschaft. An einem Tisch sitzen Arme und Reiche beim Essen in der Kirche zusammen: Es gilt, den Anderen und die Andere in seiner und ihrer Fremdheit zu respektieren und zugleich als Gottes Ebenbild anzuerkennen. Die Tischgemeinschaft führt sinnlich vor Augen, dass Teilhabe der Schwachen etwas anderes als die verschämte Überreichung eines Almosens meint. Wo der oder die Andere als Subjekt geachtet und wertgeschätzt wird, dort begegnen wir uns auf Augenhöhe. Dabei können eigene Vorurteile und Ängste auf beiden Seiten überwunden werden. Ein übergreifender sozialer Zusammenhalt wird sich allerdings erst dann ausbilden, wenn auch Wohlhabende und Reiche sich auf Arme verwiesen empfinden.

Gerade die Begegnung auf Augenhöhe, die gegenseitige Wertschätzung und Achtung, die Milieuüberschreitung sowie die Kooperation mit außerkirchlichen Partner/innen ermöglicht und schafft Einsicht für die notwendigen strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft. So rückt der Mensch und seine von Gott geschenkte Würde in den Mittelpunkt, unabhängig von marktfähigen Leistungen. Alle hier vorgestellten Projekte tragen dazu bei. Sie stehen damit nicht im Widerspruch zu Wirtschaftlichkeit und Wachstum, sondern tragen langfristig wesentlich zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei. Motiv unseres Handelns ist dabei immer, dass der Nächste in seiner Not und Bedürftigkeit uns begegnet und unser Engagement herausfordert, denn in seinem Antlitz begegnet uns Gott selbst.

Die in dieser Schrift dargestellten Projekte wurden auch unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, ob sie Mut machen: zum genaueren Wahrnehmen, zum Nachdenken, zum Nachmachen und Weiterentwickeln. Denn jeder Ort hat seine eigene Prägung, seine Besonderheit, seine spezifische Problemlage und Herausforderung. Die guten Beispiele laden dazu ein, den Überlegungen des Sozialworts der EKHN zu folgen und sie in Praxis zu übersetzen. Denn Solidarität und sozialer Friede sind nicht nur ein Gebot des christlichen Glaubens. Sie stellen eine elementare Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und nicht zuletzt eine Über-Lebensfrage von Armen wie von Reichen dar.

Brigitte Bertelmann, Thomas Posern,
Gunter Volz, Wilhelm Wegner



Foto Jörg Baumann

Gute Beispiele

I. „Brich mit den Hungrigen dein Brot“ – Materielle Grundversorgung

„Da muss man doch was machen“ Ein Netz gegen Kinderarmut in Rüsselsheim	20
Die Alzeyer Tafel: Anlaufstelle und Hilfe für Menschen in Not	21
Kochen mit Tafelkunden in Hungen: Ein Projekt in der Phase der Entscheidung	22
Aktion „Essen und Wärme“ Ökumenische Initiative „Soziale Not in Offenbach“	24
Kleiderladen Offenbach – Ein Projekt des Sozialdienstes: Arbeitsgemeinschaft Diakonisches Werk und Caritasverband	25
Ein Ort zum Wohlfühlen: Der Trödelladen der NRD in Mühlthal schafft Arbeitsplätze für behinderte Menschen	26
Das evangelische Pfarrhaus und die uns aufsuchende Armut – die neue Komm-Struktur	28

III. „Suchet der Stadt Bestes“ – Gemeinwesenarbeit und soziale Netze

„Gemeinsam sind wir stärker ...“ Kooperationen zwischen Kirchengemeinde und Stadtteilkonferenz	42
„Nachbarschaft mit Arm und Reich“ Ein Projekt im Dekanat Wetterau	44
Ein Tabu aufbrechen: Die Kirche erstellt den ersten Reichtums- und Armutsbericht	46
Ein sozialer Brennpunkt im Wandel: Vorbildhafte Stadtteilarbeit in der Gießener Weststadt	48
Leben mit wenig Geld: Ein Ratgeber für Menschen, die sich in einer materiellen Notsituation befinden	50
„Jeder braucht eine erste Chance“ Eine Sozial-Messe im Westerwald zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit	52

II. „Viele Gaben, ein Geist; viele Glieder, ein Leib“ – Bildung, Qualifizierung, Arbeit

Kinder für ihre Zukunft stützen und stark machen: Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte, Pfungstadt	30
„Von der Leere zur Lehrstelle“ Das Netzwerk st.ar.k	32
Sozialpraktikum im Vorkonfirmandenunterricht: Projekt der Lutherkirche Wiesbaden	34
Spannender Perspektivwechsel durch Sozialpraktikum: Projekt für Studierende der Fachhochschule Worms	35
Ins Leben starten – mit Ziel und mit Selbstbewusstsein! Arbeit, Qualifizierung, Beschäftigung	36
„Was ich schon immer mal machen wollte ...“ Ideenschmiede gegen Arbeitslosigkeit und Berufsfrust	39
Der EKHN-Arbeitslosenfonds: Erfolgreiches Modell zur Arbeitsbeschaffung in der EKHN	41

IV. „Wenn das Brot, das wir teilen, als Rose blüht“ – Teilhabe an der Fülle des Lebens

Eine tolle Idee: Tanzen	54
An einem Tisch: Last Supper in der Frankfurter Diakoniekirche	55

I „Da muss man doch was machen“

Ein Netz gegen Kinderarmut in Rüsselsheim

„Etwa jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut betroffen und lebt in einer Familie mit Einkommen in der Höhe des Existenzminimums oder nur knapp darüber. Dies wird vor allem über das SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) gewährt. Die Zahl dieser Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren ist mit Inkrafttreten von „Hartz IV“ von etwa 1,1 Mio. auf derzeit etwa 2,2 Mio. angestiegen. Die meisten (etwa 1,9 Mio.) erhalten Sozialgeld nach dem SGB II, wenn sie jünger sind als 15 Jahre.“

So beginnt der Bericht der Nationalen Armutskonferenz von 2007.

Bereits Ende 2005 hatte sich mit dem Rüsselsheimer Bündnis gegen Sozialabbau ein breiter Veranstalterkreis aus Gewerkschaften, Diakonie, Caritas, Unicef und Gesellschaftlicher Verantwortung in Rüsselsheim dem Thema Kinderarmut mittels einer Podiumsdiskussion genähert.

Die dort gehörten Schilderungen aus dem Alltag in Familienberatungs- und Erziehungsberatungsstellen ließen den Teilnehmenden keine Ruhe. Dem spontanen, empörten Ausruf einer Teilnehmerin „Da muss man doch was machen!“ mussten konkrete Schritte folgen. Das war klar. Zwei Strategien wurden vereinbart: Politische Bewusstseinsbildung in der Stadt und konkrete Hilfe für die Kinder.

Gemeinsam mit Caritas und der Evangelischen Matthäusgemeinde entwickelte sich in der Folge im Jahr 2006 eine Kleiderkammer für Kleinstkinder bis 3 Jahre. Zielgruppe sind vornehmlich Familien im Hartz-IV-Bezug und Alleinerziehende.

Räume wurden frei gemacht, Regale angeschafft, ein Teil eines Büros für Gespräche bereitgestellt. Mittels Anzeige in Gemeindebriefen und örtlichen Zeitungen fanden sich sofort sechs junge Frauen, die das Projekt „Kinderherzchen“ zu ihrer Sache machten.

Weitere Bündnispartner waren Diakonie und Pro Familia.

Heute kommen rund 50 Familien regelmäßig zu „Kinderherzchen“. Von der Erstlingsausstattung über Kinderwagen und Wickeltischen wird alles weitergegeben. Und ständig kommen neue Spenden. Kinderherzchen ist heute über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Es ist offen für Betroffene aus dem ganzen Kreis Groß-Gerau.

Und das System funktioniert: Was die Familien nicht mehr brauchen können, weil die Kinder größer geworden sind, wird meist gewaschen wieder zurückgebracht, um es der nächsten Familie zu übergeben.

Mit einer Fachtagung für Lehrer/innen, Erzieher/innen und Fachpersonal der kommunalen Ämter setzte das Rüsselsheimer Bündnis das Thema Kinderarmut in 2007 fort.

Dort gegebene Berichte von Kindern, die ungefrühstückt in die Schule kommen, die sich kein Mittagessen leisten

können, die unzureichend gekleidet oder mit mangelhaften Schulmaterialien in den Klassenzimmern sitzen, ließ die lokale Öffentlichkeit aufhorchen.

Die sich an die Tagung anschließende Berichterstattung, Leserbriefe und Reaktionen politischer Verantwortlicher spiegelten über Monate die ganze Breite des Umgangs mit dem Thema wider: Vom Negieren, über öffentliche Anfeindungen einzelner bis hin zu verständnisvollem Helfenwollen völlig unbeteiligter Zeitungsleser.

Mit über fünfzehn Berichten und den dazugehörigen Leserbriefen wurde der politische Druck in der Stadt immer höher. Am Ende stand der politische Beschluss im Stadtparlament, den Essensbeitrag um die Hälfte auf 1,30 Euro für die betroffenen Kinder zu reduzieren.

Unterdessen gingen jedoch die Gespräche mit den Verantwortlichen weiter. Gemeinsam mit Sachbearbeiterinnen aus dem Sozialdezernat, von Caritas, GEW und einer Kindertagesstättenleiterin fand eine Fahrt ins niederrheinische Monheim statt, um dort vor Ort Möglichkeiten des Umgangs einer Kommune mit Kindern und Familien in Armut zu erleben. Monheims Präventionskonzept ist preisgekrönt.

Und das Ziel, das war dem Bündnis in Rüsselsheim klar, muss auch in unserer Stadt das Erstellen einer Präventionskette sein. Bis dahin sind jedoch noch weitere Bausteine zu entwickeln.

So ist auch die jüngste Errichtung einer „SCHUL-TAFEL“ zu verstehen. Die SCHUL-TAFEL hilft ganz konkret an den örtlichen Grundschulen der Stadt, um Kindern aus bedürftigen Familien unbürokratisch und unauffällig zu angemessenem Schulmaterial zu verhelfen. Dazu findet eine Kooperation mit den jeweiligen Fördervereinen statt. Die Aufgabe der Pfarrstelle Gesellschaftliche Verantwortung ist koordinierend und im Bereich der Spendeneinwerbung.

Die Vernetzung der unterschiedlichen Stellen und Institutionen, Personen und Organisationen ist beim Thema Kinderarmut vor Ort ganz entscheidend. Nur wenn es gelingt, dieses Thema auf einer breiten Basis und möglichst ohne jeden parteipolitischen Vorbehalt zu transportieren und zu bearbeiten, kann den betroffenen Kindern die Hilfe zukommen, die sie für ihre Entwicklung benötigen.

Volkhard Guth

Kontakt:

Pfarrer Volkhard Guth

Telefon: 06142 175211 oder 63738,

E-Mail: Sozialpfarramt-Rhein@gmx.de

oder ev.matthaeusgemeinde.ruesselsheim@ekhn-net.de

Die Alzeyer Tafel

Anlaufstelle und Hilfe für Menschen in Not

Berichte und Erfahrungen aus den Kirchengemeinden, dass zunehmend Menschen um Unterstützung und Hilfe nachsuchen, führten in einer Delegiertenversammlung des Arbeitskreises Christlicher Kirchen Alzey (ACK) zur Idee, gemeinsam eine Tafel zu gründen. Die Alzeyer Tafel ist somit ein echt ökumenisches Projekt. Die jeweiligen Kirchen und Konfessionen arbeiten dabei eng zusammen, ohne ihr eigenes Profil aufzugeben. Ziel ist es, allen Menschen aus Alzey und Umgebung, die aus ganz unterschiedlichen Gründen in Not geraten sind, eine Anlaufstelle und Hilfe zu bieten.

Nach gründlicher Vorarbeit in einem „Trägerkreis“, dem Vertreter/innen der Evangelischen Kirchengemeinde Alzey, der Katholischen Pfarrgemeinde St. Joseph, der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde am Schillerplatz, der Evangelischen Stadtmission Alzey, des Evangelischen und Katholischen Dekanats sowie des Caritaszentrums Alzey und des Diakonischen Werks Worms-Alzey angehören, konnte die Alzeyer Tafel im Oktober 2007 eröffnet werden. Die Alzeyer Tafel ist Mitglied im „Bundesverband Deutsche Tafel e.V.“ und unterstellt sich damit auch deren Qualitätskriterien.

Lagen anfängliche Schätzungen bei etwa 400 bis 500 Menschen, die einen Teil ihres Nahrungsmittelbedarfs bei der Tafel decken werden, so ist dies (leider) von der Realität überholt worden. Bereits zwei Monate nach Eröffnung sind es etwa 1.000 Menschen, die das Angebot der Alzeyer Tafel in Anspruch nehmen, mit steigender Tendenz. Bereits im dritten Monat mussten jetzt zwei Öffnungstage eingerichtet werden.

Als Rechtsform für die Tafel wurde der eingetragene Verein gewählt, nach Abwägung aller möglichen Formen. Im Vorstand sind alle Träger vertreten. Der Vorsitz liegt derzeit bei der Dekanin des Evangelischen Dekanats Alzey. Die Arbeit der Tafel vor Ort wird von knapp 100 Ehrenamtlichen wahrgenommen, darunter einem „Projektleiter“, der auch Mitglied im Vorstand ist, und einem so genannten „Kernkreis“, der die Organisation, den Ablauf und die Ausgabe der Lebensmittel regelt.

Als Fachstelleninhaber „Bildung und Gesellschaftliche Verantwortung“ habe ich im Trägerkreis mitgearbeitet und in Absprache mit dem Trägerkreis die Begleitung und Schulung der ehrenamtlich Mitarbeitenden als meinen „Schwerpunkt“ gewählt.

Die Schulung der Ehrenamtlichen begann bereits im März 2007 – nach der Planung des Trägerkreises sollten bis zur Eröffnung der Tafel monatliche Angebote gemacht werden, um die Ehrenamtlichen auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Die Themen der Abende wurden von mir nach Gesprächen mit

Ehrenamtlichen und mit der Schulungsleiterin der Wormser Tafel, die bereits ein Jahr vorher ihre Arbeit aufgenommen hatte, zusammengestellt und im Trägerkreis abgestimmt und ergänzt.

An den Schulungen nehmen seitdem regelmäßig zwischen 40 und 80 Ehrenamtliche teil. Die Abende finden jeweils in einem der Veranstaltungsräume der Trägergruppen statt. Vorträge mit Overhead-Folien oder Powerpoint-Präsentationen, Gespräche in Kleingruppen, gemeinsames Erarbeiten von Fragestellungen, Impulsreferate und „Fragerunden“ wechseln dabei je nach Themenstellung ab. Teilweise wurden Themen auch zwei bzw. drei Mal angeboten, um in kleineren Gruppen intensiver arbeiten zu können.

Während Einladung und Moderation der Abende jeweils in meiner Hand liegen, lade ich zu bestimmten Themen Referentinnen bzw. Referenten ein, z. B. die Leiterin des Gesundheitsamtes zum Thema „Lebensmittelhygiene“, oder gestalte das Thema in Kooperation mit einer Referentin, einem Referenten.

Themen waren bisher:

- Die Tafelbewegung – was bedeutet sie, wer erhält Lebensmittel, welches Konzept hat sie? Zuständigkeiten, Infos zum Aufbau der Alzeyer Tafel, Vorstellen der Träger.
- Was bedeutet „Armsein“ in unserer Gesellschaft? – Wie sieht es mit Armut in Alzey und dem Landkreis Alzey-Worms aus?
- Warum machen die Kirchen diese Arbeit? – Warum engagiere ich mich? Was erwarte ich von dieser Aufgabe? Was wird von mir erwartet?
- Lebensmittelhygiene – Wie gehe ich mit Lebensmitteln um? Welche Gefahren gibt es? Was ist unbedingt zu beachten?
- Die Räumlichkeiten der Alzeyer Tafel, Informationen zu Abläufen bei der Tafel, Erwartungen an die Mitarbeitenden, Dienstplangestaltung
- Teamarbeit und „Regeln für das Team“, Feedback geben, offene Fragen. Dieser Abend war der erste Abend nach Eröffnung der Tafel und den ersten Erfahrungen mit der Lebensmittelausgabe, die Themen wurden vom Projektleiter und der Gruppe eingebracht.

Die weiteren Abende sind bereits in Planung, darunter die Themen „Umgang mit ungewohnten Situationen“, „Umgang mit Konflikten – Konflikterkennung, Konfliktvermeidung“ und „Gesprächsführung“. Angedacht ist, auch künftig monatliche Treffen anzubieten, wobei abwechselnd ein Themenabend und ein offener Abend zum Austausch untereinander stattfinden sollen.

Während die bisher genannten Angebote sich an die Ehrenamtlichen der Alzeyer Tafel richten, ist uns ein weiterer Aspekt wichtig: Die Arbeit der Tafel hat auch das Ziel, sich für gerechte soziale Verhältnisse einzusetzen. Mangel hat seinen Ursprung in ungerechten Verhältnissen – ein Mangel im Überfluss wird sich nicht durch Verteilen von Lebensmitteln beheben lassen, sondern letztlich nur durch Herstellen von

Gerechtigkeit. Deswegen soll es im kommenden Jahr verschiedene öffentliche Veranstaltungen geben, die diese Thematik aufgreifen und ins Bewusstsein der Menschen rücken wollen.

Axel Guse

Kontakt:

Axel Guse

Referent für Bildung und gesellschaftliche Verantwortung
Evangelisches Dekanat Alzey

Telefon: 06731 547540

E-Mail: a.guse@ed-az.de

Kochen mit Tafelkunden in Hungen

Ein Projekt in der Phase der Entscheidung

„Was kocht man mit Kartoffeln, Paprika, Wurst und Schmand, so dass es auch der ganzen Familie schmeckt“, fragten die Verantwortlichen der „Hungener Tafel“ (Ev. Dekanat Hungen bei Gießen) im Mai 2006. Nach einem ersten Durchgang von Mai bis Juli 2006 konnte jetzt die zweite Auflage des Projekts „Gemeinsam kochen – voneinander erfahren“ die Erwartungen nicht mehr erfüllen. Es bestand scheinbar kein Interesse von Familien mit Kindern an dem Angebot, mittwochs zwischen zwei und vier in den Räumen der Hungener Tafel mit anderen zu kochen, den Tisch zu decken, miteinander zu essen und die Küche auch gemeinsam wieder in Ordnung zu bringen.

Chronik einer einleuchtenden Idee

Die Idee war so einfach wie bestechend: Die Kund/innen der Tafel sollten unter fachkundiger Anleitung Möglichkeiten kennen lernen, wie aus dem Inhalt der wöchentlichen Lebensmittelkiste mit einfachen Mitteln ein schmackhaftes und ausgewogenes Mittagessen für die ganze Familie zube-

reitet werden kann. Denn während beim normalen Einkauf gezielt die Lebensmittel für ein bestimmtes Gericht gekauft werden, müssen die Tafel-Kunden mit den Waren arbeiten, die sie bekommen. Außerdem zeigen Erfahrungen der Diakonie und die Ergebnisse des Gießener Armutsberichts, dass die Tafelkunden häufig kaum wissen, wie frische Gemüsesorten zubereitet werden können, welche Töpfe, Pfannen oder Küchengeräte zu verwenden sind oder wie ein Tisch ansprechend gedeckt werden kann.

Ziel des Kurses sollte also sein, den Familien Grundlagenwissen für die richtige und abwechslungsreiche Verarbeitung von Lebensmitteln mitzugeben. Außerdem sollte das gemeinsame Essen an einer Tafel eine Gemeinschaft von Menschen in einer ähnlichen Lebenslage ermöglichen. Mittelfristig stellten sich die Initiatorinnen, Dekanin Barbara Alt und Dr. Annette Gumbel, Inhaberin der Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung der Dekanate Grünberg, Hungen, Kirchberg, einen Mittagstisch in Eigenregie der Tafelkund/innen vor. Ein gemeinsames Kochbuch war ebenfalls geplant. Als Nebeneffekt des gemeinsamen Tuns sollten den Tafelkunden langfristig auch weitere Kulturtechniken und Kompetenzen, etwa zur Entwicklung und Förderung von Kindern, sowie Hilfen zur Lebensbewältigung vermittelt werden.

Dafür holten sich die Hungener kompetente Unterstützung aus der Region. Als Partner wurde das Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Universität Gießen (Prof. Dr. Uta Maier-Gräwe) gewonnen. Zwei von der Idee begeisterte Studentinnen warteten beim ersten Mittwochstermin auf interessierte Tafelkunden. Das Jugendamt des Kreises Gießen übernahm die Finanzierung. Nach dieser gründlichen Vorbereitung stand einem Erfolg eigentlich nichts mehr im Wege, meinten alle Beteiligten. Zum Projekt „Gemeinsam kochen – voneinander erfahren“ waren im ersten Durchgang von Mai bis Juli 2006 regelmäßig vier bis sechs Personen gekommen. Sie hatten das Ende des Projekts bedauert und betont, die gemeinsame Vorbereitung der Mahlzeit, das gemeinsame Essen und die Gespräche seien der „Höhepunkt“ ihres Alltags gewesen. Diese positive Resonanz war für die Verantwortlichen Grund genug zum Weitermachen. Beim für den Zeitraum von Mai 2007 bis April 2008 angesetzten Fortsetzungsprojekt war auch das Regionalteam II des Kreisjugendamtes Gießen mit im Boot. Es beteiligte sich an den Kosten in Höhe von voraussichtlich rund 6.400 Euro.

Das Echo war diesmal jedoch enttäuschend, berichtete Dekanin Barbara Alt. Statt der erwarteten zehn bis zwölf Teilnehmer fanden sich drei Interessierte ein. Schließlich kam nur noch ein Tafelkunde regelmäßig; auch zusätzliche Angebote und Anreize wie das Sommerfest, die Verbreitung des Flyers oder das Angebot im Advent gemeinsam Plätzchen zu backen, konnten keine weiteren Teilnehmer/innen motivieren.

Ist die Schwelle doch zu hoch?

Die Gründe für das Desinteresse sind bis jetzt noch nicht systematisch untersucht worden; in den kommenden Wochen wollen die Studentinnen Nadine Krüger und Eva Keil bei den Ausgabeterminen die Kundinnen und Kunden befragen. Folgende Gründe könnten jedoch nach den bisherigen Erfahrungen ausschlaggebend sein:

- Die Betroffenen möchten nicht zu oft bei der Tafel gesehen werden; sie wollen den Besuch bei der Tafel möglichst schnell und ungesehen hinter sich bringen.
- Der Aufwand für die Familien, auch noch am Mittwoch die Tafel zu besuchen, könnte vor allem für diejenigen, die nicht aus Hungen kommen, zu groß sein. Häufig ist kein Auto vorhanden und die Buskosten wären zu hoch.

- Familien mit mehreren Kindern sind zeitlich oft sehr eingeschränkt, weil Kindergarten- und Schulzeiten und die Termine von Freizeitaktivitäten sich nicht unbedingt gut koordinieren lassen. Einen Nachmittag in der Woche für mehrere Familienmitglieder gemeinsam frei zu halten fällt schwer.
- Die Mütter halten sich häufig für gute und kompetente Hausfrauen, die das Angebot, sie bei der Zubereitung von Mahlzeiten zu unterstützen, als Ausgrenzung oder Zumutung empfinden.
- Die Mütter, denen ihre Defizite beim Kochen und anderen Fertigkeiten im Haushalt bewusst sind, möchten diese jedoch nicht vor anderen zeigen und so bloßgestellt werden.
- Der Gemeinschaftsaspekt wirkt deshalb möglicherweise sogar kontraproduktiv.

Noch will man in Hungen das Projekt nicht verloren geben. Dass die beklagten Defizite beim Wissen um die Zubereitung von gesunden Mahlzeiten im Kundenkreis vorhanden sind, ist den Verantwortlichen klar. Deshalb soll nach der Befragung der Kund/innen über mögliche Modifikationen des Angebots nachgedacht werden. Dekanin Alt könnte sich beispielsweise vorstellen, in den Ferienzeiten die Schulkinder zum gemeinsamen Kochen einzuladen bzw. mit den Schulküchen zusammenzuarbeiten und durch Belieferung mit Lebensmitteln der Tafel die Mittagsverpflegung in der Schule preiswerter und damit auch für Kinder aus sozial schwachen Familien erschwinglich zu machen. Sie ist überdies der Auffassung, dass Familien, in denen die Kinder offensichtlich schlecht ernährt werden, verpflichtet werden sollten, das Angebot eines zeitlich begrenzten Kochkurses wahrzunehmen. Das meint auch Nadine Krüger. Da das Jugendamt das Projekt mitfinanziert, müsse es doch in dessen Interesse sein, dass es auch angenommen werde.

Auch dies wird von den Beteiligten diskutiert werden. Erst danach wird klar sein, wie es mit dem Projekt „Gemeinsam kochen – voneinander erfahren“ weitergehen kann.

Angela Stender

Kontakt:

Dr. Angela Stender
 Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung
 Ev. Dekanat Hungen
 Telefon: 06404 6580-335
 E-Mail: angela.stender@gmx.de

Aktion „Essen und Wärme“

Ökumenische Initiative „Soziale Not in Offenbach“

Offenbach hat einen sehr hohen Anteil an arbeitslosen Menschen, die von Sozialhilfe bzw. Hartz IV leben. Der Prozentsatz an Menschen mit Migrationshintergrund ist ebenfalls sehr hoch. Die Kinderarmut ist eine der höchsten in Deutschland. Offenbach als alte Arbeiterstadt war schon immer so etwas wie der „Hinterhof Frankfurts“.

Vor 15 Jahren haben sich einige Kirchengemeinden in der Innenstadt Offenbachs entschlossen, etwas gegen die soziale Not in Offenbach zu tun und sie nicht länger nur zu beklagen. Man traf sich, suchte Mitstreiter und fand sie. So wurde im Jahr 1993 erstmals begonnen für Bedürftige Essen und Wärme anzubieten. In den Räumen der französisch-reformierten Gemeinde wurde vier Wochen lang ein Mittagstisch angeboten, Zeit zum Reden und ein Gegenüber, das zuhört; Kaffee gab es und auch noch ein kleines Essenspaket mit auf den Weg. Dann war die nächste Kirchengemeinde dran. Beteiligt waren damals drei Gemeinden. Bald wuchs die Zahl der Beteiligten auf mittlerweile 10 evangelische und katholische Gemeinden. Auch die italienische katholische sowie eine freikirchliche und die altkatholische Gemeinde sind dabei. Heute hat jede Kirchengemeinde 14 Tage ihre Türen für die Bedürftigen geöffnet – dann wandert die Aktion weiter. Initiator war Pfarrer Günter Krämer von der französisch-reformierten Gemeinde. Sein Stellvertreter ist Pfarrer Kurt Sohns von der katholischen Kirche St Paul.

Der Anfang war eher schleppend. Im ersten Winter wurden 3360 Essen ausgeteilt. Heute ist man bei etwa 10 000 angelangt – die Not nimmt zu und auch die Akzeptanz dieses Angebotes. Auffallend sind die vielen Alleinerziehenden mit Kindern.

Die Aktion ist mittlerweile stadtbekannt – und darüber hinaus. Sie trägt sich allein aus den vielen Spenden und Zuwendungen von Privatpersonen, Firmen und Kollekten der Gemeinden. So sind viele Spenden in der Vorweihnachtszeit von Firmen und Vereinen für „Essen und Wärme“ und werden öffentlichkeitswirksam in der Offenbach Post präsentiert.

Jede Aktion kostet zwischen 35.000 und 40.000 Euro. „Unbezahlbar“ ist die ehrenamtliche Arbeit der 80 Mitarbeitenden. Damit sich die Bedürftigen nicht als reine Almosenempfänger vorkommen, bezahlt jeder einen Euro für das Essen.

Die Aktion läuft dieses Mal vom 5.11.2007 bis zum 16.3.2008.

Die Ökumenische Initiative Soziale Not in Offenbach trifft sich regelmäßig – auch im Sommer. Der Zeitplan für die Gemeinden bleibt bestehen, so dass die Gemeinden langfristig planen können.

Es ist festzustellen, dass die allgemein beschworene gute konjunkturelle Lage bei vielen Menschen nicht ankommt, schon gar nicht bei denen, die ganz unten auf der Leiter stehen.

Erschreckend ist, dass es nun Alleinerziehende und immer mehr Kinder betrifft. Die sich zu einer Aktion wie Essen und Wärme trauen, sind nur die Spitze des Eisberges. Bei manchen hat aber auch schon ein Abstumpfungsprozess stattgefunden. Die Kirchen leisten hier tätige Nächstenhilfe und bieten auch vielen Ehrenamtlichen einen sinnvollen Einsatzort. Für manche ist das Kirche, wie sie sein soll. Auch für viele, die ihr eigentlich schon den Rücken zugekehrt hatten.

Wichtig – so Initiator Günter Krämer – ist, dass das Engagement aus den Gemeinden kam und kommt und ebenso das gegenseitige Vertrauen. Hier wird Ökumene gelebt – zum Wohl der Menschen.

Anja Harzke

Kontakt:

Pfarrer Günter Krämer

Telefon: 069 814894

E-Mail: guenter.kraemer@yahoo.de

Kleiderladen Offenbach – Ein Projekt des Sozialdienstes

Arbeitsgemeinschaft Diakonisches Werk und Caritasverband

Arme gab es schon immer in Offenbach. Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wirkte sich die Arbeitslosigkeit der Zwanziger Jahre in geringen Renten aus, in hohem Sozialhilfebedarf bei gleichzeitig eher niedrigem Gewerbesteueraufkommen. Die häufigen Anfragen und Bitten um finanzielle Unterstützung bei Pfarrämtern und Beratungsstellen ließ in Trägerschaft der Johannes-gemeinde den Möbel- und Kleiderdienst (MKD) entstehen, der – mit Unterstützung aus anderen Finanzierungsquellen – Material ausgab, Haushaltsgegenstände, Kleider, Möbel. So mancher Offenbacher Haushalt wurde zum „MKD“ hin aufgelöst.

Gleichzeitig gab es kontinuierlich die Beratungsstelle des Sozialdienstes aus Diakonischem Werk und Caritasverband. Im Juni 1994 wurden, sozusagen im Doppelpack, die Teestube als Beratungsstelle und der Möbel- und Kleiderdienst in den Räumen Gerberstrasse 15 als neue Bereiche der Arbeitsgemeinschaft Sozialdienst eröffnet.

Für die Kirchengemeinde war es, trotz des hohen ehrenamtlichen Engagements und großzügiger Spender, immer schwieriger geworden, den Möbel- und Kleiderdienst zu finanzieren. So war das Entstehen der Beratungsstelle/Teestube in der Gerberstrasse eine günstige Gelegenheit, den Möbel- und Kleiderdienst über das Diakonische Werk dort einzugliedern und somit den Fortbestand zu sichern. Zudem war der „MKD“ eine sinnvolle Ergänzung zum Angebot der Wohnungslosenhilfe der ArGe Sozialdienst. Im Lauf der Jahre ist der MKD zu einer wichtigen Offenbacher Institution geworden. Die benötigten Gegenstände, vor allem Kleidung und Möbelstücke, wurden an Einzelpersonen oder Familien aus Offenbach, die einen Berechtigungsschein vom Sozialamt mitbrachten, oder an bedürftige Personen ohne festen Wohnsitz abgegeben, aber auch an Menschen mit geringem Einkommen. Finanziert wurde der MKD über einen Zuschuss der Stadt Offenbach, über Spenden und einen geringen Kostenbeitrag der Kunden, soweit diese dazu in der Lage waren. Der Bereich Möbel war stets der kostenintensivste Teil des MKD.

Die Idee, in Offenbach ein Sozialkaufhaus einzurichten, eröffnete für den Möbelbereich eine neue Möglichkeit. Die Hauptfrage war die einer effektiveren Finanzierung.

Das Ergebnis: Ab Anfang des Jahres 2007 wurden sämtliche Möbel aus der Gerberstrasse, dem bisherigen Standort, in die Räumlichkeiten Luisenstrasse 34, in das spätere Kaufhaus „Luise 34“, verlagert. Die offizielle Eröffnung des Kaufhauses „Luise 34“ erfolgte am 2. Februar 2007.

In der Gerberstrasse ist der Kleiderbereich verblieben. Nach Umbau und Renovierung präsentieren sich die Räume des KLEIDERLADENS, so die neue Bezeichnung, übersichtlich und kundenfreundlich.

Seit Mai 2007 können die Kunden den neu eröffneten Kleiderladen nutzen. Die Nachfrage zeigt, dass diese Möglichkeit kostengünstiger Deckung des elementaren Bedarfs eine wirkliche Lücke schließt.

Wilhelm Wegner

Kontakt:

Rolf-Harald Burghardt
Sozialdienst
ArGe Diakonie/Caritasverband
Telefon: 069 829770-0
E-Mail: sozialdienst@diakonie-of.de

Ein Ort zum Wohlfühlen

Der Trödelladen der NRD in Mühlthal schafft Arbeitsplätze für behinderte Menschen



Ein gemütlicher Trödelladen ist der Second-Hand-Shop der Nieder-Ramstädter Diakonie in Mühlthal: Mittendrin gibt es das „Wohnzimmer“ zum Ausruhen und Kaffeetrinken.

„Hier habe ich gefunden, was ich in Berlin (!) zwei Tage lang vergeblich gesucht habe: Eine Weste, um meine Hochzeitsgarderobe aufzupeppen. Ich habe damals ohne Weste geheiratet!“ Der Eintrag ins Gästebuch kennzeichnet eine Besonderheit des Second-Hand-Shops in der Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) in Mühlthal: Man fühlt sich dort wie auf Omas Dachboden, wo man unverhofft einen ganz tollen Fund machen kann.

Ein bisschen geheimnisvoll ist es tatsächlich im Second-Hand-Shop, der sich über 300 Quadratmeter im NRD-Versorgungszentrum erstreckt. Überall dämmriges Licht, auf Schritt und Tritt Überraschungseffekte, die der phantastischen Dekoration von Sigrid Klingler und ihrem Team zu

verdanken sind: Hier steht ein Cowboy am Spielautomaten, dort „sitzt“ ein perfekt ausgestopftes Brautkleid auf einem antiken Stuhl – es gibt keinen leeren Fleck an Wänden und Decken des Shops. Jeder Zentimeter ist genutzt, um die gespendete Ware – Textilien, Bücher, Haushaltswaren, Spiele, Schallplatten und CDs – zu präsentieren oder den Besucher zum Verweilen und Stöbern einzuladen. Mitten im Laden ist das „Wohnzimmer“ mit Sofa und Sesseln, wo man für 50 Cent einen Cappuccino genießen und sich ausruhen kann, direkt neben der Kommode, die hunderte gespendeter Brillengestelle enthält.

Der Shop ist ein Ort der Integration, hier begegnen sich Menschen mit und ohne Behinderung. „Das Wichtigste ist, dass man sich hier wohlfühlt“, sagt Sigrid Klingler, die vor 17

Jahren die Leitung übernommen hat, „jeder ist willkommen. Und wir packen auch ein Glas für einen Euro liebevoll als Geschenk ein.“ Natürlich ist auch die Wirtschaftlichkeit unerlässlich, denn Personal- und Betriebskosten müssen durch den Umsatz erbracht werden, und dann soll auch noch ein Erlös für die NRD übrig bleiben.

Mit den Billigketten und Ein-Euro-Shops zu konkurrieren, ist nicht leicht. Und auch Ebay habe sich deutlich ausgewirkt, sagt Klingler. „Kleine Kostbarkeiten, die man früher gespendet hat, verkauft man jetzt übers Internet“, stellt sie bedauernd fest. Deshalb ist ihr der persönliche Kontakt zu Kund/innen und Spender/innen wichtig: „Ich versuche im Gespräch zu vermitteln, dass der Laden ein Kleinod ist, das erhalten bleiben muss – nicht zuletzt, weil hier auch Menschen mit Behinderung einen Arbeitsplatz haben.“ Jeder, der hereinkommt, um einen Sack voll Wäsche oder drei Anzüge abzugeben, kriegt erst einmal ein Bonbon mit einem Zettelchen dran:

Danke, dass Sie an uns gedacht haben! Und dann lädt Sigrid Klingler den Spender ein, doch auch ein bisschen herumzustöbern. „Wir legen Wert auf Qualität“, erklärt sie, „jeder soll nur spenden, was er selbst auch noch kaufen oder benutzen würde“.

Seit etlichen Jahren nimmt der Shop nur noch Spenden an, die persönlich im Laden abgegeben werden. Die Sammel-Container auf dem Außengelände sind verschwunden, denn darin fand sich statt brauchbarer Ware oftmals überwiegend Müll, den die NRD für teures Geld entsorgen musste.

Rund hundert Menschen spenden und stöbern täglich im Shop, viele Stammkunden sind dabei. Diese finden sich auch ein bei den vierteljährlichen Events mit Livemusik und Popcorn, die bald von einem monatlichen langen Einkaufstag mit besonderen Angeboten abgelöst werden sollen.

Vom Wohlfühl-Effekt, den der Second-Hand-Shop vor allem vermitteln soll, spricht das inzwischen dreibändige Gästebuch fast auf jeder Seite: „This is a happy place and we love it“, schreiben Besucher aus den USA. „Eine Woche ohne Kleidershop ist wie Milchreis ohne Zimt & Zucker“, urteilen Mitarbeiterinnen aus dem Darmstädter Alice-Hospital. „Es tut gut zu sehen“, schreibt eine Besucherin aus Frankfurt, wie liebevoll die Sachen, die sonst achtlos weggeschmissen werden, ein neues Zuhause finden und vielleicht andere Menschen glücklich machen.“

Marlene Broeckers

Kontakt:

Der Second-Hand-Shop der Nieder-Ramstädter Diakonie ist geöffnet montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr, freitags bis 16 Uhr, Telefon: 06151 149-2720.

www.nrd-online.de

> Themenauswahl > Service > Kleidershop



Die witzige und liebevolle Dekoration ist ein Markenzeichen des NRD-Shops.
Fotos: NRD

Das evangelische Pfarrhaus und die uns aufsuchende Armut – die neue Komm-Struktur

Das Folgende stellt kein Projekt und kein Modell dar, sondern erzählt lediglich von der Praxis und von dem Alltag in einer kleinen Kirchengemeinde im Odenwald.

Das Evangelische Pfarrhaus¹ hat eine neue Rolle als Anlaufstelle von Menschen, die nicht zu Recht kommen. Weder mit Ämtern noch mit Geld. Manche können nicht telefonieren, andere nicht richtig schreiben.

Sie halten dir einen Zettel vor die Nase, meist ein zerknülltes Etwas. Es kann sein, dass es ein Mahnbescheid ist. Es kann sein, dass es die Androhung von Erzwangshaft ist. Es kann sein, dass es die Stromrechnung ist – oder eine Anzeige für einen billigen und gebrauchten Kühlschrank. Dafür möchte man 80 Euro. Denn Hartz IV beinhaltet solche Kosten nicht mehr.

Es klingelt, man hat Anderes und Besseres zu tun. Man geht an die Tür. Es sind mittlerweile bekannte Gesichter. Sie wissen, dass sie bei uns mehr kriegen als anderswo. Ein Pfarr-Kollege gibt einen Gutschein von 2,50, so erzählt ein Mann, für die Metzgerei um die Ecke. Ein anderer erzählt, er habe einmal für 2 Euro die Stunde für einen Pfarrer gekehrt (echt spendabel, denke ich, in Zeiten der 1-Euro-Jobs eine Lohnsteigerung von 100%, davon können Manager nur träumen, deren Bezüge haben sich in den letzten sechs, sieben Jahre nur um 50% erhöht). Wir geben dem Mann 30 Euro.

Wir sind eine kleine Gemeinde, 900 Mitglieder. Seit eineinhalb Jahren nehmen die „Besuche“² von Armen zu. Mittlerweile spricht sich wohl rum, dass es in Wersau keine Gutscheine gibt, sondern richtig Geld. Die Menschen kommen aus Darmstadt, Dieburg, Babenhausen ...³ Das sind ein paar Kilometerchen. Aber sie trampeln – was seine Zeit braucht. Dann erzählen sie ihre Geschichte oder Geschichten. Zeigen Briefe von Ämtern, ihre Operationsnarben. Sie wollen uns auch etwas geben für unser Geld – und sei es einen erflunkerten oder aufgeblasenen Grund⁴.

Man erledigt auch Telefonate und trifft Vereinbarungen. Die werden so gut wie nie eingehalten. Der junge Mann mit der Androhung von Erzwangshaft (es ging „nur“ um ein Bußgeldverfahren) bekommt eine gute Nachricht von mir: die Sachbearbeiterin verlangt lediglich einen Antrag auf Aufschub, sie würde das dann dem Gericht mitteilen. Wir verabreden einen Termin, damit ich für ihn jenen Antrag tippe – 21 Jahre, junger Vater, Deutscher ohne Kenntnis der Schriftsprache. Er kommt nicht ...

Das evangelische Pfarrhaus kann eine Rolle bekommen: in der Fürsorge. Einst eine Bildungsinstitution, dann ein Brennpunkt im Gemeindeleben, schließlich klar getrennt in privat und amtlich/öffentlich, wird es nun herausgefordert durch das Phänomen Armut. Ist das Pfarrhaus dazu in der Lage?

Es ist die Frage, ob man das will. Es ist klar, dass man die Rolle dann bekommt, wenn man wie wir in Wersau tatsächlich zweistellige Eurobeträge den Leuten in die Hand drückt. „Schön dumm“, kann man da sagen, „kein Wunder, dass die Leute kommen, immer mehr und immer öfter“. Aber wir gehen in der Tat davon aus, dass die vielfältigen Ausformungen von Armut real sind, die sich durch und mit den Menschen bei uns einfinden. Das soziale Netz fängt viele nicht mehr auf.

Und so beginnen wir, die Rolle des Pfarrhauses als Anlaufstelle für Arme zu entdecken und zu reflektieren. Spenden aus der Gemeinde und Kollekten aus Kasualien werden bewusst dafür eingesetzt – und siehe da: die Gemeindeglieder, die Taufeltern und Hochzeitspaare unterstützen das.⁵ Allein das öffentliche Sammeln in Gottesdiensten und das Thematisieren dieser Sachverhalte bei Kasualgesprächen hält das Bewusstsein dafür aufrecht, dass hier sozialpolitischer Handlungsbedarf besteht.

Als fachliche Gesprächspartner sind die Profilstelleninhaberin und die Allgemeine Lebensberatung des regionalen DW wichtig. Indem man sich als Pfarrer/in – als Bewohner/in eines Pfarrhauses als Anlaufstelle für Arme – dem Problem stellt, sind sowohl Kundigmachen und Informationsbeschaffung⁶ als auch Vernetzung unabdingbar. Die Verknüpfungen müssten intensiver sein.

Völlig klar ist, dass die Fürsorgerolle eines Pfarrhauses keine Lösungen beinhaltet. Es kann nur vorübergehende Hilfe leisten. Es ist ja keineswegs ein Zufall, dass diese Rolle genau in jenen Zeiten auf die örtlichen Pfarrhäuser zukommt, in denen die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ nicht mehr von den Sozialämtern und Arbeitsagenturen gegeben wird.

Ich schildere keine „best practice“, sondern den Beginn einer Praxis, die sich aus realen Notlagen bei uns ergeben hat. Unsere kleine Gemeinde nimmt diese Rolle an. Sie ist keineswegs klar beschrieben und genügend reflektiert. Aber dass da eine Not an die Türen unserer Pfarrhäuser klopft, sollte deutlich sein.

Als einmal ein Bettler bei Martin Luther an der Tür stand, drehte er sich um und rief: „Käthe, der Herr Jesus ist da.“ Das hat man davon, wenn man Mt. 25, 40 ernst nimmt ...⁷

Dieter Keim

Kontakt:

Pfarrer Dieter Keim
 Telefon: 06161 527
 E-Mail: dke115@aol.com

Anmerkungen:

- 1 Ich sage bewusst „Pfarrhaus“, nicht Pfarramt. Für die in Frage stehenden Dinge gibt es keine Öffnungszeiten. Wir Pfarrer werden durchaus auch privat aufgesucht.
- 2 Das ist ein Euphemismus – es sind natürlich keine Besuche, es sind reale und manchmal richtig nervige Unterbrechungen und Störungen
- 3 Es soll allerdings nicht der Eindruck entstehen, als ginge die Zahl in die Hunderte. Nein – es sind ungefähr fünfzehn Menschen, darunter zwei Frauen, eine davon mit vier Kindern.
- 4 Herr J. verspricht: „Ich bet´ auch für Sie, Herr Pfarrer!“ Dann fällt ihm auf, dass er dies lieber bedingungslos formulieren sollte: „Ich bet´ immer für sie!“ Sie sind oft gut drauf!
- 5 Anders als die neuesten Erhebungen nahe legen, wonach die Vorurteile gegenüber Armen und Arbeitslosen eher zunehmen – vgl. die Forschungsberichte von Wilhelm Heytmeier, wonach „40 Prozent der Deutschen meinen, dass zu viel Rücksicht auf Versager genommen wird.“ (taz vom 13.12.2007 – siehe auch DIE ZEIT, 13.12.2007 Nr. 51: „Moralisch abwärts im Aufschwung“)
- 6 Es geht um soziale und rechtliche Informationen genauso wie um Kenntnisse, wo es billige Kleidung, Spielsachen (Bücher!), Möbel und Ausstattungsgegenstände gibt. Wir Pfarrer/innen brauchen ein „Coaching“ im Umgang mit Leuten, die es verlernt haben, ihr Leben zu führen; die verlernt haben, Zeiten einzuhalten; die keine Erfahrung darin haben, das Verlässlichkeit sich lohnt. Natürlich müssen wir auch ihre Tricks versuchen zu durchschauen. Arme sind ja nicht ohne weiteres tugendhaft (Reiche natürlich auch nicht – nur Kleinbürger, unser normales Milieu also, sind es).
- 7 „Darauf wird der König ihnen antworten: Amen, ich sage euch: Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“

III.

Kinder für ihre Zukunft stützen und stark machen

Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte, Pfungstadt

„Kinder für ihre Zukunft stützen und stark machen“, das ist ein Ziel der evangelischen Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte. Allerdings sind die Erzieherinnen dabei in der Praxis mit vielfältigen Problemen konfrontiert.

Als besonders gravierend nennt die Leiterin Barbara Jacobs die zunehmende Armut, häufig als Folge von Langzeitarbeitslosigkeit, die auch im Alltag der Kindertagesstätte spürbar wird. Sie zeigt sich daran, dass Kinder insgesamt vernachlässigt wirken, dass sie z. B. für die Jahreszeit bzw. für bestimmte Witterungsbedingungen nicht passend gekleidet sind. („Sie kommen im Winter mit nackten Füßen in Gummistiefeln oder haben keine warmen oder regenfesten Jacken.“) Sie wirken ungepflegt und unsauber, haben Körpergeruch, Mundgeruch, schmutzige Kleidung. Sie sind schlecht ernährt, kommen ohne gefrühstückt zu haben in die Tagesstätte und haben auch kein Frühstück dabei. Das Geld für Mittagessen in Ganztagesgruppen wird nicht (regelmäßig) bezahlt bzw. Kinder werden ohne Angabe von Gründen abgemeldet und nehmen nie an Festen teil. 25% der Eltern sind alleinerziehend, 4% haben ein Familieneinkommen unter 20.000 € p.a. Es zeigt sich darin, dass Elternbeiträge trotz einer Staffelung nach Einkommenshöhe nicht (vollständig) bezahlt werden (können).

Gleichzeitig ist Armut, ähnlich wie Arbeitslosigkeit, ein stark tabuisiertes Thema. Hilfe muss den Eltern so angeboten werden, dass sie unauffällig und unaufdringlich wirkt und ohne Scham angenommen werden kann.

In der Gemeinde sind die Symptome von Armut oft am deutlichsten in der Kindertagesstätte wahrnehmbar und es ist

sinnvoll, dort auch mit direkten Hilfen für die Kinder anzusetzen. Außerdem sind hier viele Eltern direkt erreichbar und im Interesse ihrer Kinder auch am ehesten offen und bereit, Hilfe anzunehmen. Gleichzeitig dürfen aber die Kindertagesstätten und die Erzieherinnen damit nicht allein gelassen werden. Es handelt sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem. Deshalb ist es vor allem wichtig, dass die Gemeinde und der Kirchenvorstand über das Problem gut informiert sind und die Suche nach Lösungen auch zur gemeinsamen Sache gemacht wird. Dazu gehören letztlich auch Verhandlungen mit der Kommune und die öffentliche (selbstverständlich anonymisierte) Darstellung des Problems in den Medien.

Kindertagesstätten und Gemeinden erhalten oft einen tiefen Einblick in die familiären Lebensverhältnisse und Notlagen und können dadurch zu einer wichtigen, authentischen Informationsquelle für Politiker/innen und Fachleute in den zuständigen Ämtern und zur Lobby für Kinder und Familien werden. Das Ziel all dieser Bemühungen ist „Integration statt Ausgrenzung“.

Dies kann durch entsprechende Angebote der Fachberatung und Weiterbildung unterstützt werden sowie durch Eltern- und Gemeindeabende zu Themen wie:

- Umgang mit Ressourcen: (nicht nur Müll vermeiden, sondern auch Wertschätzung für Gebrauchtes, z. B. Kleidung),
- Umgang mit Problemen (Resilienz): Entwicklung von Selbstwertgefühl, z. B. worüber definiere ich meinen Selbstwert?
- Werteerziehung: Welche Arbeit ist wertvoll? Was macht einen Menschen wertvoll? und
- Sozialkompetenz: Verteilungsgerechtigkeit, Chancengleichheit etc.



Somit ist es ein Thema für alle, die in Kindertagesstätten arbeiten oder dafür Verantwortung tragen. Von großer Bedeutung ist dabei die Haltung der Mitarbeitenden in der Kindertagesstätte und im Umfeld (Gemeinde, Kommune) gegenüber den betroffenen Menschen und zum Umgang mit dem Themenfeld insgesamt.

Konkrete Beispiele für gute Erfahrungen

1. Wenig Geld, kein Geld – keine Teilhabe an Gesellschaft – Eröffnen von zusätzlichen finanziellen Ressourcen

In der evangelischen Kirchengemeinde Pfungstadt werden Spendensammlungen für bedürftige Kinder und Familien bei verschiedenen Anlässen oder aus Kollekten von einzelnen Gottesdiensten durchgeführt (z. B. seit Jahren der Erlös des gemeindeeigenen Standes beim Weihnachtsmarkt). Über die Verwendung des Spendenkontos entscheidet der Kirchenvorstand. Die Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte darf Vorschläge zur Verwendung einreichen.

Betroffene Familien werden von der Zahlung von Verpflegungsgeld (Mittagessen) freigestellt. Die Deckung der anfallenden Kosten geht entweder über den Verpflegungshaushalt allgemein oder in Einzelfällen über das Spendenkonto. Durch Veröffentlichung der Notlage in der eigenen Gemeinde finden sich auch private Spender, die die Essenskosten für einzelne bedürftige Kinder übernehmen.

In den monatlichen Elternbeitragsgebühren ist monatlich ein Betrag von 1,50 € pro Kind enthalten, welcher dem Haushalt für Sonderveranstaltungen der Kindertagesstätte zur Verfügung gestellt wird (Beschluss des Magistrats). So können mit den Kindern Theatervorstellungen besucht werden, kann Eis essen gegangen werden; bei Festen gibt es kleine Gewinne, ohne dass die Eltern dabei belastet werden. Alle Kinder können ohne Ansehen der häuslichen, finanziellen Situation am Besuch eines Figurentheaters teilnehmen.

Ausflüge und Besuch von Sehenswürdigkeiten (Museum usw.) werden so geplant und durchgeführt, dass kein finanzieller Beitrag der Eltern notwendig ist (z. B. durch Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, freien Eintritt usw.).

In der Schulkindbetreuung wird bei bedürftigen Familien ein Zuschuss zum laufenden Lernmaterialbedarf gegeben

(und z. B. ein neuer Bleistift gekauft oder Papier). Vielfach sind dies auch Materialspenden von ortsansässigen Firmen oder Praxen.

In der Kleinkindbetreuung geben Eltern von älteren Kindern restliche Windeln in der Kindertagesstätte ab. Diese bekommen dann Kinder, die in den Familiengruppen (2–10 Jahre) betreut werden.

2. Rechte kennen und wahrnehmen – Beratung und Unterstützung beim Gang zur Behörde

In der Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte erhalten Eltern Unterstützung bei der Antragsstellung für finanzielle Leistungen wie Wohngeld, Kindergeld, Zahlung der Beitragsgebühren für die KiTa. Es wird über die Adressen der betreffenden Ämter informiert, Hilfestellung beim Ausfüllen von Formularen geleistet, Hilfe beim Beschaffen von Unterlagen gegeben und ähnliches.

Es finden auch gemeinsame Gespräche mit Eltern und Jugendamt über die Notwendigkeit der Tageskindbetreuung bei schwierigen familiären Situationen statt (z. B. bei der Anfrage an das Jugendamt zur Übernahme der Tagesplatzbetriebsgebühr bei Nichtberufstätigkeit der Mutter/Eltern).

Brigitte Bertelmann

Kontakt:

Barbara Jacobs

Leiterin Ev. Dietrich-Bonhoeffer-Kindertagesstätte

Telefon: 06157 990204

E-Mail: d.bonhoeffer-kindergarten@t-online.de

„Von der Leere zur Lehrstelle“

Das Netzwerk st.ar.k



St.ar.k (Starkenburger Arbeitskreis Kirche und Wirtschaft) ist ein Netzwerk verschiedener kirchlicher Gemeinden in Südhessen, die Jugendliche in Ausbildung begleiten bzw. zusätzliche Ausbildungsplätze in ihren Gemeinden suchen.

Entstanden ist diese Initiative 1998 im Zuge des „Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Mitglieder aus Kirchengemeinden erkannten, dass für immer mehr junge Menschen die berufliche Perspektive immer schlechter wurde. Insbesondere die sogenannten benachteiligten Jugendlichen rückten in ihr Augenmerk. Nach dem Motto

sehen – urteilen – handeln

wurden erste Kontakte vor Ort zu den Hauptschulen geknüpft und Betriebe angefragt.

Was zunächst in Weiterstadt mit Herrn Dr. Vetter, ehemaliger Personalleiter der Firma Merck, seinen Anfang nahm, zog weitere Kreise in Südhessen. Die Initiativen werden vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN in Kooperation mit dem Unternehmerverband Südhessen e.V. im Netzwerk St.ar.k zusammengeführt:

Von der Leere zur Lehrstelle

Mit diesem Slogan versuchen mittlerweile ehemalige Ausbilder, Kaufleute, Personalleiter, Lehrer etc. auch in weiteren Kirchengemeinden in Südhessen (Darmstadt, Weiterstadt, Babenhausen, Groß-Umstadt, Reinheim, Messel, Roßdorf, Michelstadt, Heppenheim und Seeheim-Jugenheim) ihre im Berufsleben erworbenen Erfahrungen an Jugendliche weiterzugeben, um diesen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu helfen.

Die „Paten“

- Sie sind Ansprechpartner/innen für die Betriebe. Die Betriebe schätzen vor allem, dass durch die Paten bereits eine Vorauswahl getroffen wird, welche Jugendlichen sich vorstellen (siehe Beispiel aus Darmstadt).
- Die Betriebe schätzen die Paten auch als Mediator/innen bzw. Vermittler, sollte es während der Ausbildung zu Schwierigkeiten kommen.
- Sie sind für die Jugendlichen unabhängige Ansprechpartner/innen, da sie unbelastet vom Generationenkonflikt im Elternhaus oder von der Notengebung auf sie zugehen können. Durch ihren ehrenamtlichen Einsatz für die Jugendlichen können sie neue Zugangswege nutzen, um sie beispielsweise mit Bewerbungstraining für die Ausbildung fit zu machen (Job-Center Babenhausen, MENA, Fit for Job, REINA).
- Sie initiieren in ihren Kommunen Runde Tische mit Gewerbevereinen, Bürgermeistern, Parteien, Lehrern, Gewerkschaften, um gemeinsam die Ausbildungssituation vor Ort zu verbessern.
- Sie arbeiten in den Schulen mit Lehrern und Eltern zusammen.
- Sie initiieren Gottesdienste zu diesem Thema (Groß-Umstadt, Reinheim).
- Sie treten öffentlich für das Interesse der Jugendlichen an Ausbildungsplätzen ein (Babenhausen, Groß-Umstadt, Michelstadt).
- Sie arbeiten in kommunalen Bildungsbeiräten mit (Weiterstadt).
- Sie kooperieren mit anderen Initiativen (Strahlemann-Initiative, SymPaten).



Fazit

Innerhalb der letzten 9 Jahre konnten ehrenamtliche Mitarbeiter /innen von st.ar.k über 100 Ausbildungsplätze aquirieren und sie an Jugendliche vermitteln.

Die Arbeit von st.ar.k ist aber nicht nur wegen diesen zusätzlichen Ausbildungsplätzen so wichtig.

St.ar.k geht es auch darum, nachhaltig Ausbildungsplätze zu erhalten. Dies erreichen wir zum einen durch unsere Arbeit in lokalen Bündnissen, zum zweiten durch die Gespräche mit den Betrieben und drittens durch die Beratung der Jugendlichen.

In diesem Sinne leistet das Netzwerk st.ar.k einen kleinen, aber guten Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation benachteiligter Jugendlicher in Südhessen.

Konkrete Beispiele aus der Arbeit der lokalen Netzwerke finden Sie auf der Internetseite www.netzwerk-stark.de

Heike Miehe

Kontakt:

Heike Miehe

Referentin für den Wirtschaftsraum Südhessen

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Telefon: 06131 2874445

E-Mail: h.miehe@zgv.info



Sozialpraktikum im Vorkonfirmandenunterricht

Projekt der Lutherkirche Wiesbaden

Das im Folgenden beschriebene Projekt wurde in den neunziger Jahren an der Lutherkirche Wiesbaden entwickelt und mehrfach durchgeführt von Pfr. Martin Heinemann, Gemeindepädagogin Petra Hülpüsch und Pfr. Dr. Thomas Posern.

Das Gemeindegebiet der Lutherkirche umfasst Villenbezirke aus der Gründerzeit, öffentlich geförderten Wohnungsbau mit einem hohen Anteil von Landes- und Bundesbediensteten sowie stark verdichtete Innenstadtbezirke. Insofern gehören Menschen aus sehr unterschiedlichen sozialen Schichten zur Gemeinde.

Der Konfirmandenunterricht (KU) begann in der Lutherkirche damals nach den Schulsommerferien. Zusätzlich sollte ein Vorkonfirmandenunterricht (VKU) eingeführt werden. Dieser VKU bestand aus zwei Teilen: Vor den Osterferien wurden die Konfirmand/innen in einem 5–6-wöchigen Kurs in biblische Grundlagen insbesondere des Neuen Testaments eingeführt, damit im KU von einem etwa gleichen Wissensstand ausgegangen werden kann. Dieser Kurs fand Freitagnachmittags ab 15 Uhr bis gegen 19 Uhr statt und endete mit einem gemeinsam zubereiteten Abendessen. Über die Wissensvermittlung hinaus war durch das auch von vielen Spielen geprägte Miteinander ein Vertrauensverhältnis der Konfirmand/innen untereinander und zu den Unterrichtenden entstanden, das für die weiteren Aktivitäten von großer Bedeutung war. Am VKU bzw. KU der Lutherkirche nahmen zu der Zeit jeweils zwischen 35 und 50 Konfirmand/innen teil.

Zwischen den Oster- und den Sommerferien wurde für die Konfirmand/innen ein „Sozialpraktikum“ in Wiesbadener diakonischen und sozialen Einrichtungen organisiert. Dazu gehörten z. B. die Teestube des Diakonischen Werkes für Nichtsesshafte, mehrere Einrichtungen der Inneren Mission (u.a. Behindertenwohnheim), Hausaufgabenhilfe für Flüchtlingskinder, Altenwohnheim, Kindertagesstätte, aber auch säkulare Projekte wie „Schule im Krankenhaus“.

Die Konfirmand/innen mussten sich in Gruppen von 2–4 Jugendlichen zusammenfinden und wurden zu einer ersten Begegnung mit der jeweiligen Einrichtung von einem der Team-Mitglieder begleitet. In einer 1–2stündigen Begegnung wurden die Konfirmand/innen mit der jeweiligen Einrichtung bekannt gemacht. Ein/e Mitarbeiter/in der jeweiligen Einrichtung hatte sich jeweils auf die Begegnung vorbereitet und zeichnete auch für den weiteren Verlauf verantwortlich. Nach diesem Erstkontakt in Begleitung hatten alle Konfirmand/innen die Aufgabe, jeweils 6–8 Zeitstunden (variierend nach den Möglichkeiten der jeweiligen Einrichtung) in

diesem Projekt zu hospitieren bzw. wo möglich auch unterstützend an die Hand zu gehen.

Bei einem den VKU abschließenden Nachmittag stellten alle Konfirmand/innen „ihre“ Projekte vor und berichteten davon, was sie erfahren haben und wie es ihnen dabei ergangen ist. Der VKU wurde vor den Sommerferien mit einem „Fest“ abgeschlossen, an dem auch die Eltern der Konfirmand/innen teilnahmen.

Durch dieses Projekt wurde, sozusagen als „Nebenprodukt“, der Kontakt zwischen den Vertreter/innen der Lutherkirchengemeinde und den jeweiligen diakonischen und sozialen Einrichtungen und Projekten beträchtlich intensiviert. Vor allem die Eltern der Jugendlichen, die am VKU teilgenommen hatten, berichteten immer wieder, dass dies eine sehr wichtige Erfahrung für ihre Kinder gewesen sei, die sie z. B. im Rahmen der Schule so nicht machen konnten.

Der KU in der Lutherkirche war zwar mit einer recht intensiven Elternarbeit verknüpft gewesen; über die Elternabende hinaus wurden alle Eltern im Lauf des Konfirmandenjahres von einem der Unterrichtenden besucht. Es wäre aber eine interessante und wichtige Erweiterung unseres damaligen Ansatzes, in die Begleitung der Konfirmand/innen zu den jeweiligen Einrichtungen und Projekten auch Eltern einzubeziehen, die dies zeitlich ermöglichen könnten.

Thomas Posern

Kontakt:

Pfr. Dr. Thomas Posern
Referent für ökumenische Sozialethik und
stv. Leiter im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
Telefon: 06131 2874454
E-Mail: t.posern@zgv.info

Spannender Perspektivwechsel durch Sozialpraktikum

Projekt für Studierende der Fachhochschule Worms

Eine ähnliche Intention wie das bekannte Projekt „Seitenwechsel“ verfolgte das Angebot eines Sozialpraktikums für Studierende der Fachhochschule Worms, die alle in ausschließlich technisch und ökonomisch orientierten Studiengängen ausgebildet werden.

Die Evangelische Studierendengemeinde an der Fachhochschule Worms hat gemeinsam mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN den Studierenden erstmals im Jahr 2006 das Angebot gemacht, eine Woche lang in den Bereich sozialer und diakonischer Arbeit hinein zu „schnuppern“. Als Praktikumsstellen wurden von uns unterschiedliche Kontakte vermittelt wie z. B. zur Spiel- und Lernstube im sozialen Brennpunkt, zur Wormser Tafel, zu Jugendtreffs, zum Internetcafé für sozial benachteiligte Jugendliche oder der Migrationsberatung usw.. Lehrende der Fachhochschule erwiesen sich als sehr kooperativ und zeigten sich erfreut über dieses Angebot, das Kirche den Studierenden macht. Elf Studierende der Wormser Fachhochschule aus Deutschland und Übersee nahmen an dem Pilotprojekt teil.

Es begann mit einem intensiven Vorbereitungstag in den Räumen des regionalen Diakonischen Werkes in Worms, der dem Kennenlernen der Teilnehmer/innen untereinander diente, die Lebenslagen von armen Menschen in der Bundesrepublik und in der Region in den Blick nahm sowie erste Vorstellungen sozialer Arbeit in den Projekten vermittelte. Die Studierenden suchten sich einzeln oder zu zweit die „Arbeitsstellen“ aus, in denen sie in der kommenden Woche Erfahrungen sammeln wollten. Auch während des Praktikums gab es die Möglichkeit, Erfahrungen in der neuen Umwelt untereinander und im Gespräch mit der Studentenseelsorgerin auszutauschen.

Es galt, nicht nur die von sozialen Problemen betroffenen Menschen aus neuer Perspektive wahrzunehmen, sondern auch die Professionalität und das Engagement der im sozialen Bereich Arbeitenden zu erleben. Dass sich dabei der Blick auf die eigene (Berufs-)Biographie ebenfalls veränderte, war ein willkommener Effekt der Veranstaltung. Schließlich wurde den Studierenden die Teilnahme an dem Praktikum auch zertifiziert, so dass sie diese Erfahrung in etwaigen Bewerbungsverfahren nachweisen können.

Alle Teilnehmenden zeigten sich bei dem abschließenden Auswertungstreffen in den Räumen der Fachhochschule Worms tief beeindruckt von ihren Erlebnissen. Einige von ihnen konnten ihren Arbeitseinsatz sogar noch ausweiten, indem sie zum Teil noch monatelang ehrenamtlich in ihren vormaligen Praktikumsstellen weiter arbeiteten. Auf diese Weise erhielten die Studierenden auch einen authentischen

Eindruck von kirchlich-diakonischer Arbeit und von der christlichen Motivation, die zu einem solchen Engagement führt.

So erfuhren diese künftigen Führungskräfte, die demnächst Verantwortung in der Arbeitswelt tragen, einen „Seitenwechsel“, der sie auf eine für sie ganz neue Art auf ihre künftige Aufgabe vorbereitete. In ihren Studiengängen lernen sie fast ausschließlich, sich mit technischen und ökonomischen Sachproblemen auseinanderzusetzen; als Verantwortliche in Wirtschaft und Gesellschaft brauchen sie aber auch eine soziale und kommunikative Kompetenz, die man nicht am Schreibtisch lernen kann.

Thomas Posern

Kontakt:

Pfr. Dr. Thomas Posern
Referent für ökumenische Sozialethik und
stv. Leiter im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
Telefon: 06131 2874454
E-Mail: t.posern@zgv.info

Pfrin. Dr. Erika Mohri
Telefon: 06421 849517
E-Mail: e.mohri@t-online.de

Ins Leben starten – mit Ziel und mit Selbstbewusstsein!

Arbeit, Qualifizierung, Beschäftigung

Seit über dreißig Jahren sind Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen. In Hessen sind rund 21.000 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet; knapp 3.000 unter 25-Jährige sind Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Ein Teufelskreis aus mangelnder Schulbildung, fehlender Ausbildung, defizitären sozialen Kompetenzen und unglücklichem Selbstbild führt in eine Abwärtsspirale. Das Gegenkonzept heißt: Talente entdecken, Ausbildung anbieten, sozialpädagogische Begleitung organisieren, in den Arbeitsmarkt vermitteln.

Im Gebiet der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gibt es fünfzehn Träger mit verschiedenen Projekten, die genau diese Zielsetzung haben. Einige von ihnen stellen wir im Folgenden dar, exemplarisch, weil sie für weitere stehen. Sie sind aber auch beispielhaft insofern, als aus den Schilderungen der Erfahrungen grundsätzliche Erkenntnisse über den Zusammenhang von Familie, Milieu, Gesellschaft, Institutionen und Lebensläufen gewonnen werden können. Die Kenntnis der Projekte nützt auch all denjenigen, die für Betroffene eine Qualifizierungsmöglichkeit suchen.



Jugendwerkstatt Giessen e.V.

Eine der ersten Einrichtungen, die für Jugendliche und Langzeitarbeitslose wegweisende Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte entwickelt hat, ist die Jugendwerkstatt Giessen e.V. Seit über 25 Jahren bietet sie qualifizierende Tätigkeiten in professionell geführten Werkstätten an.

Während in der Außenstelle Lich ausschließlich auf Ausbildung vorbereitet wird, bietet die Jugendwerkstatt an ihrem Hauptsitz in Giessen ein breites Spektrum unterschiedlicher Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Im Laufe der Jahre sind auf dem Gelände am Alten Krofdorfer Weg in der Giessener Weststadt Schreiner-, Metall- und Elektrowerkstätten entstanden, eine Bauwerkstatt, eine Kantine sowie ein Bereich für Forst-, Garten- und Landschaftsbau.

Das ambitionierte Engagement von Personal und Auszubildenden wird auf dem weitflächigen Gelände vielfältig spürbar. In einem engmaschig geknüpften Netz greifen hier Tätigkeiten ineinander. „Wir versuchen nicht, Arbeit zu erfinden. Jugendliche und Arbeitslose sollen erkennen, dass ihre Arbeit nutzbringend und notwendig ist“, erläutert Pfarrer Christoph Geist, einer der Initiatoren und Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, das Konzept. Der Erfolg der letzten Jahrzehnte scheint diesem pädagogischen Ansatz Recht zu geben. Das Stammpersonal ist inzwischen auf über 50 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angewachsen, 350 Menschen ohne festen Arbeitsplatz erfahren durch sie fachliche Qualifizierung, Betreuung, Personalentwicklung und Ausbildung.

1998 wurde mit kirchlicher und diakonischer Hilfe ein Gelände gekauft, auf dem vorhandene Gebäude und Arbeitshallen den eigenen Bedürfnissen entsprechend umgebaut wurden. „Der Umbau war für die Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen ein ideales Qualifikationsfeld“, kommentiert dies Pfarrer Geist.

Ein zentrales Ziel der Jugendwerkstatt ist neben Professionalität auch der Anspruch, Ausbildung und Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenschonung und ökologischer Verantwortung zu organisieren. Ein Gebrauchtwarenkaufhaus bildet so das Herz der Jugendwerkstatt. In dem zweigeschossigen Gebäude werden restaurierte Möbel, gebrauchte Kleidung und auch antiquarische Liebhaberstücke zum Erwerb angeboten. Die umliegenden Werkstätten sorgen

regelmäßig für Nachschub, denn hier wird gesammelt und bearbeitet, was an gebrauchten Gegenständen noch nutzbar gemacht werden kann.

Effektiv arbeitet auch die eigene Holzhackschnitzelheizanlage, die unbehandeltes Holz von alten Paletten in Wärme umwandelt: erstmal für den eigenen Betrieb, den Überschuss in das Fernwärmenetz der Giessener Stadtwerke einspeisend.

Die planerische Entwicklung des etwas komplizierten Heizsystems ist zugleich ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken von ehrenamtlichen Helfern/innen, hier eines Ingenieurs, und externen Einrichtungen mit den Profis in der Jugendwerkstatt. Auch mit Studentinnen und Studenten des Instituts für Kunstpädagogik der Justus-Liebig-Universität gab es bereits Kooperationsprojekte.

Dieser Bericht fußt auf einer Darstellung, die die Journalistin Andrea Pollmeier für den Jahresbericht 2005 des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau verfasst hat.

Kontakt:

Jugendwerkstatt Gießen e.V.

Telefon: 0641 93100-0

E-Mail: info@jugendwerkstatt-giessen.de



AQUA

Die Leitungsverantwortlichen der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften treffen sich regelmäßig im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung und Arbeit im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, kurz genannt AQUA. Im Zweijahresturnus erscheint die gleichnamige Zeitschrift „AQUA“, in der die Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen und regionalen Diakonischen Werke im Arbeitsfeld Jugendberufshilfe – Qualifizierung und Arbeit dargestellt sind.

Neue Arbeit Vogelsberg

In Oberhessen ist hier die Neue Arbeit Vogelsberg zu nennen, in der fortlaufend 150 bis 180 Menschen qualifiziert werden, 20 junge Menschen davon im Rahmen regulärer Ausbildung. Auch hier gilt die Devise: Betreuung und Begleitung, umfassende Erfahrungsangebote und Kooperation mit der Privatwirtschaft. So konnte schon so manches reguläre Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Die Neue Arbeit Vogelsberg ist eine gemeinnützige GmbH.

Kontakt:

Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH

Claus Rauhut

Telefon 06631 96410

E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de



Der neueste Zweig dieser Arbeit ist eine Dienstleistungsgesellschaft, die beispielsweise als Callcenter für die Übermittlung von Telefongesprächen mit Gehörlosen arbeitet.

Kontakt:

neue dienste Vogelsberg gGmbH

Claus Rauhut

Telefon: 06631 91120

Schreibtelefon: 06631 911277

Fax: 06631 911239

www.neue-dienste-vb.de

Lichtenburg und Alte Schule – weitere Qualifizierungsprojekte für Jugendliche

Seit 2001 betreibt die Jugendwerkstatt Herrnhag e. V. bei Büdingen ein Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt für benachteiligte Jugendliche. Dabei wird die denkmalgeschützte „Lichtenburg“ von 1744 restauriert, das Hauptgebäude einer ehemaligen Siedlung der Herrnhuter Brüdergemeine. Ergänzend gibt es allgemein bildenden Unterricht. Sozialpädagogische Betreuung wird vor allem in den Bereichen Verschuldung, Missbrauch, Wohnungssuche, Kriminalität und Sucht geleistet.

Eine Erfahrung bei dieser Arbeit ist: etwa die Hälfte der Jugendlichen ist durch die eigene Wohnsituation überfordert. Dies führt häufig dazu, dass sie für ihre beruflichen Ziele blockiert sind. Die Verbesserung und Betreuung des Wohnens ist darum ein Ziel der Jugendwerkstatt. In Eigenleistung sollen vier Wohnungen in einem Haus, einer „Alten Schule“, unter maßgeblicher Eigenbeteiligung der Jugendlichen ausgebaut werden, einschließlich Dach- und Fassadenumbau, Heizanlage und Bädern und kompletter Sanierung der Wohneinheiten.

Nach erfolgter Herrichtung sollen die Jugendlichen in diesem Haus beim Wohnen und Haushalten unterstützt werden. Von der Haushaltsplanung bis zum Wäschewaschen, dem Einkaufen und der Freizeitgestaltung kann durch Begleitung gelernt werden, eine individuelle Lebensperspektive zu entwickeln.

Kontakt:

Alexander Mebs
Leiter der Jugendwerkstatt Herrnhag e. V.
Telefon 06042 975836
E-Mail: jugendwerkstatt@herrnhag.de

Der Arbeitskreis Qualifizierung und Arbeit im DWHN ist ansprechbar über

Renate Lang
Referentin im DWHN
Telefon: 069 7947-263
E-Mail: rena.te.lang@dwhn.de



Wurzelwerk Groß-Umstadt

Im Sommer 2006 konnte das Wurzelwerk Groß-Umstadt auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Ursprünglich sollte die Qualifizierungs- und Beschäftigungseinrichtung ein zeitlich begrenztes Projekt sein. Doch die Grundproblematik ausbildungsloser junger Menschen hat sich seit seiner Gründung nicht entspannt.

Schwerpunkt der qualifizierenden Arbeit ist „im grünen Bereich“, also Naturschutz und Grünpflege. In der Betriebsstätte in Groß-Umstadt werden 50 Personen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg damit beschäftigt. So manche Kirchengemeinde und Einrichtung im Rhein-Main-Gebiet lässt sich ihre Grünflächen vom Wurzelwerk pflegen. Daneben läuft das Projekt „Attraktivere Bahnhöfe“ und in Rödermark das Projekt „3 plus 2“ für 30 Beschäftigte aus dem Kreis Offenbach. Alle Beschäftigten sind auf öffentlich geförderten Arbeitsplätzen eingesetzt. Die qualifizierende Beschäftigung der gemeinnützigen GmbH besteht aus einer Kombination von angeleiteter Arbeit, sozialpädagogischer Betreuung, Kurs- und Gruppenangeboten und individueller Fortbildung.

Das Wurzelwerk ist damit einer von 15 Qualifizierungsträgern im DWHN.

Kontakt:

Bärbel Simon und Reinhard Eilmes
Betriebsleiter
Telefon: 06078 72702
E-Mail: mail@wurzelwerk-online.de

Wilhelm Wegner

„Was ich schon immer mal machen wollte ...“

Ideenschmiede gegen Arbeitslosigkeit und Berufsfrust

Kirchliches Engagement für Erwerbslose: aber wie?

Was bedeutet es für Kirche und Gesellschaft, dass Millionen von Menschen in unserer Gesellschaft erwerbslos sind? In ihrer Kundgebung zum Schwerpunktthema „Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Armut muss bekämpft werden – Reichtum verpflichtet“ hat die 10. Synode der EKD auf ihrer Würzburger Herbsttagung im Jahr 2006 deutlich gemacht: „Alle Menschen werden gebraucht!“¹ Dieser emphatisch formulierte Aufruf klingt gut, doch wie wird er von Erwerbslosen gehört? Diese Frage stellt sich umso schärfer angesichts der Tatsache, dass sich Erwerbslose aus Angst vor weiterer Ausgrenzung und persönlicher Scham oft aus dem öffentlichen und auch gemeindlichen Leben zurückziehen². Was kann, was soll Kirche also für die Erwerbslosen tun, deren Situation sie ernst nehmen will, die sich aber längst von ihr verabschiedet haben?

Arbeitslosigkeit: mehr als „kein Job und wenig Geld“

Unbestrittenerweise bedeutet Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, zuerst Geldnot. Doch die Folgen für die Betroffenen sind weitaus gravierender und existentieller. Erwerbslosigkeit wird von Betroffenen auch als soziale Ausgrenzung und als Angriff auf die persönliche Würde erlebt³.

Aus der ökumenischen Arbeit mit Erwerbslosen in Frankfurt am Main hat sich das Modell der Ideenschmiede entwickelt. Dort, wo sich Menschen aufgrund der persönlichen Erfahrung von Erwerbslosigkeit ihrer eigenen Würde beraubt fühlen, ist das Ziel der Ideenschmiede, sie so zu stärken, dass sie sich ihrer Gottebenbildlichkeit und unveräußerlichen Würde (Art. 1 Grundgesetz) wieder bewusst werden.

Vor diesem Hintergrund setzt das Modell der Ideenschmiede bei der Stärkung der Selbstheilungskräfte des Individuums an⁴. Dies geschieht durch Reaktivierung der Kreativität und Kooperationsfähigkeit von Betroffenen. Das setzt freilich die Bereitschaft voraus, Arbeitslosigkeit nicht nur als Niederlage, sondern auch als Chance zum Neuanfang zu verstehen und zu nutzen.

Wie funktioniert die Ideenschmiede?

Die Ideenschmiede ist ein offenes Gruppenangebot für Erwerbslose, das monatlich in Frankfurt stattfindet. Es wird über einen Flyer in evangelischen und katholischen Gemeinden, in Jobcentern und Erwerbsloseninitiativen sowie über die Presse beworben. Geleitet wird die Ideenschmiede von einem ökumenischen Team, und d.h. in der Regel zu zweit. An den Sitzungen nehmen zwischen ca. 5 und 20 Personen teil.

Die Ideenschmiede funktioniert nach dem einfachen Grundprinzip, dass ein Gruppenmitglied eine Idee formuliert, was er/sie „schon immer mal machen wollte“. Der Begriff „Idee“ wird dabei in einem weiten Sinn verstanden. Er meint alles, was die Lebenssituation von Erwerbslosen verbessern kann: eine Idee, die in eine berufliche Selbständigkeit führt genauso wie ein ehrenamtliches Engagement oder ein kreatives Element zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Diese Idee wird auf eine Karte geschrieben und zusammen mit den anderen Ideen aus der Gruppe an einer Tafel veröffentlicht. Die Gruppe entscheidet sich nach einem Punktsystem für eine Auswahl, die im Rahmen einer Sitzung bearbeitet werden kann.

Die Bearbeitung der Ideen in der Gruppe läuft immer nach dem gleichen Schema ab: die Idee wird noch einmal kurz benannt und ggf. erläutert, wenn dazu Nachfragen bestehen. Danach geben die anderen Gruppenteilnehmer/innen dem/der Ideengeber/in Feedback, und zwar ebenfalls schriftlich auf Karten. Diese/r erhält die Karten und verdeutlicht anschließend der Gruppe, welche Resonanz die einzelnen Ideen jeweils auslösen.

Anmerkungen:

- 1 Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Mit einer Kundgebung zur Synode der EKD. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland, Gütersloh 2006, S.86.
- 2 Ebd.
- 3 Anne Ames, „Ich hab’s mir nicht ausgesucht ...“ Die Erfahrungen der Betroffenen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB II. Eine Studie im Auftrag des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Mainz 2007, S.24ff. Download unter: http://www.zgv.info/download/pdf/arbeit_fuer_alle/studie_hartz_IV.pdf
- 4 Dies wird in der psychotherapeutischen Fachliteratur unter den Stichworten Resilienz und Salutogenese thematisiert.

Ablauf der Ideenschmiede:

1. Kleiner gemeinsamer Imbiss, Begrüßung und geistliches Wort
2. Kurze Vorstellungsrunde und Erläuterung des Ablaufs
3. Individuelle Themenfindung: „Was ich schon immer mal machen wollte“ (1 Idee und Karte pro Person)
4. Auswahl der zu beratenden Ideen (jede/r vergibt drei Punkte. Die 3 Ideen mit den meisten Punkten werden beraten)
5. Beratungsidee Nr. 1 (Anregungen/Rückmeldungen der Gruppenmitglieder auf separaten Karten; Resonanz des/der Ideengebers/in; kurzes abschließendes Gruppengespräch über die Idee. Der/die Ideengeber/in behält die Feedback-Karten).
Beratungsidee Nr. 2
Beratungsidee Nr. 3
6. Mitteilungen, Gesamtfeedback des Abends (Blitzlicht), Segenswort zum Abschied

Wem nützt die Ideenschmiede?

Freilich kann Kirche nicht oder nur in seltenen Ausnahmefällen den Teilnehmenden an einem solchen Kurs einen Arbeitsplatz vermitteln, so wünschenswert dies auch wäre. Die Ideenschmiede ersetzt auch nicht das kirchliche Engagement für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Gleichwohl sind in der Ideenschmiede schon Ideen geschmiedet worden, die den Einstieg in eine neue berufliche Zukunft ermöglicht haben. So hat sich z. B. ein Erwerbsloser mit der Idee der Dienstleistung für ältere Menschen selbständig gemacht und kann seinen Lebensunterhalt davon bestreiten.

Die Ideenschmiede will Menschen in der schwierigen Phase der Arbeitslosigkeit begleiten. In diesem Sinne ist sie auch kein Ersatz für das Jobcenter, sondern ein kirchliches Angebot mit Beratungscharakter. Die wechselseitige Beratung der Teilnehmenden ist für den Gruppenprozess von großer Bedeutung. Die Feedbacks zeigen, dass sie sich dadurch ernst genommen und wertgeschätzt fühlen. Angesichts der oft von den Betroffenen beklagten gesellschaftlichen Marginalisierung ist diese Form der Unterstützung nicht zu unterschätzen. Sie ist ein Mosaikstein im Rahmen einer inneren und äußeren persönlichen Stabilisierung, der weitere Schritte ermöglichen soll.

Perspektiven

Die Ideenschmiede ist ein Angebot der Öffnung von Kirche für die spezifische Situation von Erwerbslosen. Damit dies gelingt, ist die Niederschwelligkeit des Angebots entscheidend. Die Ideenschmiede findet an einem zentralen kirchlichen Ort in Frankfurt statt, der aber nicht gemeindlich ist. Dieser Ort erleichtert den Zugang für gemeindlich gebundene Erwerbslose, da sie sich nicht als solche outen müssen. Für eine Übertragung ist deshalb zu überlegen, ob die Gemeinde oder nicht besser eine regional angesiedelte kirchliche Einrichtung, wie z. B. ein Haus der Kirche, ein angemessener Ort ist.

„Alle werden gebraucht!“ Dieser Satz bleibt eine Herausforderung: auch für Kirche und ihre Versuche, Arbeitslosigkeit im Dialog mit Erwerbslosen zu thematisieren. Die Ideenschmiede nimmt diesen Satz als Motto auf. Sie setzt an bei dem prekären Alltag der Betroffenen und versucht, sie so zu stärken, dass sie diesen besser in den Griff bekommen. Oder mit den Worten des Reiseschriftstellers John Blofeld: „eine Reise von tausend Meilen beginnt mit einem Schritt.“

Gunter Volz

Kontakt:

Ute Schäfer
Kirche für Arbeit/Initiative der Katholischen Kirche Frankfurt gegen Erwerbslosigkeit
Telefon: 069 380 375-26
E-Mail: ute.schaefer@caritas-frankfurt.de

Marion Schick
Beauftragte für Arbeitslosenfragen,
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN
Telefon: 06131 28744-51
E-Mail: m.schick@zgv.info

Dr. Gunter Volz
Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung
in den evangelischen Dekanaten
Frankfurt Süd und Mitte-Ost
Telefon: 069 4272618-26
E-Mail: gv@ev-dekanat-ffm.de

Der EKHN-Arbeitslosenfonds

Erfolgreiches Modell zur Arbeitsbeschaffung in der EKHN



Schon 1982/83 suchten engagierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Kirche und Diakonie nach Möglichkeiten, etwas zur Bekämpfung der sich abzeichnenden Jugendberufsnot und Massenarbeitslosigkeit beizutragen. Im Februar 1984 wurde der Arbeitslosenfonds gegründet und unterstützt seither zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse in der EKHN. Durch Spenden von Mitarbeitenden und Ruheständlern, aus gemeindlichen Veranstaltungen und Kollekten und durch die Verdoppelung der Spendensumme aus gesamtkirchlichen Mitteln erfahren arbeitslose Menschen so Unterstützung beim Einstieg ins Erwerbsleben.

Wie wird gefördert? Aus dem Fonds können Kirchengemeinden, Dekanate sowie kirchliche und diakonische Einrichtungen Zuschüsse für eine Teilfinanzierung von Personalkosten für ein zusätzliches, versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zugunsten arbeits- bzw. ausbildungsloser Menschen erhalten. Gefördert werden insbesondere Arbeitsplätze für behinderte, benachteiligte, ältere und langzeitarbeitslose Frauen und Männer sowie Ausbildungsplätze für junge Menschen.

Die Förderdauer beträgt in der Regel bis zu zwei Jahren, Zuwendungen für Ausbildungen werden bis zu drei Jahren gewährt. Über die eingehenden Anträge entscheidet der geschäftsführende Vorstand. Seit der Gründung 1984 bis Ende 2007 hat er 1.718 Anträge beraten, rund 12,5 Millionen Euro Fördermittel bewilligt und dadurch über 2.000 zusätzliche Beschäftigungen und Ausbildungen ermöglicht. Anträge können an die beiden unten stehenden Anschriften gerichtet werden.

Kontakt:

Dieter Nolte, Vorsitzender
Telefon: 06063 2160

Referat Personalrecht der Kirchenverwaltung
Frau Dr. Knötzele
Telefon: 06151 405-420
E-Mail: petra.knoetzele@ekhn-kv.de

www.ekhn.de > Rat & Tat > Gutes tun >
Spendenprojekte > Arbeitslosenfonds

„Als Auszubildender wird man ganz anders angesehen“ Ein Beispiel aus der Förderpraxis

„Wissen Sie, als Auszubildender wird man ganz anders angesehen, besonders von älteren Erwachsenen. Früher hatte ich oft das Gefühl, dass ich schief angesehen oder gar nicht ernst genommen werde, und man wird ja ständig gefragt, was man so macht.“ Das berichtete Manuel Daví etwa zwei Monate nach Beginn seiner Ausbildung als Bürokaufmann. Er hat lange auf seine Chance für eine Ausbildung warten müssen und sofort die Gelegenheit ergriffen, als man ihm vorschlug, dass er einen über den Arbeitslosenfonds geförderten Ausbildungsplatz bekommen könnte.

Manuel Daví erzählt von seiner Realschulklasse, die er vor 5 Jahren abgeschlossen hat: Zehn von 26 Ausbildungssuchenden fanden keine Lehrstelle. Er, wie einige seiner Klassenkameraden, hat deshalb notgedrungen weiter die Schulbank gedrückt, um nicht auf der Straße zu stehen. Daneben hat er weiter versucht, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, um endlich selbständiger und unabhängiger zu werden. Wie viele aus seiner Generation hat er alles Mögliche unternommen. Da war ein monatelanges unentgeltliches Praktikum in einem Hotel, bis er merkte, dass dort nie die versprochenen Ausbildungsstellen angeboten werden. Eine mündlich zugesagte Ausbildung zum Chemielaboranten fiel Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer und war auch plötzlich weg. Auf unzählige Bewerbungen gab es, wenn überhaupt eine Reaktion kam, nur Absagen.

In dieser Abwärtsspirale geraten auch gute Schüler/innen mit Schulabschluss in die Situation von Benachteiligten. Irgendwann traut man sich nichts mehr zu und ohne Einkommen kann man sich nichts leisten, was junge Menschen eigentlich wünschen und brauchen. Wenn die Familie nicht von Arbeitslosengeld II abhängig ist, gibt es zudem keine Förder- und nur wenig Beratungsmöglichkeiten für die Betroffenen. Manuel Daví gab trotzdem nicht auf. Über anderthalb Jahre besuchte er mindestens einmal im Monat die „Fachstelle Jugendberufshilfe“ des Diakonischen Werks in Groß-Umstadt und lies sich beim Schreiben zahlloser Bewerbungen helfen. Von dort kam dann der Tipp mit der Stelle über den Arbeitslosenfonds.

Der Beruf Bürokaufmann ist genau das Richtige für ihn. Er ist begeistert bei der Arbeit. Es macht ihm Spaß, die Post zu bearbeiten, Rechnungen zu schreiben und Statistiken zu erstellen. Hinzu kommt, dass er ein sehr kommunikativer Mensch ist. Er passt deshalb perfekt in seinen Ausbildungsbetrieb, die gemeinnützige Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft in Groß-Umstadt. An seinem Ausbildungsplatz, zu dem auch die Mitarbeit im Personalbüro gehört, hat er mit vielen in Qualifizierungsmaßnahmen beschäftigten Arbeitslosen zu tun. Manuel: „Ich verstehe mich sehr gut mit den Beschäftigten, weil wir nämlich genau die gleichen Erfahrungen gemacht haben und alle sagen, dass ich echt Glück hatte mit meiner Ausbildungsstelle“.

Marion Schick, Beauftragte für Arbeitslosenfragen,
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Mainz
Bärbel Simon, Betriebsleitung, Wurzelwerk gGmbH, Groß Umstadt

III. „Gemeinsam sind wir stärker ...“

Kooperationen zwischen Kirchengemeinde und Stadtteilkonferenz in einem schwierigen Stadtteil

Wiesbaden*. *Arme Kinder und Jugendliche – Jutta Jekel, Pfarrerin der evangelischen Kirchengemeinde Schelmengraben in Wiesbaden weiß, was das ist. Der Schelmengraben gilt als einer der sozialen Brennpunkte der Stadt. Daher hatte sie gemeinsam mit der Stadtteilkonferenz Schelmengraben im Vorfeld der hessischen Landtagswahlen die Spitzenkandidaten der Parteien befragt, was die Politik für diese Kinder tun könne.*

Marlies Engel hielt es nicht auf ihrem Stuhl. Voller Empörung sprang sie auf und rief: „Haben Sie schon mal kleine Kinder mit Hartz IV aufgezogen?“. Ulrich Weinerth von der Wiesbadener CDU, der Spitzenkandidatin Marion Petri vertrat, hatte diesen Ausbruch provoziert. Für ihn muss kein Kind hungrig in die Schule gehen, wie es Grundschullehrerinnen im Schelmengraben oft erleben. „Dann haben die Eltern das Geld, das sie bekommen, falsch eingesetzt“, behauptete er. Seine provokative Äußerung relativierte sich bei einem Blick auf den Tisch, den Andrea Schobes aufgebaut hatte. Die Leiterin des Gemeinschaftszentrums Schelmengraben hatte für 2,72 Euro eingekauft, die Summe, die einem Kind zur Verfügung steht, dessen Familie von Hartz IV leben muss. Mehr als ein mageres Päckchen verpackter Lebensmittel ist da nicht drin. Wer dagegen mit einem Sortiment aus Müsli, frischem Obst, Fleisch und Gemüse ein Kind gesund ernähren wolle, so Andrea Schobes, „muss um die neun Euro ausgeben“.

In einem Stadtteil, in dem fast jedes zweite Kind mit seiner Familie von Hartz IV-Leistungen leben muss, wären konkrete Antworten dringend notwendig gewesen. Doch die blieben die Kandidaten weitgehend schuldig. Immerhin schlug Ernst Ewald Roth (SPD) vor, künftig „dort, wo die Not am größten ist“, für alle Schulkinder kostenlos ein gemeinsames Frühstück und Mittagessen in der Schule anzubieten. Er forderte auch, das Vermögen der Deutschen gerechter zu ver-

teilen, etwa durch eine Vermögenssteuer. Sein Appell ging dabei an die Vermögenden, Solidarität nicht nur untereinander zu üben, sondern „von oben nach unten“.

Der FDP-Kandidat Reinhard Rzytki dagegen sah die Ursache für Verelendung ausschließlich im Mangel an bezahlter Arbeit, hielt jedoch die flächendeckende Einführung eines Mindestlohns für arbeitsplatzvernichtend.

Für den bündnisgrünen Kandidaten Michael Nicolai wäre ein erster Schritt, armen Familien zu helfen, die von der CDU-Regierung vor vier Jahren durchgesetzten Kürzungen im Sozialbereich rückgängig zu machen. Gerade diese Kürzungen aber, die zum Beispiel in der Erziehungsberatung, der Schulsozialarbeit, bei Schuldnerberatung und Frauenbildung vielen Projekten den Boden unter den Füßen weggezogen hatten, hatten nach Ansicht Weinerths positive Auswirkungen. Die freien Träger wie Caritas und Diakonie hätten unter dem Sparzwang ihre Angebote besser koordiniert und neu strukturiert. „Manches ist zwar quantitativ geringer, qualitativ aber besser geworden“, so Weinerth. Der prompte Protest blieb auch bei dieser Aussage nicht aus. Der Chef der Wiesbadener Diakonie, Gustav Förster, nannte es „unredlich“, wenn Ministerpräsident Roland Koch (CDU) Kürzungen für Hilfen in sozialen Brennpunkten zu verantworten habe, andererseits im Wahlkampf über Kriminalität von Jugendlichen klage, die oft gerade aus diesen Wohngebieten kämen.

Während die Politiker darüber stritten, inwieweit Mindestlöhne, Ganztagschulen und soziale Hilfen der Armut bei Kindern entgegenwirken könnten, machte die evangelische Gemeinde Nägel mit Köpfen. Pfarrerin Jutta Jekel kündigte am nächsten Tag im Gottesdienst ein „Mannamobil“ an, das künftig zweimal in der Woche vor dem Gemeindezentrum ein warmes Essen an Kinder und Jugendliche abgibt.

Lieselotte Wendl

*Der Artikel von Lieselotte Wendl erschien erstmals in der Evangelischen Sonntags-Zeitung Nr. 4 vom 27.01.2008 unter dem Titel: „Politiker reden, Gemeinde handelt. Kinderarmut: Vor der Wahl bleiben Kandidaten Antworten schuldig“. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Der Artikel beschreibt anschaulich, worin Charme und Chance der Zusammenarbeit einer Kirchengemeinde mit der Stadtteilkonferenz eines städtischen Quartiers liegen können.

In der Stadtteilkonferenz arbeiten die „Profis“ der örtlichen sozialen Arbeit – Leiter/innen von Kindergärten und Kindertagesstätten, Jugendzentrum, Beratungseinrichtungen, Wohnungsbaugesellschaft, Ortsverwaltung, Schulleitungen, regionale Polizeistelle und in unserem Fall Kirchengemeinde (Pfarrerin und Jugendarbeiter) mit Bürgerinnen und Bürgern zusammen, um Probleme des Stadtteils zu erkennen und Aktivitäten und Maßnahmen zur Verbesserung zu planen und umzusetzen. Die Kirchengemeinde ist Treffpunkt der Stadtteilkonferenz, hier werden viele Aktivitäten koordiniert.

Regelmäßige Kontakte und strukturierter Austausch machen es einfacher, schwierige Lagen frühzeitig zu benennen und wirksame gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen. Die unterschiedlichen Fachkompetenzen und Blickpunkte der Beteiligten helfen dabei, anstehende Probleme angemessen und differenziert zu erfassen. Im Gespräch miteinander lassen sich dann effektiver Lösungen finden, als wenn jede Einrichtung allein „vor sich hinwurschtelt“. So ist bei gemeinsamen Aktionen die öffentliche Resonanz größer, als wenn jede Einrichtung für sich alleine auftreten würde, oder man kann an verschiedenen Orten zum gleichen Problem unterschiedliche Angebote entwickeln.

Zur Frage „Kinderarmut“ gibt es beispielsweise neben dem Angebot in der Kirchengemeinde jetzt in der Grundschule ein gemeinsames kostenloses Frühstück für die Schülerinnen und Schüler, Mitarbeiter/innen der Erziehungsberatungsstellen bieten ein Elternseminar an, das Jugendzentrum organisiert eine Kochgruppe – alle Aktivitäten sind gemeinsam überlegt und aufeinander bezogen.

In der Kirchengemeinde Schelmengraben kommt als Besonderheit noch dazu, dass der in kirchlicher Trägerschaft angestellte Sozialpädagoge gleichzeitig mit halber Stelle in der Schulsozialarbeit der örtlichen Haupt- und Realschule tätig ist – das Sozialdezernat trägt die Kosten für diese halbe Stelle. Aktivitäten in der Jugendarbeit (z. B. Bewerbungstraining, Begleitung bei der Lehrstellensuche, Freizeiten, Tagesangebote) können so eng zwischen Schule und Gemeinde abgestimmt und gemeinsam durchgeführt werden – beide Partner profitieren von dieser Konstruktion.

Die Kirchengemeinde findet für ihre spezifischen Anliegen und Angebote ebenfalls gute Unterstützung; so kommen zum St.-Martins-Umzug zum Beispiel die Kinder der (städtischen) Kindertagesstätten und der Grundschule in den Gemeindegarten – eine Gruppe von 400–500 Menschen. Weihnachtsgottesdienste für die Schulen werden von diesen gerne genutzt: so kommt die Grundschule mit allen

Kindern und Lehrer/innen in der Adventszeit zu Besuch, 350 Besucherinnen und Besucher in zwei Tagen.

Die Vernetzung wird von allen beteiligten Personen und Institutionen als stärkend und unterstützend empfunden. Die einzelnen Verantwortlichen sehen sich nicht mehr als „Einzelkämpfer“ hilflos einer riesigen Anzahl von Problemen gegenüber. Die investierte Zeit ist gut genutzt.

Dabei ist es natürlich nicht immer nur einfach, alle handelnden Personen „unter einen Hut“ zu bringen, man muss integrieren und gelegentlich müssen auch Probleme geschlichtet werden – auch für diese Rolle bringt eine Kirchengemeinde wertvolle Ressourcen mit. Damit der Spaß nicht verloren geht, wird auch mal zusammen gefeiert oder gewandert, werden Geburtstage und andere familiäre Ereignisse bedacht.

Die Zusammenarbeit in der Stadtteilkonferenz bietet meiner Erfahrung nach eine gute Basis für eine Kirchengemeinde, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden.

Der gemeinnützige Verein „Manna mobil“, dessen Mitglieder der Freien Evangelischen Gemeinde nahe stehen, hilft bei der Versorgung der nicht sehr begüterten Kinder mit Essen. An verschiedenen Punkten im Schelmengraben werden Kindern warme oder kalte Mahlzeiten angeboten. Die Grundschule Schelmengraben wird mit Frühstück versorgt, Gemeinde und Jugendzentrum können warmes Essen anbieten.

Jutta Jekel

Kontakt:

Jutta Jekel
Pfarrerin der Kirchengemeinde
Wiesbaden-Schelmengraben
Telefon: 0611 1842100
E-Mail: Jutta.Jekel@t-online.de

„Nachbarschaft mit Arm und Reich“

Ein Projekt im Dekanat Wetterau

Ausgangsüberlegungen

Seit Jahren hören und lesen wir von der zunehmenden Polarisierung unserer Gesellschaft in einen sehr kleinen aber immer reicher werdenden Teil und einen immer größer werdenden Teil, der immer mehr verarmt. Soziale Gerechtigkeit wird deshalb zu einem zentralen Thema der öffentlichen Meinungsbildung.

Die Kirche kann aber die strukturellen Rahmenbedingungen unserer gesellschaftlichen Entwicklung nur sehr bedingt beeinflussen, denn sie ist keine politische Partei, die über Mehrheitsbildungen die Wirtschaftsstrukturen verändern und damit direkt das Auseinanderdriften der sozialen Lebenslagen bekämpfen könnte.

Sie steht zudem auch keineswegs im Zentrum der Betroffenheit. Denn die überwiegende Mehrzahl der aktiven Kirchenmitglieder gehört weder zu den ganz Reichen und immer reicher werdenden Mitbürger/innen, aber auch nicht – allen biblischen Traditionen zum Trotz – zu den verarmenden Kreisen in unserer Gesellschaft. Beide Kreise bestimmen unser kirchliches Leben nicht.

Angesichts dieser Ausgangslage ist die Frage nicht ganz einfach zu beantworten, was denn Kirche über ihr diakonisches und publizistisches Engagement hinaus wirklich tun kann.

Der Dekanatssynodalausschuss Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Wetterau hat diese Ausgangslage selbst als Projektthema aufgegriffen. Auch wenn wir nicht unmittelbar von dem Auseinanderdriften der Gesellschaft betroffen sind, wir leben mit Reichen wie mit Armen Haus an Haus, Straße an Straße, in der Stadt wie auf dem Land. Wir sind Problemnachbarn! Wir leben in Nachbarschaft mit Arm und Reich, aber leben wir diese Nachbarschaft auch?

Ziel

Das war der Schlüssel. Gerade auf eine aktive Gestaltung dieser Nachbarschaft kommt es doch an, wenn wir der Bildung von „Parallelgesellschaften der sozialen Milieus“, die miteinander keinen Kontakt mehr haben und auf Dauer den Zusammenhang der ganzen Gesellschaft gefährden können, entgegenwirken wollen.

Ziel des Projektes ist es daher, Nachbarschaft aktiv zu gestalten, den Aufbau von Beziehungs- und Netzwerkstrukturen zu fördern, Kirche neu in das gesellschaftliche Setting vor Ort einzubringen, die gewohnten Bahnen der Kommunikation zu verlassen, auf neuen Handlungsfeldern zu agieren und dabei soziale Gerechtigkeit als Leitplanke politischen Handelns zu verteidigen. So können wir Bewegung in die



lokalen Strukturen bringen und das nachhaltig und vor allem auf eine unserem Selbstverständnis angemessene Weise. „Nachbarschaft mit Arm und Reich“ ist nicht nur Ziel, sondern auch Methode!

Kontakte und neue Erfahrungen

Das Projekt wurde in der Stadt Rosbach gestartet, obwohl es seinem Konzept nach überall durchgeführt werden könnte. Weil das Thema so vielschichtig ist, wurde es (auf Anraten des Bürgermeisters!) in eine Veranstaltungsreihe aufgegliedert. Auftakt sollte eine öffentliche Diskussionsveranstaltung am 20. November sein, bei der der Fokus auf Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut gelegt wurde: „Auf die Plätze ... arbeitslos? Wie startet unsere Jugend?“. Primäre Zielgruppe waren im ersten Schritt nicht unmittelbar persönlich Betroffene, sondern vor allem die sozialen Akteure vor Ort, die beruflich Betroffenen, die politisch Verantwortlichen und persönlich Engagierten. So wurde in der Vorbereitung eine Gesprächsoffensive der Projektgruppe gestartet, die sehr ermutigend war:

Wirklich überraschend und ebenso wichtig war die uneingeschränkte Unterstützung des Bürgermeisters von Rosbach für das Projekt. Er sorgte dafür, dass die Stadt offiziell mit dem Dekanat Träger der Veranstaltungsreihe wurde und stellte die Ressourcen der Stadt für die Vorbereitung der Veranstaltung am 20.11. zur Verfügung. Zum ersten Mal in der fast 30jährigen Amtszeit des Bürgermeisters kam es jetzt zu einer öffentlichen Kooperation zwischen evangelischem Dekanat und der Stadt.

In den Gesprächen mit den Leitungen von Kindergärten, Lehrkräften der örtlichen Haupt- und Realschule, Vertreter/innen



der politischen Parteien und vor allem der Jugendpflege wurde deutlich, dass die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich kein abstraktes statistisches Thema ist, sondern dass diese Tendenz überall vor Ort bereits konkret spürbar wird, in den Kindergärten, vor allem aber bei den arbeitslosen Jugendlichen in Rosbach.

Zugleich betonten viele Gesprächspartner, dass es eine vernetzte Herangehensweise an die sozialen Probleme in dieser Form bislang nicht gegeben hat. Die Jugendpflegerin und der Jugendpfleger, beide schon viele Jahre in der Stadt tätig, erlebten zum ersten Mal, dass die evangelische Kirche auf sie zukam und dass eine Zusammenarbeit mit der Schule in greifbare Nähe rückte.

Vielleicht war es ein glücklicher Zufall, vielleicht aber auch ein Zeichen für die Dringlichkeit, dass nahezu zeitgleich verschiedene Initiativen an die Jugendpflege herantraten, die darauf abzielten, ein Patenschafts- oder Mentorenprojekt an der Erich-Kästner-Schule zu starten, um den Schulabgänger/innen der Hauptschulklassen durch persönliche Patenschaften den Übergang in die Berufsausbildung überhaupt zu ermöglichen oder zu erleichtern. Ganz im Sinne unseres Konzeptes bekam damit die Diskussionsveranstaltung am 20. November ein konkretes Ziel, konnte ein konkretes lokales Folgeprojekt aus der Veranstaltung heraus initiiert und gefördert werden.

Wichtig in der Herangehensweise war auch die Einbindung der drei örtlichen Kirchengemeinden von Anfang an durch ein ausführliches Informationsschreiben des Dekanates und die Mitarbeit von Kirchenvorsteher/innen und Synodalen in der eigentlichen Projektgruppe.

Schließlich war es auch ein großer Vorteil, dass geballte Fachkompetenz für die Auftaktveranstaltung gewonnen werden konnte:

Dr. Wolfgang Gern, Leiter des DWHN und Sprecher der Nationalen Armutskonferenz als Impulsreferent, Dr. Wolfgang



Kessler, Chefredakteur von Publik-Forum als Moderator und als Podiumsteilnehmer Dr. Brigitte Bertelmann vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Gabriela Antczak als Leiterin eines Unternehmens zur werteorientierten Persönlichkeitsentwicklung, der Bürgermeister von Rosbach Detlef Brechtel, die Jugendpflegerin Maria Schäfer und Hildegard Rölling-Henschel, die Leiterin einer Kindertagesstätte, gestalteten den Diskussionsabend so interessant, dass keiner der über 60 Teilnehmenden trotz einer Überlänge von zweieinhalb Stunden die Veranstaltung vorzeitig verließ.

Erste Ergebnisse und Perspektiven

Ein wirklich gelungener Auftakt mit Folgen. Denn im Anschluss an die Veranstaltung haben sich drei weitere Personen gemeldet, um das Patenschaftsprojekt zu unterstützen und der Dekanatsfrauenausschuss hat die Federführung für die nächste Veranstaltung in der Projektreihe übernommen, die im Frühjahr 2008 unter dem Arbeitstitel geplant wird: „Frauen leben länger – aber wovon eigentlich?“ Es bewegt sich etwas!

Peter Nickel

Kontakt:

Peter Nickel
 Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung
 Evangelisches Dekanat Wetterau
 Telefon: 06032 3454640
 E-Mail: Peter.Nickel.Dek.Wetterau@ekhn-net.de

Ein Tabu aufbrechen

Die Kirche erstellt den ersten Reichtums- und Armutsbericht für den Hochtaunuskreis

Im Januar 2005 trat ich die neu errichtete Stelle des „Referenten für Gesellschaftliche Verantwortung“ im Dekanat Hochtaunus an. Als Frankfurter wusste ich nur, dass der Hochtaunuskreis der reichste Kreis Deutschlands ist. Doch in Gesprächen mit Pfarrer/innen und Sozialarbeiter/innen hörte ich immer wieder, dass es hier auch eine andere Seite gebe. „Die Zahl derer, die an meine Tür klopfen und Hunger haben, ist in den letzten Jahren dramatisch angestiegen“, sagte mir ein Bad Homburger Pfarrer. „Es gibt hier genauso viele Arme wie an anderen Orten – nur dass ihre Situation hier tabuisiert wird“, verriet mir der Leiter des regionalen Diakonischen Werks. Die Leiterin einer Erwerbsloseninitiative sprach mir gegenüber sogar von ungewöhnlich starker Stigmatisierung von Armut betroffener Menschen in diesem reichen Kreis.

Getreu dem Bibelwort „Tu deinen Mund auf für die Stummen [...] und schaffe Recht den Elenden und Armen“ (Sprüche 31,8f) gehört Solidarität mit den Armen zum Selbstverständnis der Kirche. Was fordert die Solidarität in solch einer Situation? Ich habe mich gefragt, wie man das Tabu aufbrechen und die Stigmatisierung verringern könnte. Wie soll den Betroffenen gesellschaftlich geholfen werden, wenn Lokalpolitiker/innen immer wieder behaupten, dass es im reichen Hochtaunuskreis keine Armut gebe, und niemand ihnen widerspricht? Auf welcher Grundlage sollte man auch widersprechen, wenn die Kreisverwaltung keinen Sozialbericht herausgibt, wie das in anderen Landkreisen üblich ist?

Ein Reichtums- und Armutsbericht für den Hochtaunuskreis war notwendig, und da kein anderer sich dieses Problems annahm, habe ich diese Aufgabe im Auftrag des Evangelischen Dekanats angepackt. Nachdem ich – im Umgang mit der Presse noch unerfahren – mein Vorhaben in einem Gespräch mit einem Journalisten in einem Nebensatz erwähnt hatte, stand am nächsten Tag auf der Titelseite des Regionalteils der Frankfurter Rundschau groß die Überschrift: „Kirche erstellt ersten Armutsbericht“. Daraufhin stand mein Telefon nicht mehr still. Viele beglückwünschten mich zu dem Vorhaben und gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, dass sich endlich jemand des drängenden Themas annehme. Andere warnten mich, dass ich damit die Kreisverwaltung provoziere.

Als klar wurde, dass mir das Landratsamt die gewünschten Daten für den Bericht nicht zur Verfügung stellt, blieb mir nichts anderes übrig, als aus der Not eine Tugend zu machen und den Schwerpunkt des Berichts nicht auf Zahlen, sondern auf beschreibende Texte zu legen. Ich fand schnell mehr als 40 Personen, die im Sozialbereich im Hochtaunuskreis tätig sind und die sich gerne dazu bereit erklärten, einen Beitrag aus ihrer Erfahrung beizusteuern. Außerdem war es mir wichtig, dass auch Betroffene selbst zu Wort kommen. Ich beauftragte also eine Journalistin, Interviews mit Menschen aus verschiedenen Armutshintergründen zu führen. Diese Interviews wurden zu den eindrucklichsten Texten des gesamten Berichts.

Was war das Ergebnis des Berichts? Auf der einen Seite ist der Hochtaunuskreis eine gesegnete Region im Blick auf das durchschnittliche Einkommen und die durchschnittliche Kaufkraft, aber auch im Blick auf die vergleichsweise gute Arbeitslosenquote sowie eine insgesamt große Bereitschaft zu ehrenamtlichem sozialen Engagement. Auf der anderen Seite darf die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele einzelne Menschen mit ihren Familien real von Arbeitslosigkeit betroffen sind und vom Arbeitslosengeld II leben müssen, insgesamt über 8.000 Personen. Weiterhin erhalten mehr als 1.000 ältere Menschen Grundsicherung, und über 1.000 Personen leben von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Alle diese Menschen sind von Armut betroffen im Sinne der EU-Definition von Armut, nämlich weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung zu haben. Zusätzlich muss damit gerechnet werden, dass noch einmal etwa halb so viele Menschen arm sind und Anspruch auf Sozialleistungen hätten, aber diese aus Scham, Stolz oder Unwissenheit nicht in Anspruch nehmen.

Aber Zahlen sagen natürlich nicht viel aus. In den Textbeiträgen des Berichts wird deutlich, was es im Einzelfall bedeutet, so wenig Geld zur Verfügung zu haben: Man ist vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Mit den 19 Euro, die im Arbeitslosengeld II für Mobilität vorgesehen sind, kann man sich nur wenige Busfahrkarten kaufen, um zum Arzt, zum Einkaufen oder zu Freunden zu fahren. Familien mit Kindern haben kein Geld für Kindergeburtstage, Nachhilfeunterricht, Kinderbetreuung oder Schulmaterial. Die Mieten sind im Hochtaunuskreis aufgrund des hohen Durchschnittseinkommens sehr hoch, und es gibt kaum billige Wohnungen, so dass von Armut betroffene Menschen verzweifeln, wenn sie den Standardbrief vom Landratsamt mit der Aufforderung erhalten, sich innerhalb von sechs Monaten eine Wohnung mit einer Miete unter 300 Euro zu suchen. Die Überschuldung hat in den letzten Jahren im Kreis exorbitant

zugenommen. Hauptschüler/innen mit Migrationshintergrund erhalten auffallend häufig keinen Schulabschluss.

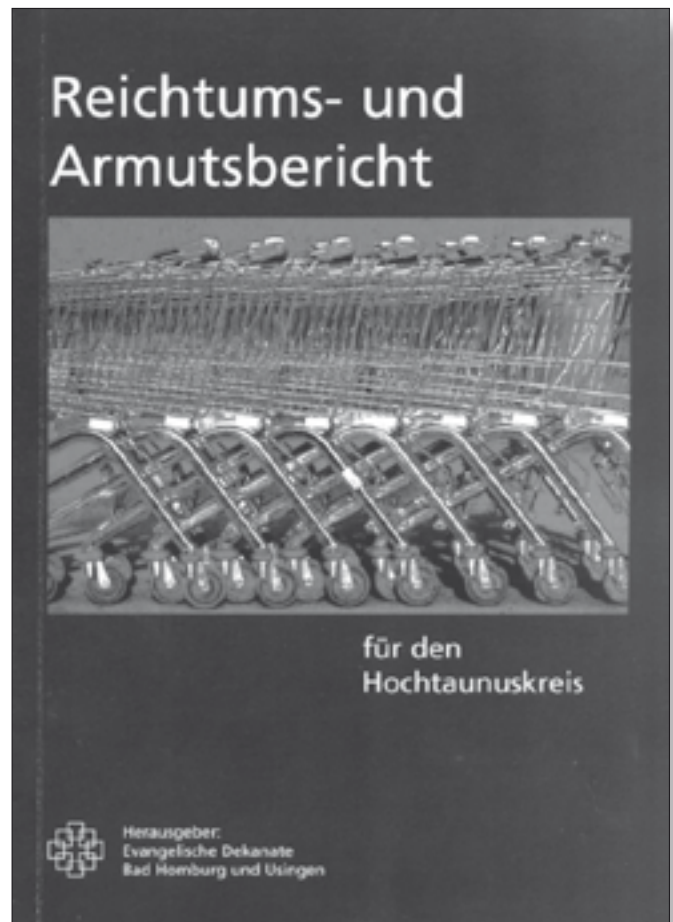
Die erste Auflage des Berichts von 300 Exemplaren, die ich im Eigenverlag drucken ließ, war innerhalb weniger Tage vergriffen. In etwa 30 Abendveranstaltungen in Kirchengemeinden, bei sozialen Trägern und politischen Gruppen habe ich die Ergebnisse des Berichts präsentiert und diskutiert. Die regionale Presse berichtete breit. Somit konnte das wichtigste Ziel des Projekts erreicht werden, nämlich das Thema Armut in die öffentliche Diskussion zu bringen. Als ein Jahr später dieses Thema im Zusammenhang der Debatte um die so genannte Unterschicht in allen deutschen Medien ein Modethema wurde, war die Evangelische Kirche im Hochtaunuskreis längst der selbstverständliche Ansprechpartner auf diesem Gebiet in der Region.

Die Lobbyfunktion der Kirche für die Armen im Sinne politischer Diakonie, Aufmerksammachen auf Lebenssituationen, Stellungnahmen gegen Hartz IV etc. ist heute mindestens genau so wichtig wie die konkrete diakonische Einzelfallhilfe im Sinne von Beratung, Tafelarbeit etc., die wir als Kirche und Diakonie im Hochtaunuskreis natürlich auch leisten. Durch die Besetzung des Themas Armut konnte unser Dekanat sein Profil schärfen und seinen Finger in die Wunde eines Themas legen, das gesamtgesellschaftlich immer mehr an Bedeutung gewinnt und speziell im Hochtaunuskreis brisant ist. Damit wurden wichtige Diskussionen angestoßen, wenngleich das Vorurteil, dass es im reichen Hochtaunuskreis keine Armut gebe, natürlich damit noch lange nicht vollkommen aus der Welt geschafft werden konnte.

Alexander Dietz

Kontakt:

Dr. Alexander Dietz
 Referent für Gesellschaftliche Verantwortung
 Evangelisches Dekanat Hochtaunus
 Telefon: 06172 308869
 E-Mail: alexander.dietz@evangelisch-hochtaunus.de



Ein sozialer Brennpunkt im Wandel

Vorbildhafte Stadtteilarbeit in der Gießener Weststadt

Seit fast vierzig Jahren leistet das Diakonische Werk Gemeinwesenarbeit in der Gießener Weststadt. Was in bescheidenen Räumlichkeiten in dem im Volksmund „Gummiinsel“ genannten Sozialen Brennpunkt begann, hat sich zu einer vorbildhaften Stadtteilarbeit entwickelt. Hier finden Kinder, Jugendliche und Erwachsene des Stadtteils Unterstützung, Rat und Begleitung in ihrer Entwicklung. Mit der evangelischen Stephanusgemeinde, die ebenfalls im Stadtteil verortet ist, verbinden uns von Beginn an enge Kontakte.

Insgesamt ist die Zusammenarbeit mit den sozialen Einrichtungen im Arbeitskreis Gießen-West, einem nach § 78 SGB VIII anerkannten Arbeitskreis, besonders hervorzuheben. Er setzt sich zusammen aus Vertreter/innen der Kirche, Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Jugendwerkstatt, Jugendamt und Gemeinwesenarbeit.

Zielrichtung ist neben einer inhaltlichen Diskussion an aktuellen Themen zum Wohl der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in der Weststadt auch die Durchführung gemeinsamer Feste und Projekte. Das Weststadtfest, das alle drei Jahre mit großem Erfolg stattfindet, ist ein positives Beispiel dieser gelungenen Kooperation.

Auch kulturelle Projekte mit sozialpolitischem Hintergrund gehören zu den Veranstaltungen des Arbeitskreis West. So fand ein stadtteilübergreifender Jugendaktionstag statt, an dem dezentral in den verschiedenen Einrichtungen des Stadtteils Aktivitäten angeboten wurden. Zum Abschluss wurde eine Podiumsdiskussion mit Kommunalpolitiker/innen und Jugendlichen aus dem Stadtteil durchgeführt. Für das nächste Jahr planen wir eine Aktionswoche zum Thema Ernährung. Ziel ist, die oft unzureichende Ernährung der Kinder in unterschiedlichen Formen zu thematisieren. Der Abschluss

wird ein gemeinsamer Gottesdienst zum Erntedankfest mit anschließendem Festessen mit allen Beteiligten sein.

Mittlerweile leben in der Weststadt ca. 7800 Menschen aus 63 verschiedenen Nationalitäten. Besonders zahlreich sind Familien mit türkischem oder osteuropäischem Hintergrund. Um ein konfliktfreies Miteinander der unterschiedlichen Gruppen zu ermöglichen, sind unterstützende Angebote erforderlich.

Gießen-West ist ein Stadtteil mit traurigen Rekordwerten. So lag die Sozialhilfequote 2002 mit 16,5% über dem städtischen Niveau. Fast jedes dritte Kind ist hiervon betroffen. Armut bedeutet für Kinder weit mehr als nur schlechte materielle Versorgung: sie stellt vielfach ein Entwicklungsrisiko dar.

Auch Bildungsbenachteiligung ist oft Konsequenz von Armut. Die Kinder und Jugendlichen brauchen intensive Unterstützung im Bereich Schule, Bewerbung, Lehrstellensuche etc. Eine intensive Kooperation unsererseits mit den entsprechenden Schulen und Einrichtungen der Jugendberufshilfe ist notwendig.

Um den Kindern und Jugendlichen Teilhabe an kulturästhetischen Angeboten zu ermöglichen, ist die Durchführung entsprechender Projekte seit Jahren Schwerpunkt der Gemeinwesenarbeit. Gleichzeitig dienen diese Aufführungen dazu, den Stadtteil und die Einrichtung für andere zu öffnen und das Ansehen dieses noch immer stigmatisierten Wohngebiets in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Seit sieben Jahren verfügt das Wilhelm-Liebknecht-Haus über eine zehn Meter hohe Kletterwand. Ungefähr 1000 Besucher/innen, Konfirmandengruppen, Schulklassen und andere Jugendgruppen besuchen jährlich das Haus, um diese Wand zu nutzen, und lernen dabei Vorurteile zu überdenken.





Beispielhaft ist seit vielen Jahren die gewählte Jugendvertretung, die unter anderem auch an Wochenenden unter abgestimmten Regeln eigenständig öffnen darf. Im Herbst 2007 waren die Jugendlichen Gastgeber für eine Jugendgruppe aus Netanya, der Partnerstadt Gießens in Israel. Die Jugendlichen erwiesen sich hier als außerordentlich verantwortungsbewusste Gastgeber. Die in dieser Woche gewachsenen Beziehungen zwischen deutschen und israelischen Jugendlichen wirken sich positiv auf das Sozialverhalten der Jugendlichen aus und bieten insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche eine umfassende Erweiterung ihres Verhaltensrepertoires.

Nach nunmehr fast vierzig Jahren sind es immer noch in erster Linie die Frauen, die sich „einmischen“ und für den Stadtteil einsetzen. Sowohl die Frauengruppe als auch die Seniorengruppe sind äußerst aktiv.

Für 2008 stehen wichtige Entscheidungen für Gießen-West an. Mit dem evangelischen Kirchengemeindeverband haben wir uns um die gemeinsame Trägerschaft einer Kindertagesstätte in der Weststadt beworben. Unter anderem sollen dann auch die Plätze für unter 3-Jährige ausgeweitet werden, ein weiterer Baustein für familienunterstützende Angebote in Gießen-West.

Was wäre die soziale Arbeit ohne Visionen?

Unsere Vision ist in weiterer Zukunft ein Haus, in dem neben Kindern auch alte Menschen im Stadtteil und Demenzerkrankte einen Platz finden.

Ute Kroll-Naujoks

Kontakt:

Ute Kroll-Naujoks

Wilhelm-Liebknecht-Haus Gießen

Telefon: 0641 83129

E-Mail: gwa-schuelerclub@diakonie-giessen.de

Leben mit wenig Geld

Ein Ratgeber für Menschen, die sich in einer materiellen Notsituation befinden
Erarbeitet und herausgegeben von der Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis, WALI

Ausgangssituation

In den letzten anderthalb Jahren ist erfreulicherweise die Zahl der Arbeitsplätze angestiegen. Viele Menschen, die über einen längeren oder kürzeren Zeitraum ohne Arbeit waren, haben wieder eine Beschäftigung gefunden. Dennoch müssen immer mehr Menschen mit einem geringen Einkommen leben.

Die Ursachen sind unterschiedlich. Einige haben eine sehr kleine Rente oder werden so schlecht bezahlt, dass sie auf staatliche Unterstützung angewiesen bleiben. Andere haben keinen Arbeitsplatz wegen gesundheitlicher Einschränkungen oder weil sie durch die Erziehung der Kinder nicht in der Lage sind, einer Berufstätigkeit nachzugehen. Manche haben die „falsche“ Berufsausbildung oder sind einfach „zu alt“.

In der Arbeitsloseninitiative treffen sich Menschen, die von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld leben müssen. Durch die neuen Rahmenbedingungen entwickelte sich eine noch ungelene Empörung verbunden mit einem vagen Gefühl der Ungerechtigkeit und Hilflosigkeit. Aus dieser emotionalen Gemengelage entstand der Plan, organisiert in einer Gruppe Strategien zu erarbeiten, die es den Menschen erlauben, trotz der veränderten Sozialgesetzgebung ein größtmögliches Maß an Handlungsfähigkeit zu behalten. Aus losen Zusammenkünften entwickelte sich eine feste Gruppe, die sich über ein Jahr kontinuierlich einmal pro Woche traf. Aus dem Austausch entstand die Idee, die gesammelten Erfahrungen zu bündeln und als Broschüre zu veröffentlichen.

Ziele und Zielgruppen

Die Broschüre soll eine Materialsammlung sein. Im redaktionellen Teil will sie zum Nachdenken anregen und als Diskussionsgrundlage über sozialpolitische Entwicklungen in der Region dienen. Für Betroffene soll sie Orientierungshilfe oder schlicht Lebenshilfe sein.

Ein weiteres Ziel der Broschüre ist es, dabei zu helfen, die Grundbedürfnisse zu befriedigen und Schulden zu vermeiden. Die permanente Unterversorgung in vielen Bereichen verlangt eine gute Organisation des Lebens. Dabei soll die vorhandene Beratungslandschaft in der Region durch den ausführlichen Adressenteil transparenter und übersichtlicher werden.

Zu den Zielgruppen der Broschüre zählen Arbeitslosengeld II – und Sozialgeldempfänger, finanzschwache Personen und Familien, Bedürftige und gesellschaftlich benachteiligte Personen sowie Menschen, die nicht in der Lage sind, selbstständig ihr Leben in die Hand zu nehmen, und die zunehmende Zahl von Menschen, die trotz einer Vollzeitstelle auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Hinzu kommen Multiplikatoren, wie z. B. Pfarrerinnen und Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und ehrenamtlich Engagierte, die Menschen in materiell und psychisch schwierigen Situationen begleiten und beraten.



Entwicklungsprozess

Projektgruppe

Die Broschüre wurde von Arbeitslosen im Rahmen eines Landesprogramms mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds in Kooperation mit der GWAB mbH, Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des Lahn-Dill-Kreises erarbeitet. Damit wurde gewährleistet, zielgruppengenau – also nicht an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei – zu arbeiten.

Arbeitsschritte

Zuerst wurde von der Gruppe ein tragfähiges Konzept entwickelt. Daran anschließend mussten Inhalte recherchiert, diskutiert und gegliedert werden. Dazu gehörte, für die Zielgruppen relevante Schwerpunkte zu setzen und Themen sowie Adressen aus dem regionalen Umfeld zu finden. Zudem nahm die Suche sowie die Bearbeitung von geeigneten Fotos und Grafiken viel Raum ein. Wichtig war, die einzelnen Ergebnisse in das Gesamtkonzept zu integrieren und die Mitarbeiter/innen auch langfristig für die Sache zu begeistern. Zudem musste der Vertrieb organisiert, die Finanzierung gewährleistet und ein Konzept für die notwendige Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden.

Inhalt

In der Broschüre finden sich Spartipps zu Strom, Heizung, Wasser, Telefon, Einkauf, Bildung, Kultur und Freizeit. Außerdem enthält der ausführliche Adressenteil die Anschriften, Telefonnummern und Emailadressen von Beratungsstellen für Familie, Recht, Wohnungslosigkeit und Schulden.

In die Kapitel „Häufige Fragen“, „Ansprechpartner“ und „Rückkehr in den Beruf“ untergliedert, ist auch die Arbeitssuche ein umfangreiches Thema. Eine Checkliste erleichtert den Umgang mit Ämtern. Komplettiert wird die Broschüre durch Internetadressen und eine Literaturliste.

Kooperation

Die Broschüre wurde im Sinne des Netzwerkgedankens erarbeitet, d.h. alle für den Aspekt „Leben mit wenig Geld“ wichtigen Institutionen und Persönlichkeiten sollten in das Projekt einbezogen werden. Neben der GWAB, Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft des Lahn-Dill-Kreises arbeitete die Projektgruppe u. a. mit folgenden Kooperationspartnern zusammen: der Lahn-Dill-Arbeit, dem Gesundheitsamt des Lahn-Dill-Kreises, der Schuldnerberatung, dem Wohnhilfebüro, der Diakonie, der Caritas und „Mahlzeit“ sowie den Jugend- und Drogenberatungsstellen.

Präsentation und Resonanz

Am Buß- und Betttag 2007 präsentierte Pfarrer Peter Janowski in seiner Funktion als zweiter Vorsitzender der WALI und Peter Dubowy, Geschäftsführer der Lahn-Dill-Arbeit, die neue Auflage der Broschüre „Leben mit wenig Geld“, nachdem die 10.000 Exemplare der ersten Auflage schon nach einem Jahr vergriffen waren. Die aktuelle Broschüre hat einen Umfang von 76 Seiten und wurde in einer Auflagenhöhe von 5000 Stück in Vierfarbdruck erstellt. Sie wird kostenlos an Betroffene weitergegeben.

Die Broschüre wird sehr positiv aufgenommen. Viele Betroffene sprechen vom großen Nutzen, den übersichtlichen Inhalten und vielen Anregungen, die sie aus der Broschüre gezogen hätten. Auch wurde das Format DIN-lang als handlich und praktikabel bewertet.

Neben der positiven Resonanz bei den Betroffenen traf sie auch bei regionalen und überregionalen Institutionen, Trägern, Organisationen und Vereinen auf ein reges Interesse. Dabei wurde auch von dieser Seite nicht an Lob gespart.

Die Broschüre stieß eine sozialpolitische Diskussion an, die den Netzwerkgedanken in der regionalen Arbeit reflektiert. Da es Beratungswissen in solch gebündelter Form im Lahn-Dill-Kreis bisher noch nicht gegeben hat, brachte die Veröffentlichung die verschiedenen Träger wieder miteinander ins Gespräch.

Peter Janowski

Kontakt:

Arbeitsloseninitiative im Lahn-Dill-Kreis (WALI)
Stefan Lerach
Telefon: 06441 44048
E-Mail: info@wali-wetzlar.de

Pfarramt Gesellschaftliche Verantwortung
Pfarrer Peter Janowski
Telefon: 02772 40890
E-Mail: awus.herborn@t-online.de

Ein Ansichtsexemplar der Broschüre senden wir gerne zu.

„Jeder braucht eine erste Chance“

Eine Sozial-Messe im Westerwald zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit

Mit zwei Veranstaltungen im Westerburger Ratssaal wurde die Frage nach der Chancengleichheit in Europa und konkret im Westerburger Land diskutiert.

Joachim Hörster, MdB, sprach zum Thema „Jeder braucht eine erste Chance“ und erläuterte die Ziele der Europäischen Kommission, „das Bewusstsein für Chancengleichheit zu schärfen, Engagement und konkrete Projekte zu fördern“. Die Folgeveranstaltung „Westerburg – die Stadt, die viel Soziales hat“ bezog das Thema konkret auf die Verbandsgemeinde Westerburg. Mehr als 20 Organisationen sowie kirchliche und öffentliche Institutionen beteiligten sich am „Markt der Möglichkeiten“ und stellten ihr soziales Engagement und ihre vielfältigen Hilfsangebote vor. Die anschließende Podiumsdiskussion zeigte, wie notwendig Netzwerke sind, da keine Organisation die aktuellen Probleme und Nöte allein bewältigen kann.

Die Europäische Kommission hat das Jahr 2007 zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“ erklärt. Das Jahr soll:

- den Menschen ihre Rechte auf Gleichbehandlung und ein Leben ohne Diskriminierung – ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrer Behinderung oder ihres Alters – klarer bewusst machen,
- Chancengleichheit für alle fördern,
- eine größere Debatte über den Nutzen von Vielfalt sowohl für Europas Gesellschaft als auch für Einzelpersonen einleiten.

In Westerburg ist eine Vielzahl sozialer Organisationen ansässig, die in der Bevölkerung nicht ausreichend bekannt sind und deren Kontakte untereinander verschieden intensiv sind. Das hat zur Folge, dass Menschen mit Beeinträchtigungen (Erwerbslosigkeit, Schulden- oder Suchtproblematik, Migrationshintergrund o. ä.) sich nur schwer zurechtfinden in ihrer





Suche nach adäquater Unterstützung. Der Stadtbürgermeister Ralf Seekatz hatte in einem Gespräch Anfang des Jahres diese Situation deutlich benannt und war der Auslöser für die Projektidee.

- Das Projekt zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit hat:
- eine Diskussion über Chancengleichheit in Europa und vor Ort angestoßen,
 - die Vorstellung der sozialen Organisationen und Transparenz der Arbeit ermöglicht,
 - die Kommunikation der Organisationen untereinander verbessert,
 - eine möglichst breite Öffentlichkeit einbezogen.

Die gesamte Planung wurde mit Vertretern der einzelnen Organisationen – in Kooperation mit der Fachstelle Bildung – vorgenommen. So hatte bereits die Planungsphase den Effekt des Kennenlernens und der intensiveren Kommunikation. Die

Akzeptanz des Projekts und der Wunsch nach einer gemeinsamen Gestaltung wurden bei den Mitverantwortlichen schnell deutlich. Auch die spätere intensive Werbung über Presse, Plakate und Flyer wurde von den einzelnen Organisationen direkt und wirkungsvoll unterstützt. So konnte gewährleistet werden, dass Menschen in unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitssituationen einen Zugang zu diesem Projekt bekamen.

Ivonne Heinrich

Kontakt:

Ivonne Heinrich
Pfarrerin für Gesellschaftliche Verantwortung
Evangelisches Dekanat Bad Marienberg
Telefon: 02663-9682-28
E-Mail: ivonne.heinrich.dek.badmarienberg@ekhn-net.de

Soziale Arbeit beleuchtet

„Markt der Möglichkeiten“ im Ratssaal Westerbürg präsentierte vielfältige Hilfsangebote

Von Westerbürg gehen vielfältige soziale Impulse aus. Verschiedene Initiativen und Institutionen haben hier ihren Sitz, höchste Zeit also, die Angebote einmal gebündelt zu präsentieren.

WESTERBURG. Mehr als 20 Vereine mit sozialer Ausrichtung sowie kirchliche und öffentliche Institutionen stellten sich jetzt im Westerbürger Ratssaal vor. Das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ war Anlass der Präsentation, die vom Evange-

lischen Dekanat Bad Marienberg initiiert worden war. Die große Angebotspalette engagierter Initiativen vor Ort sollte den Bürgern im Rahmen eines „Marktes der sozialen Möglichkeiten“ vermittelt werden. Auch Schulen, Kindertagesstätten und Altenheimangehörten

darin. Nach zögerlichem Beginn bildete sich tatsächlich eine „Marktumgebung“ heraus. Entspannt, aber nicht minder intensive Gespräche entwickelten sich mit den Besuchern, aber auch die Mitwirkenden lernten sich unter-

einander kennen. Was steckt eigentlich hinter dem Begriff Weikol? Weikol setzen sich der VdK-Ortsverband und der Internationale Band ein! In wenigen Worten lassen sich die Aufgabengebiete und Tätigkeiten schwer zusammenzufassen. Weikol ist die Westerbürger Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe, der VdK steht bei sozialrechtlichen Fragen und Schriftwechsel mit den Behörden parat, und der Internationale Band hilft beispielsweise Jugendlichen, die schulische oder soziale Probleme haben. Aber damit ist noch nicht alles gesagt. Selbst bei Einrichtungen, von denen wohl nahezu jeder schon gehört hat, etwa der Arbeitsgemeinschaft (Arge) Westerbürg oder dem „Diakonischen Werk“, sind die sich dahinter verborgenen Hilfsdienste kaum jemandem bekannt.

Schon aus diesem Grund war der „Markt der Möglichkeiten“ einrichtiger Versuch, sich vorzustellen. „Nicht zuletzt geht es darum, sich untereinander kennenzulernen“, sagte Bittungsreferent Karl Schmidt (Evangelisches Dekanat Bad Marienberg, Er-

warbensekretär). Er und Ivonne Heinrich (Pfarrerin Gesellschaftliche Verantwortung) waren die Veranstalter des „sozialen Tages“.

„Die Zeiten sind vorbei, in denen jeder für sich arbeitet“, stimmte auch Wilfried Keßler (Diakonisches Werk Westerbürg) bei der Podiumsdiskussion zu. Die Notwendigkeit, Netzwerke zu bilden und ein vernetztes Hilfsangebot bereitzustellen, wurde durch den Einbringungsvortrag von Gabriele Götz (Teamleiterin Markt und Integration, Arge) deutlich. Anhand eines typischen Fallbeispiels wurde klar, dass auch theoretisch arbeitsfähigen Menschen nicht einfach ein Job vermittelt werden kann, wenn sie eine schlechte schulische Ausbildung haben, es an einem Auto mangelt und Schulden vorhanden sind, es Alkoholprobleme gibt oder die Kinderbetreuung nicht gewährleistet ist. In vielen Punkten gibt es hier Hilfestellung durch das Diakonische Werk.

Die Podiumsteilnehmer erläuterten nacheinander ihre sozialen Dienstleistungen. Neben Rainer Nolten (Arge Westerbürg), waren es Jos-



Im Ratssaal von Westerbürg erläuterten die Podiumsteilnehmer nacheinander ihre sozialen Dienstleistungen. Es entstanden viele Kontakte. Das Fazit war positiv. (Foto: Rüdiger Mölkenbauer)

ephin Wirth (Jugendpflege), Ursula Hess (Netzwerk Frauen gegen Gewalt) und Sabine Töpfer (Gertraud-Bücher-Haus). Vielen unbekannt war die „Leben helfen“ Stiftung Westerbürg, die Rüdiger Schmidt verteilte. Sie hilft in Not geratenen Menschen. Kinder werden beispielsweise mit Bettstellen und Schreibfächern versorgt. Ein junger Mann, der sein Abitur nachholen will, wird mit einem kostenlosen Kredit unterstützt. Neben finanzieller Hilfe kommen auch Eigenleistungen zum Tragen.

„Wie kommt man an die Information zur Hilfe?“, lautete eine Frage aus dem Publikum. „Über Kirche, Schule oder Internet“, war die Antwort. Wilfried Keßler rief darauf, einander auf Angebote hinzuweisen und auch die am Rande der Gesellschaft Lebenden mit ins Boot zu nehmen.

„Was ist mit den Menschen, die sich bewegen, die beratungswillig sind?“, wollte ein anderer Zuhörer wissen. Neben vander Arge schickerte, dass ein gewisser Druck durch Sanktionen ausgeübt

werden kann, aber letztlich gelte das Prinzip der Freiwilligkeit, wie Keßler feststellte. „Wir können nur an die Verwaltungen appellieren“, sagte Wirth hinzu. „Die Komplimente für das, die sich Hilfe holen“, ergänzte Wilfried Keßler.

Die Podiumsteilnehmer zogen ein positives Fazit der Veranstaltung. Kontakte sind entstanden. Ideen wurden ausgetauscht. Es blieb der Wunsch, die eigene Arbeit weiter zu optimieren und sich einen Tag nochmals zu wiederholen. Tatjana Steindorf



Der „Markt der sozialen Möglichkeiten“ regte zu einem lebhaften Austausch an. (Foto: Tatjana Steindorf)

IV. Eine tolle Idee: Tanzen

Doch, die Erwerbslosen, die sich in der Arbeitsloseninitiative (ALI) Gießen treffen, haben durchaus auch andere Sorgen. Dennoch hatten sie die Idee, einen Tanzkurs durchzuführen, den auch Menschen ohne Erwerbseinkommen sich leisten können. Mit Beharrlichkeit haben sie das verfolgt und schließlich auch umsetzen können.

Seit Anfang November treffen sich ca. acht bis zehn Tänzerinnen und Tänzer in den Räumen der katholischen Albertus-Gemeinde in Gießen. Die Gemeinde stellt den Raum kostenlos zur Verfügung. Das Honorar für die Tanzlehrerin kommt von der ALI. Organisatorisch unterstützt werden die Tänzerinnen und Tänzer von der Sozialarbeiterin der ALI. Weitgehend beruht das Projekt aber auf eigener Initiative und bringt allen Beteiligten viel Spaß.

Ursprünglich hatte man eine Gemeinde gesucht, bei der auch Gemeindemitglieder gerne an diesem Tanzkurs teilnehmen würden. Es sollte also mehr sein, als nur das Öffnen der Räume. Es sollte ein Modell sein für echte Teilhabe, für geselliges Beisammensein von Menschen, die nicht in erster Linie

verbindet, dass sie arbeitslos sind, sondern dass sie Spaß am Tanzen haben und keine Berührungsängste.

Das hat beim ersten Anlauf noch nicht ganz geklappt, ist aber sicher einen weiteren Versuch wert. Vielleicht finden sich in Ihrem Dekanat oder Ihrer Gemeinde ja auch Sponsoren, die das Honorar der Tanzlehrerin übernehmen, oder ein Tanzlehrer, der einen Kurs ehrenamtlich anbieten würde. Und was sich dann an weiteren Ideen und Kontakten aus den Gesprächen in der Pause entwickelt, darauf darf man gespannt sein, wenn so eine Sache erst mal in Schwung gekommen ist.

Brigitte Bertelmann

Kontakt:

Pfr. Christoph Geist,

Leiter Jugendwerkstatt Gießen

Telefon: 0641 9310013

E-Mail: christoph.geist@jugendwerkstatt-giessen.de

An einem Tisch

Last Supper in der Frankfurter Diakoniekirche



Leuchtschrift MENSCH an der Weißfrauen Diakoniekirche im Frankfurter Bahnhofsviertel. Foto Jörg Baumann

In einer Zeit differenzierter und zum Teil gegensätzlicher Lebenswelten entsteht in einer Little Big City wie Frankfurt am Main immer häufiger die Erfahrung von Andersheit, von Fremdheit. Überall in den gesellschaftlichen Problemen einer multikulturellen Stadt verbirgt sich die moralische Schwierigkeit, Sympathie für die zu wecken, die die Anderen sind. Diese Erfahrung von Andersheit (und der damit verbundenen moralischen Schwierigkeit) beschreibt der französische Philosoph Jacques Derrida in seiner Schrift „Von der Gastfreundschaft“ mit einer weiterführenden Frage: „Sollen wir vom Fremden, bevor und damit wir ihn bei uns aufnehmen können, verlangen, uns zu verstehen, unsere Sprache zu sprechen, in allen Bedeutungen dieses Ausdrucks, in all seinen möglichen Extensionen? Wenn er – mit all dem, was dies impliziert – unsere Sprache spräche, wenn wir bereits alles teilten, was mit einer Sprache geteilt wird, wäre der Fremde dann noch ein Fremder?“



Manfred Stumpf zeichnet beim Last Supper Projekt in der Diakoniekirche. Foto Jörg Baumann

Derridas Gedanke von der Gastfreundschaft wurde zu einem grundlegenden Ausgangspunkt in der Konzeptdiskussion der Weißfrauen Diakoniekirche: „Brot brechen und teilen als Zeichen gelebter Tischgemeinschaft. An einen Tisch vertraute und fremde Menschen in die Diakoniekirche einzuladen, ist eine Praxis, die vergegenwärtigt, dass wir Menschen von Gott gewollte Gäste auf dieser Erde und in dieser Stadt sind. Der besondere Ort von Weißfrauen fordert uns heraus, mit jedem neuen Schritt die Gegenwart Christi und seinen Zuspruch von Erlösung und Vergebung immer wieder zu aktualisieren.“ Das Überraschende ist nun, dass dieser Grundgedanke für eine zukünftige Diakoniekirche bereits ein halbes Jahr vor dem Programmstart von einer freien Gruppe dem Kurator vorgeschlagen und dann während der Startphase der Diakoniekirche in mehreren Schritten realisiert wurde: Das Last Supper Projekt.

Eine siebenköpfige Gruppe von engagierten Persönlichkeiten aus den Bereichen bildende Kunst, Ballett, Design und Unternehmensberatung macht den Versuch einer Wiedernäherung an Verlorenes mit Mitteln der Kunst. Der Wunsch der Gruppe nach Erneuerung, Verbundenheit und Gemeinschaft trifft auf die Leerstelle Weißfrauenkirche und gibt dieser Gruppe die Kraft, in schöpferischer Selbstbeauftragung die Rolle der Gastgeberschaft zu übernehmen. Das Last

Supper Projekt ist eine Veranstaltungsreihe in der Weißfrauen Diakoniekirche, in der es um Erneuerung, Verbundenheit und Gemeinschaft geht. Zwölf Personen aus unterschiedlichen Lebenswelten werden zu einem Abendessen mit 3 Gängen und 12 Vorträgen eingeladen. Jeder geladene Gast wird gebeten, das Thema des Abends (zum Beispiel Erneuerung, Warten, Verzichten) in einer zehn minütigen Präsentation aus seiner Sicht, in seiner Art zu beleuchten. Die 12 Gäste werden von der Projektgruppe für jeden Abend so ausgewählt und zusammengestellt, dass die Gäste an einem Tisch möglichst ein Bild von Frankfurt, einen Mikrokosmos der Gesellschaft zeigen.

Leitende Persönlichkeiten aus Unternehmen und Banken, Vertreter von sozialen oder politischen Initiativen, Kulturschaffende, Menschen in besonders schwierigen sozialen Lebenssituationen. An einem Abend sitzen Frauen und Männer aus Frankfurt an einem Tisch, die sich sonst in ihrem alltäglichen Leben so nicht begegnen würden, um gemeinsam ein Nachtmahl einzunehmen. Der Tisch und der ganze Kirchoraum sind einladend festlich gestaltet und beleuchtet, in der Kirche arbeitet ein professioneller Koch mit seinem Team an den drei Gängen, zwischen den drei Gängen und einem Dessert sprechen jeweils vier Gäste zum Thema, während der Gänge kommen die Gäste untereinander ins Gespräch und wäh-

rend des ganzen Nachtmahls zeichnet ein international anerkannter bildender Künstler in einem Tafelraum seinen Beitrag (meist aus einem biblischen Sujet) mit Kreide. Ein Nachtmahl in Weißfrauen führt 12 Fremde an einem Tisch zusammen, sie lassen sich von Wasserkresse, Ingwer, Zander und Granatapfel anregen – mit allen Mitteln der Kunst werden sie angesprochen, um sich in dieser dichten und trennenden Stadt zu öffnen und über bestehende Grenzen hinweg mitzuteilen.

Diese Form der Gastgeberschaft ist sehr zeit- und vor allem kostenintensiv. Angewiesen ist das Last Supper Projekt auf Förderung und Unterstützung und erfuhrt diese bisher durch das Frankfurter Kulturkomitee. Natürlich ist das alles ein hoher Aufwand für „nur“ 12 Personen an einem Abend. Jedoch sind die Projektgruppe und der Kurator der Diakoniekirche der Meinung, dass in einer Stadt wie Frankfurt dieser „Luxus“ möglich sein sollte, um Künstler/innen und Gottsucher/innen wieder in die Kirche zurückzuholen, um dichte personenbezogene und spirituelle Erfahrungsräume zu gestalten und

diese zugleich als Laboratorien für soziale und ästhetische Praxen zu nutzen.

Helmut von der Lahr, Unternehmensberater und ein Gast bei Last Supper, hat diesen Möglichkeitsraum so beschrieben: „Das Abendmahl: Immer noch einheitsstiftende Kultur-Chiffre, Symbol der Gemeinschaft und Transzendenz. Am Gründonnerstag 2005 haben sich in der Frankfurter Weißfrauenkirche Menschen zusammengefunden, um ein besonderes Abendmahl einzunehmen: Last Supper. Der Name weist schon auf die Reflexion, die gedankliche Brechung dieses Unterfangens; Ritus und auch kunstvoller Ritus. Die Weißfrauenkirche ist hier der ideale Ort, besitzt ebenfalls doppelte Identität. Kirche, sakraler Raum und Ort evangelischer Diakonie im Frankfurter Bahnhofsviertel. Die Ambivalenz des Ortes entspricht der des Last Supper. Was geschieht heute in Frankfurt, wenn sehr unterschiedliche Menschen „from all walks of live“ in Erinnerung an das Abendmahl zusammenfinden? Genau genommen: zusammen-



12 an einem Tisch: Last Supper Projekt in der Weißfrauen Diakoniekirche. Foto Jörg Baumann

geführt werden von einer intellektuellen Regie, die nicht der Heilige Geist ist? Und zu einem Mahl, bei dem nicht der Eine und die Zwölf zusammenkommen, ‚(...) damit sich die Schrift erfülle (...)‘. Hier erfüllt sich vielleicht eher der Wunsch nach Gemeinschaft, Nähe, Verständnis; urbanes Ecce Homo. Beim erinnerten Mahl stiftet der Menschensohn seinen zwölf männlichen Aposteln erläuternd die neue Gemeinschaft in Gott, beruft den Neuen Bund. Bei unserem Mahl, dem Last Supper, sind wir Männer und Frauen. Unser Mahl soll Nachdenken über Bilder von individueller Erneuerung, den Weg zu mir und den Wunsch nach ihr stiften. (...) Jeder der zwölf geladenen Gäste erhebt sich irgendwann während des Abends von seinem Platz, und trägt seine ganz persönliche Erneuerungserfahrung vor. Der besonderen Folge der Speisengänge des physischen Last Supper entspricht eine Abfolge individueller Erneuerungserzählungen. Wir erhalten körperliche und geben einander geistige Nahrung. Es findet tatsächlich eine urbane Liturgie statt, eine Eucharistie des Diesseitigen, die aber über sich selbst hinausweist.“

Das Last Supper Projekt erscheint in der Diakoniekirche als kunstvolles Fenster, als inszenierte Öffnung der Individuen hin zu einander. Und damit dies auch wirklich gelingen kann, schlägt Michael Heidler, Obdachloser und ein Gast bei Last Supper, vor, „... dass die ‚Gäste‘ nicht nur nehmen sollten! Sondern auch einmal geben! Vorschlag: Einmal ‚Gäste‘, einmal ‚Bedienung‘! Macht den Sinn etwas klarer!“

Lässt sich nun dieses Beispiel von dem Last Supper Projekt aus der Entwicklungsarbeit der Diakoniekirche in Frankfurt an einen anderen Ort übertragen? Ja! Wenn man bereit ist, sich und seinen Mit-Gastgeber/innen folgende Frage zu stellen: Wie ernst nehme ich eine urbane Gastgeberschaft? Bin ich bereit, wirklich die denkbar gegensätzlichsten Lebenswelten freudig und großzügig an einen Tisch zu bitten?

Gerald Hintze

Kontakt:

Gerald Hintze

Kurator Weißfrauen Diakoniekirche Frankfurt

Telefon: 069 26497-110

E-Mail: diakoniekirche@diakonischeswerk-frankfurt.de



Foto Jörg Baumann



Weiterführende Literatur

Ames, Anne: Ich hab's mir nicht ausgesucht ... Die Erfahrungen der Betroffenen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB II. Mainz 2007
Thema: Deutschland, Erosion des Sozialstaates

Bude, Heinz und Willisich, Andreas (Hg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“. Frankfurt am Main 2008

Duchrow, Ulrich; Bianchi, Reinhold; Krüger, Rene: Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung. Hamburg 2006
Eine Zusammenschau ökonomischer, theologischer und psychologischer Perspektiven. Mit Umsicht und historischer Tiefe wird die gegenwärtige Phase der Globalisierung geschildert und analysiert.

Ehrenreich, Barbara: Arbeit Poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft. München 2001
Ein Erfahrungsbericht über einen mehrmonatigen Selbstversuch der promovierten Biologin und Publizistin im „Niedriglohnsektor“ von Schnellrestaurants, Putzfirmen und Supermärkten in den USA.

Evangelische Obdachlosenhilfe (Hg.): Arme habt ihr allezeit. Vom Leben obdachloser Menschen in einem wohlhabenden Land. Frankfurt am Main 2007

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (Gemeinsame Texte 9). Hrsg. Kirchenamt der EKD, Hannover, und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 1997

Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Mit einer Kundgebung zur Synode der EKD. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland. Gütersloh 2006

Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Vorschläge für Aktionen und Gottesdienste zum Thema Reichtum und Armut. Sozialpolitischer Buß- und Betttag 2004, Hrsg. Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA), Arbeitsgemeinschaft in der EKD. Bad Boll 2004

Kirchengemeinden aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (epd Dokumentation 34). Frankfurt am Main 2007

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA): Arbeitsgemeinschaft in der EKD (Hg.), Würde hat ihren Wert. Arbeit hat ihren Preis, Materialien für Gottesdienst und Gemeinde zum Thema Arbeit und Existenzsicherung, Sozialpolitischer Buß- und Betttag 2006. Hannover 2006

Kirchlicher Herausgeberkreis: Armes reiches Deutschland. Jahrbuch Gerechtigkeit I. Frankfurt, Oberursel 2005

Kirchlicher Herausgeberkreis: Zerrissenes Land. Perspektiven der deutschen Einheit. Jahrbuch Gerechtigkeit III. Frankfurt, Oberursel 2007
Die Jahrbücher Gerechtigkeit bieten jeweils einen „Kirchlichen Diskussionsbeitrag“ der mehr als 30 Herausgeber, etwa 20 „Zwischenrufe“ von Autor/innen in eigener Verantwortung sowie Schaubilder und Karten.

Möhring-Hesse, Matthias; Lessenich, Stephan: Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. Eine Expertise im Auftrag der Otto Brenner Stiftung und auf Initiative ihres wissenschaftlichen Gesprächskreises. Berlin 2004.
(Zu beziehen über Otto Brenner Stiftung, Heike Kauls, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin)

Reichtum und Armut. Arbeitsmaterialien für Gemeinde, Schule und Gruppen. Heidelberg 2003

Sozialstaat, wohin? = „in der Tat“ 1/2007 (zu beziehen über die Geschäftsstelle des DWHN, Ederstr. 12, 60486 Frankfurt am Main)

Schulz, Claudia: Ausgegrenzt und abgefunden? Innenansichten der Armut. Eine empirische Studie. Hannover 2008

Wagner, Thomas: Draußen – Leben mit Hartz IV. Eine Herausforderung für die Kirche und ihre Caritas. Freiburg 2008

Werkstatt Ökonomie (Hg.): Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln. Heidelberg 2002

Zinn, Karl Georg: Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage. Köln 2006

Die Mitglieder der Projektgruppe

Dr. rer. pol. Brigitte Bertelmann (*1952 in Crailsheim) ist Dipl.-Volkswirtin, war 1992-1999 Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Wiesbaden und bis 2001 Mitglied der Kirchensynode der EKHN; sie arbeitete ab 1998 im Amt für Arbeit, Wirtschaft und Soziales der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), seit 2002 im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) der EKHN. Seit 2003 ist sie dort Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz,
Telefon: 06131 28744-44, Fax: 06131 28744-11,
E-Mail: b.bertelmann@zgv.info

Dieter Keim (*1958 in Dietzenbach) ist seit 1991 Dorfpfarrer im Odenwald sowie Schulpfarrer daselbst. Vorher war er eineinhalb Jahre beim Amt für Industrie- und Sozialarbeit in Frankfurt. In der Kirchensynode seit 2004, Mitglied im Theologischen Ausschuss.

Jahnstraße 12, 64395 Brensbach,
Telefon: 06161 527,
E-Mail: dke115@aol.com

Dr. theol. Thomas Posern (*1954 in Mainz) war nach 12 Jahren Gemeindepfarramt in Wiesbaden Industrie- und Sozialpfarrer in Rheinhessen und Theologischer Referent der Gossner Mission Mainz. Jetzt ist er Referent für Ökumenische Sozialethik und stellvertretender Leiter im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) der EKHN.

Albert-Schweitzer-Str. 113-115, 55128 Mainz,
Telefon: 06131 28744-54, Fax: 06131 28744-11,
E-Mail: t.posern@zgv.info

Dr. phil. Lothar Triebel (*1965 in Frankfurt am Main) war nach Jahren in der Wissenschaft (Neues Testament und Judaistik) 2002-2007 Gemeindepfarrer in Mainz-Ebersheim und Zornheim. Er arbeitet nun als Theologischer Referent der Kirchensynode der EKHN.

Paulusplatz 1, 64285 Darmstadt,
Telefon: 06151 405-299, Fax: 06151 405-304,
E-Mail: lothar.triebel@ekhn-kv.de

Dr. theol. Gunter Volz (*1960 in Worms) war von 1992 bis 2003 Gemeindepfarrer in Frankfurt-Unterliederbach. Seitdem ist er Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung in den Frankfurter Dekanaten Mitte-Ost und Süd. Er ist Mitglied der Kirchensynode der EKHN und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Diakonie, Seelsorge und Gesellschaftliche Verantwortung. Daneben leitet er die Fachgruppe Kirche und Mediation im Bundesverband Mediation.

Neue Kräme 26, 60311 Frankfurt am Main,
Telefon: 069 4272 618-26, Fax: 069 4272 618-29,
E-Mail: gv@ev-dekanat-ffm.de

Wilhelm Wegner (*1948 in Roßdorf) war von 1974 bis 1993 Gemeindepfarrer in Dietzenbach und Offenbach am Main, 1986-1992 Mitglied der Kirchensynode und dort Vorsitzender des Umweltausschusses, 1992-1993 Mitglied des Kirchensynodalvorstands, von 1993 bis 2005 Umweltbeauftragter der EKHN / Referent für Umweltfragen im ZGV. Jetzt ist er Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Gemeindediakonie im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau.

Ederstr. 12, 60486 Frankfurt am Main,
Telefon: 069 7947-380, Fax: 069 7947-99380,
E-Mail: wilhelm.wegner@dwhn.de



Rückmeldungen



Die Beispiele in dieser Broschüre sind als Anregungen zu verstehen, in welcher Weise die Themen des Wortes der EKHN zum Sozialstaat aufgegriffen und vor Ort praktisch umgesetzt werden können. Die Dokumentation der einzelnen Beispiele ist jeweils mit den Kontaktdaten eines Ansprechpartners / einer Ansprechpartnerin versehen, so dass Interessierte sich dort weitere Informationen und Beratung zu dem jeweiligen Projekt holen können. Den Profil- und Fachstellen Gesellschaftliche Verantwortung wird die Broschüre zur Verfügung gestellt, so dass sie in den Dekanaten damit arbeiten können. Die beteiligten Referent/innen des ZGV stehen ebenfalls für die Beratung und Entwicklung vergleichbarer Projekte in den Gemeinden und Regionen zur Verfügung.

Die Arbeitsgruppe, die die vorliegende Broschüre verantwortet, bittet die Gemeinden und Gruppen, die eigene Projekte zur Thematik entwickeln, um Erfahrungsberichte mit den jeweiligen Projekten und mit den Anregungen dieser Broschüre. Es ist beabsichtigt, sie im Internet auf der Webseite der EKHN für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Rückmeldung bitte an das
Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung:
Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz
Email: mainz@zgv.info
Telefon: 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

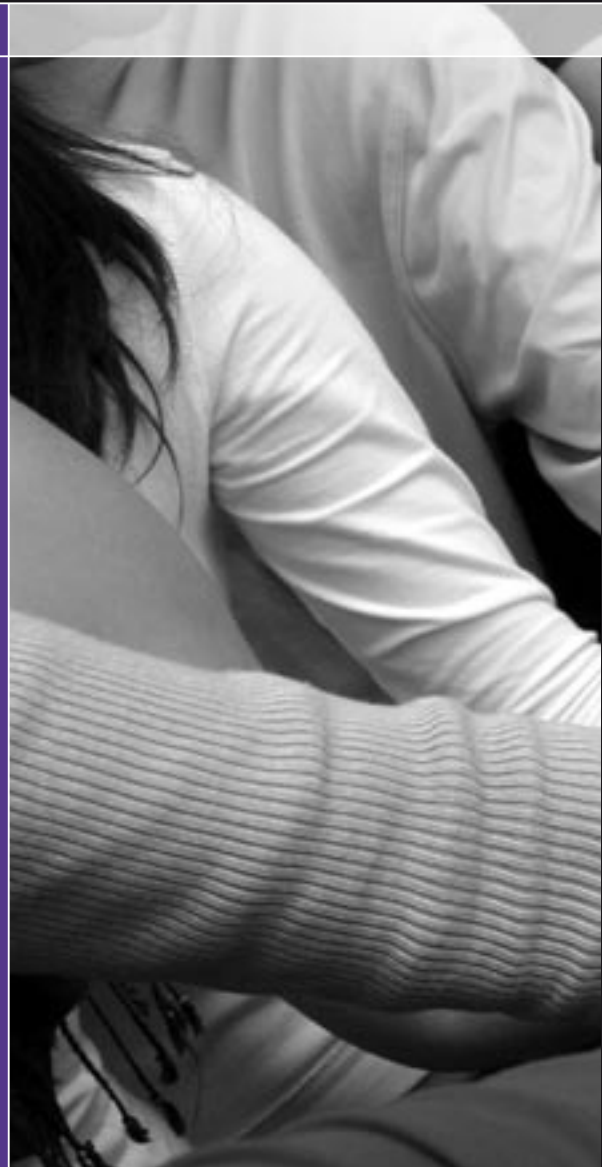
Der Gerechte erkennt die Sache der Armen;
der Gottlose achtet keine Vernunft. (Sprüche 29,7)

Wer vernünftig ist, sagt die Bibel, der ist nicht eigensüchtig. Wer vernünftig ist, erkennt die Zusammenhänge. Wo es Arme gibt, ist die Welt nicht in Ordnung. Arm zu sein, heißt schlecht zu leben. Gott will hingegen, dass alle, nicht nur einzelne, am Reichtum der Welt teilhaben.

Christinnen und Christen, Kirchengemeinden, Einrichtungen der Diakonie und Kooperationsprojekte mit anderen Partnern können die Vernunft als Auftrag Gottes einsetzen: erkennen, urteilen, handeln.

Wie das konkret aussehen kann, zeigt dieses Heft.

ISBN: 978-3-00-024370-7



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU